

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

1976

JANUAR

FEBRUAR

MÄRZ

APRIL

MAI

JUNI

JULI

AUGUST

SEPTEMBER

OKTOBER

NOVEMBER

DEZEMBER



INHALT

Bundestagswahl 1976

- 221 Bei der Bundestagswahl am 3. Oktober 1976 wurde die CDU in Rheinland-Pfalz wiederum stärkste Partei. SPD und F.D.P. mußten dagegen Stimmeneinbußen hinnehmen.
-

Entwicklungsaussichten ausgewählter Bevölkerungsgruppen bis 1990

- 240 Nachdem mit der 5. koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung für Rheinland-Pfalz die natürliche Bevölkerungsbewegung der deutschen Bevölkerung bis 1990 auf Landesebene vorausberechnet werden konnte, liefert die regionale Bevölkerungsprognose Ergebnisse über die Wohnbevölkerung einschließlich Ausländer in den kreisfreien Städten und Landkreisen von Rheinland-Pfalz.
-

Schulbesuch und Abschlußprüfungen 1960 - 1975

- 245 Ein verändertes Übergangsverhalten und die verbesserten Umsteigemöglichkeiten innerhalb des Schulsystems führten zu einer immer höheren Zahl von Schulabgängern mit qualifizierten Schulabschlüssen.
-

Anhang

- 73* Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
79* Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes
-

20% können Sie sparen,

wenn Sie das Statistische Jahrbuch jetzt gleich bestellen.

Die Subskription endet am

(Vgl. 3. Umschlagseite)



Bestellkarte

CDU auch bei den Bundestagswahlen 1976 stärkste Partei in Rheinland-Pfalz

Zur Bundestagswahl am 3. Oktober 1976 waren 2,68 Millionen Rheinland-Pfälzer wahlberechtigt, von ihnen machten 2,45 Millionen von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Die Wahlbeteiligung lag mit 91,5% nur knapp unter der Rekordbeteiligung von 1972. Sieht man in der Wahlbeteiligung einen Gradmesser für die Teilnahme am politischen Geschehen, so zeigten die jüngeren Altersgruppen wiederum ein eher geringeres Interesse.

Die CDU ging als stärkste Partei aus der Wahl hervor. Ihr Zweitstimmenanteil von 49,9% lag um 4 Prozentpunkte über dem von 1972. Demgegenüber mußte die SPD Verluste in Höhe von 3,2 Punkten hinnehmen und fiel auf 41,7%. Auch die F.D.P. (7,6%) schnitt um 0,5 Punkte schlechter ab als 1972. Die übrigen politischen Gruppierungen wurden von den Wählern erneut zur Bedeutungslosigkeit verurteilt; sie erreichten insgesamt nur 0,8% der Zweitstimmen.

Die CDU verdankte ihre Gewinne mehr der Zunahme ihres Stimmenanteils bei den Männern (+ 4,8 Punkte) als bei den Frauen (+ 3,5 Punkte). Sie war für die Wähler aller Altersgruppen attraktiver als 1972 und erzielte ihre größte Zuwachsrate mit 7,7 Prozentpunkten bei den 35- bis 45jährigen Männern. Das Wahlverhalten der Frauen dieser Altersgruppe (+ 6,5 Punkte) entspricht dem Verhalten der männlichen Wahlberechtigten. Eine große Anzahl der F.D.P.-Anhänger machte wiederum vom Stimmensplitting Gebrauch; 262 von 1 000 gaben dem Wahlkreiskandidaten der SPD ihre Stimme.

Die Wahlkreisbewerber der CDU erzielten zusammen einen Erststimmenanteil von 50,2% und damit die absolute Mehrheit der Erststimmen, auf die SPD entfielen 42,4% und auf die F.D.P. 6,5%. Nur 0,9% der gültigen Erststimmen fielen auf die Bewerber der übrigen Parteien. In zehn der 16 rheinland-pfälzischen Wahlkreise waren Bewerber der CDU, in sechs Wahlkreisen Bewerber der SPD erfolgreich. Die Sozialdemokraten verloren drei Wahlkreise an die CDU. Insgesamt entfielen in Rheinland-Pfalz auf die CDU 16, auf die SPD 13 und auf die F.D.P. zwei Sitze. Die CDU gewann somit einen Bundestagssitz zu Lasten der SPD.

Im 8. Deutschen Bundestag verfügt die CDU/CSU nunmehr über 243 (+ 18) Abgeordnete, die SPD über 214 (— 16) und die F.D.P. über 39 (— 2). Trotz des Zugewinns von 18 Sitzen verfehlte die CDU/CSU knapp das Ziel der absoluten Mehrheit, u.

Mehr über dieses Thema auf Seite 221

Immer mehr Schüler streben höhere Schulabschlüsse an

Von den Schülern, die sich im Jahre 1960 im 8. Schuljahrgang befanden, wurden 78% auf einer Volksschule unterrichtet. Nur jeder 26. Schüler ging auf eine Mittel- oder Realschule, jeder 6. auf ein Gymnasium. Diese Verteilung hat sich bis 1975 stark zugunsten der Realschulen und Gymnasien verlagert. Im Schuljahr 1975/76 waren nur noch 55% aller Schüler der 8. Klassenstufe auf einer Hauptschule, dagegen 18% auf einer Realschule und 25% auf einem Gymnasium.

Doch nicht nur die Quote des relativen Schulbesuchs hat sich in den vergangenen Jahren geändert. Auch der Anteil der Schüler, die eine über den Hauptschulabschluß hinausgehende Qualifikation erlangen, hat sich erhöht. So hatten 1965 noch 6,2% der Jugendlichen eines Altersjahrgangs - bezogen auf den durchschnittlichen Altersjahrgang der 16-

bis 18jährigen - einen Sekundarabschluß I (mittlere Reife) an einer allgemeinbildenden Schule erlangt. 1975 waren es bereits 17,5%. Hinzu kamen weitere 12,6%, die diesen Abschluß an einer berufsbildenden Schule erreichten - 1966 waren es in diesem Bereich noch 5,8% gewesen.

Eine ähnliche Entwicklung zeichnet sich bei den Abschlüssen der Sekundarstufe II ab, der Hochschul- und der Fachhochschulreife. 1960 erreichten noch 5,2% eines durchschnittlichen Altersjahrgangs der Bevölkerung der 18- bis 20jährigen das Abitur an einer allgemeinbildenden Schule. 1975 waren es bereits 11,7%. Damals war ein Abschluß der Sekundarstufe II an berufsbildenden Schulen noch nicht möglich. Nach Einrichtung der beruflichen Gymnasien und der Fachoberschulen erreichten 1975 an diesen beiden Schulformen 5,9% der Jugendlichen eines durchschnittlichen Altersjahrgangs die Hochschul- oder Fachhochschulreife. ke
Mehr über dieses Thema auf Seite 245

Tiefgreifende Veränderung der Altersstruktur bis 1990

Der für die nächsten 15 Jahre vorausgeschätzte Bevölkerungsrückgang in der Bundesrepublik, in Rheinland-Pfalz und seinen Verwaltungsbezirken gibt zu Besorgnis Anlaß, weil er gleichzeitig mit einer Zunahme der Frauen und Männer im heiratsfähigen Alter einhergeht. Nachhaltige Auswirkungen des veränderten generativen Verhaltens sind vor allem dann zu erwarten, wenn die Frauen der geburten-schwachen Jahrgänge der 70er Jahre nach 1990 ins gebärfähige Alter kommen. In der Altersstruktur der Bevölkerung zeichnen sich dagegen bereits während des Prognosezeitraums tiefgreifende Veränderungen ab. mr
Mehr über dieses Thema auf Seite 240

Ausschuß für Soziales, Gesundheit und Sport informiert sich über den Entwicklungsstand der Krankenhausautomation

Am 9. November besuchte der Landtagsausschuß für Soziales, Gesundheit und Sport das Statistische Landesamt in Bad Ems, um sich detaillierte Informationen über die hier unternommenen Aktivitäten zum Aufbau des Krankenhausinformationssystems zu verschaffen.

Die Ausschußmitglieder konnten sich dabei zum einen über die bereits mit Erfolg in 25 kommunalen und staatlichen Krankenhäusern des Landes Rheinland-Pfalz eingesetzten maschinellen Verfahren der stationären Leistungserfassung und -abrechnung sowie der Finanzbuchhaltung informieren. Zum anderen wurde das gesamte Spektrum der mannigfaltigen Arbeitsfelder des verwaltungstechnischen und medizinischen Krankenhausbereiches dargestellt, wovon das bereits erwähnte Verfahren der Finanzbuchhaltung sowie das Verfahren der Betriebsabrechnung in einem gemeinsamen Bund-/Länder-Projekt „Einheitliche maschinelle Buchhaltung und Betriebsabrechnung in Krankenhäusern“ in nunmehr über dreijähriger Arbeit unter der Federführung von Rheinland-Pfalz im Statistischen Landesamt entwickelt worden sind.

Die Demonstration wurde abgerundet durch einen Ausblick auf weitere Forschungsvorhaben aus dem Bereich der Krankenhausautomation.

In besonderer Weise widmete sich der Ausschuß in der anschließenden Diskussion den Problemen des Datenschutzes, wobei eine Ergänzung des Systems um eine Diagnosestatistik unter Wahrung der Belange des Datenschutzes für wünschenswert betrachtet wurde. mx

Industrieproduktion im September 1976 weiter expansiv

Gemessen am vorläufigen, von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigten Produktionsindex für September 1976, stieg die rheinland-pfälzische Industrieproduktion um 10,9% gegenüber dem Vormonat bzw. 2,3% gegenüber September 1975. Dabei ist zu berücksichtigen, daß in diesem Jahr der August Ferienmonat war.

Im Vergleich zum August 1976 waren in allen Bereichen beträchtliche Steigerungen festzustellen, welche zwischen + 13,0% beim Investitionsgüter- sowie + 8,9% beim Grundstoff- und Produktionsgüterbereich variierten. Gegenüber September 1975 wurden nur vergleichsweise geringe Veränderungen beobachtet, wobei die Grundstoff- und Produktionsgüter- sowie die Verbrauchsgüterindustrien mit Produktionszunahmen um jeweils 3,5% an der Spitze lagen (Investitionsgütersektor — 0,6%).

Von Januar bis September 1976 war gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum eine spürbare Produktionssteigerung der Industrie um 11,1% zu registrieren (1975: — 9,2%). Unter den wichtigsten Industriezweigen hatten insbesondere die Chemie (+ 19,3%), die Gummi- und Asbestverarbeitung (+ 15,0%) sowie die Nahrungs- und Genussmittelindustrien (+ 12,1%) überdurchschnittliche Wachstumstendenzen, wogegen die Produktion bei der Elektro- (— 2,9%) und der Schuhindustrie (— 1,0%) leicht rückläufig war (Steine und Erden + 5,8%; Maschinenbau + 3,2%; Straßenfahrzeugbau + 1,7%). pe

Beschäftigtenstand des Bauhauptgewerbes im September 1976 wieder rückläufig

Das rheinland-pfälzische Bauhauptgewerbe beschäftigte nach einer vorläufigen Auszählung im September 1976 rund 68 260 Arbeitskräfte, woraus sich gegenüber dem Vormonat eine leichte Minderung um 0,3% errechnet. Im Vergleich zum Vorjahresstand war indessen weiterhin ein spürbarer personeller Rückgang, und zwar um 5,6% zu verzeichnen. Indessen ergaben sich für die Arbeitsleistung gegenüber August 1976 und September 1975 Veränderungen von + 22,9 bzw. — 0,6% (Lohn- und Gehaltsaufkommen + 4,0 bzw. + 1,5%).

Im Zeitraum Januar bis September 1976 waren gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum der Beschäftigtenstand um 6,2%, die Arbeitsleistung um 6,0% sowie die Lohn- und Gehaltssumme um 1,4% niedriger. pe

Mehr Bewilligungen im sozialen Wohnungsbau

Im Jahre 1975 beliefen sich in Rheinland-Pfalz die Bewilligungen für Sozialwohnungen nach dem ersten und zweiten Förderungsweg auf insgesamt 7 496. Das sind 5,3% mehr als im Jahr zuvor. Die Zahl der geförderten Wohnungen des traditionellen öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaus (1. Förderungsweg) verminderte sich um 13% auf 4 513, während im 2. Förderungsweg eine Steigerung um 56% auf 2 983 zu beobachten war; von letzteren wurden 2 957 Wohnungen im Rahmen des Regionalprogramms des Bundes bewilligt. Die Zahl der bewilligten Wohnungen in Mehrfamilienhäusern entwickelte sich im Jahre 1975 rückläufig, andererseits ergab sich in Ein- und Zweifamilienhäusern wiederum eine kräftige Zunahme um 1 023 auf 3 762.

Von 1973 bis 1975 betraf fast die Hälfte der Bewilligungen Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern. Die durchschnittliche Wohnfläche der Wohnungen insgesamt verzeichnete in diesem Zeitraum einen kontinuierlichen Anstieg,

und zwar von 80,3 qm auf 93,4 qm. Die zweckgebundenen Wohnungen waren vorwiegend für kinderreiche Familien vorgesehen. Die veranschlagten Finanzierungsmittel des 1. und 2. Förderungsweges beliefen sich 1975 auf insgesamt 1,1 Mrd. DM gegenüber 1,0 Mrd. DM und 603 Mill. DM in den beiden davorliegenden Jahren. Seit 1973 läßt sich ein deutliches Absinken des Anteils der von der öffentlichen Hand bereitgestellten Beträge beobachten, während besonders die sonstigen Mittel an Bedeutung gewannen. Von 1973 bis 1975 stiegen die reinen Baukosten je Wohnung in Ein- und Zweifamilienhäusern um 19% auf 141 000 DM und in Mehrfamilienhäusern um ebenfalls 19% auf 68 400 DM. Im gleichen Zeitraum erhöhten sich die Mieten für Wohnungen in Mehrfamilienhäusern (1. Förderungsweg) je qm Wohnfläche von 3,93 DM auf 4,11 DM und im 2. Förderungsweg von 5,65 DM auf 6,20 DM. Die durchschnittliche Belastung der Bauherren und Erwerber von Eigentumswohnungen und eigengenutzten Wohnungen in Familienheimen (1. Förderungsweg) nahm von 1973 bis 1975 je qm Wohnfläche von 3,77 DM auf 4,92 DM zu; im 2. Förderungsweg ergab sich eine durchschnittliche Verteuerung von 4,88 DM auf 5,56 DM. wr

Motorräder gewinnen an Beliebtheit

Der Bestand an Kraftfahrzeugen belief sich am 1. Juli 1976 in Rheinland-Pfalz auf 1,5 Mill. Davon entfielen mehr als drei Viertel (75,7%) auf Personenwagen und Kombis. Der Rest verteilte sich auf Zweiräder (10,1%), Zugmaschinen (9,0%), Lastkraftwagen (4,4%), Sonderkraftfahrzeuge (0,5%) und Omnibusse (0,3%).

Den größten prozentualen Zuwachs gegenüber dem 1. Juli 1975 verzeichneten nach den Sonderkraftfahrzeugen (+ 11,8%) mit + 8,6% die motorisierten Zweiräder. Hier setzte sich der Trend zur schwereren Maschine weiter fort. Während sich die Zahl der zulassungspflichtigen Motorräder um 18,6% auf nunmehr 19 800 und damit auf 13% aller motorisierten Zweiräder erhöhte, nahmen die Kleinkrafträder mit amtlichem und mit Versicherungskennzeichen (Mopeds u. ä.) nur um 5,3 bzw. 7,5% auf 14 300 und 117 970 zu. Ähnlich verhielt es sich bei den Personenwagen (1,05 Mill.), deren Bestand im Verlauf der letzten zwölf Monate weiter um 62 000 oder 6,2% anstieg. Während sich die Zahl der Wagen in der Hubraumklasse zwischen 1 000 und 1 499 ccm um 1,8% nur noch geringfügig ausweitete, erlebten die Wagen mit 1 500 und mehr ccm Hubraum eine Steigerung um 12,2%. Ebenfalls etwas stärker als in den vorausgegangenen Jahren nahmen mit + 4,2% die Kleinstwagen mit weniger als 1 000 ccm Hubraum zu, die immer häufiger als Zweitwagen Verwendung finden.

Im Bundesgebiet waren am 1. Juli 1976 insgesamt 24,0 Mill. Kraftfahrzeuge für den Verkehr zugelassen. Das sind 1,2 Mill. oder 5,4% mehr als ein Jahr zuvor. Dabei blieben jedoch die Zuwachsraten der Motorräder (+ 16,8%) und der Kleinkrafträder mit amtlichem Kennzeichen (+ 3,6%) erheblich unter denjenigen von Rheinland-Pfalz zurück.

Zu dem deutlichen Anwachsen des Kfz-Bestandes trugen vor allem die Zulassungen von fabrikneuen Kraftfahrzeugen im 1. Halbjahr 1976 bei, die mit 1,49 Mill. im Bund und 85 400 in Rheinland-Pfalz um 18,3 bzw. 17,9% über den Zahlen vom gleichen Vorjahreszeitraum lagen. Besonders hoch waren die Zulassungsziffern bei Motorrädern und Kleinkraftfahrzeugen mit amtlichem Kennzeichen, von denen in Rheinland-Pfalz 31,7% und im gesamten Bundesgebiet 33,0% mehr in den Verkehr kamen als im 1. Halbjahr 1975. mc

Die Wahl zum 8. Deutschen Bundestag am 3. Oktober 1976

Wahlergebnis in Rheinland-Pfalz und Wahlverhalten der Männer und Frauen nach Altersgruppen

Dem folgenden Beitrag liegen neben den amtlichen Wahlergebnissen der Bundestagswahl 1976 auch die Ergebnisse der nach § 51 des Bundeswahlgesetzes angeordneten repräsentativen Wahlstatistik zu Grunde¹⁾.

Das amtliche Ergebnis wurde von den Wahlvorständen der 4 237 Wahlbezirke und den bei den Kreiswahlleitern eingesetzten 300 Briefwahlvorständen ermittelt, von den 16 Kreiswahlausschüssen und dem Landeswahlausschuß überprüft und amtlich festgestellt.

In die repräsentative Wahlstatistik waren in Rheinland-Pfalz 166 Wahlbezirke einbezogen. In diesen Wahlbezirken wurden an die männlichen und weiblichen Wähler entsprechend ihrer Zugehörigkeit zu einer von fünf Altersgruppen Stimmzettel mit aufgedruckten Unterscheidungsmerkmalen zur Stimmabgabe ausgegeben. Die Auszählung dieser Stimmzettel, die über das unterschiedliche Wahlverhalten der Männer und Frauen in den verschiedenen Altersgruppen Aufschluß gibt, erfolgte im Statistischen Landesamt. In die Statistik waren etwa 5% der Wähler einbezogen. Wegen des Gebots der absoluten Wahrung des Wahlheimnisses sind die Briefwähler in die repräsentative Erhebung nicht einbezogen. Daneben wurde in 67 Wahlbezirken oder bei 2% der Wahlberechtigten anhand der Wählerverzeichnisse die unterschiedliche Wahlbeteiligung der Männer und Frauen in zehn Altersgruppen festgestellt.

Die Wahl zum 8. Deutschen Bundestag wurde auf der Grundlage des Bundeswahlgesetzes vom 7. Mai 1956 in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. September 1975 (BGBl. I S. 2325) und der Bundeswahlordnung vom 16. Mai 1957 in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. September 1975 (BGBl. I S. 2384) durchgeführt. Der Bundespräsident hatte den 3. Oktober 1976 (BGBl. I S. 281) als Wahltag bestimmt.

Mit Personenwahl verbundene Verhältniswahl

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, glei-

cher und geheimer Wahl nach den Grundsätzen einer mit der Personenwahl verbundenen Verhältniswahl gewählt.

Wahlberechtigt sind alle Deutschen im Sinne des Grundgesetzes, die am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben und seit mindestens drei Monaten im Geltungsbereich des Bundeswahlgesetzes eine Wohnung innehaben oder sich sonst gewöhnlich aufhalten. Wählbar ist, wer am Wahltag seit mindestens einem Jahre Deutscher im Sinne des Grundgesetzes ist und das 18. Lebensjahr vollendet hat.

Jeder Wähler hat zwei voneinander unabhängige Stimmen, eine Erststimme für die Wahl des Wahlkreiskandidaten und eine Zweitstimme für die Wahl nach Landeslisten. Damit hat er die Möglichkeit, mit seiner Erststimme eine bestimmte Persönlichkeit zu wählen und mit seiner Zweitstimme eine Partei.

Die Hälfte der 496 Bundestagssitze wird mit Abgeordneten besetzt, die in den 248 Wahlkreisen nach den Grundsätzen der relativen Mehrheitswahl direkt gewählt werden, die übrigen nach Landeswahlvorschlägen, d. h. aus den Landeslisten. Hinzu kommen, bedingt durch den Sonderstatus Berlins, 22 Abgeordnete, die in mittelbarer Wahl proportional den Fraktionsstärken durch das Abgeordnetenhaus von Berlin bestimmt werden.

Für die Berechnung der den einzelnen Parteien im Bundestag zustehenden Sitze ist ausschließlich das Verhältnis der auf ihre (verbundenen) Landeslisten entfallenen Stimmen, also der Zweitstimmen maßgebend. In die Berechnung werden nur Parteien einbezogen, die mindestens 5% der im Wahlgebiet abgegebenen gültigen Zweitstimmen oder mindestens 3 Wahlkreismandate errungen haben.

16 Bundestagswahlkreise in Rheinland-Pfalz

Von den 248 Bundestagswahlkreisen liegen 16 in Rheinland-Pfalz. Auch nach der Neubeschreibung der Wahlkreise durchschneiden ihre Grenzen sechs Landkreise, wobei die Landkreise Bad Dürkheim, Bernkastel-Wittlich, Mainz-Bingen, Mayen-Koblenz und der Rhein-Hunsrück-Kreis jeweils zwei Wahlkreisen zugehören, der Landkreis Ludwigshafen auf drei Wahlkreise verteilt ist.

¹⁾ Vgl. Die Wahl zum Achten Deutschen Bundestag am 3. Oktober 1976 - Endgültige Wahlergebnisse. Statistische Berichte Rheinland-Pfalz, B VII 1 - 1976 vom 25. Oktober 1976 und Die Wahl zum Achten Deutschen Bundestag am 3. Oktober 1976 in Rheinland-Pfalz - Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik. Statistische Berichte Rheinland-Pfalz, B VII 1R - 1976 vom 28. Oktober 1976.

8 Landeslisten, 220 Bewerber

In Rheinland-Pfalz haben sich 8 Parteien durch die Einreichung gültiger Landeslisten an der Wahl beteiligt und zwar

1. Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)
2. Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)
3. Freie Demokratische Partei (F.D.P.)
4. Deutsche Kommunistische Partei (DKP)
5. Europäische Arbeiterpartei (EAP)
6. Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)
7. Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
8. Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

CDU, SPD, F.D.P., DKP und NPD waren in allen Wahlkreisen mit Kreiswahlvorschlägen vertreten. Von den übrigen Parteien stellten der KBW in 6, die EAP in 2 und die KPD in 1 Wahlkreis Bewerber zur Wahl. Außerdem kandidierte in jeweils einem Wahlkreis ein Bewerber der Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD) und der Aktionsgemeinschaft Vierte Partei (AVP).

Die Parteien hatten insgesamt 220 Kandidaten aufgestellt, 91 in den Wahlkreisen und 196 auf den Landeslisten. 67 Bewerber kandidierten gleichzeitig in einem Wahlkreis und auf der Landesliste ihrer Partei. Von den 220 Kandidaten waren 34 Frauen. 29 Bewerber hatten bereits dem 7. Deutschen Bundestag als Abgeordnete angehört.

2,68 Millionen Wahlberechtigte

Am 3. Oktober 1976 waren 2 676 890 Rheinland-Pfälzer aufgerufen über die Zusammensetzung des 8. Deutschen Bundestages mitzuentscheiden. Das waren 53 200 oder 2% Wahlberechtigte mehr als bei der vorangegangenen Bundestagswahl im Jahre 1972. 89 000 junge Menschen, das sind etwas mehr als 3% aller Wahlberechtigten, durften erstmals an einer Bundestagswahl teilnehmen, rund 22% waren jünger als 30 Jahre; die Gruppe der 60jährigen und älteren Personen stellte etwa ein Viertel. Unter 100 Wahlberechtigten befanden sich 54 Frauen.

Hohe Wahlbeteiligung

Von ihrem Wahlrecht machten in Rheinland-Pfalz 2 448 946 Wähler Gebrauch. Mit 91,5% lag die Wahlbeteiligung nur um 0,1 Prozentpunkt unter dem bisher höchsten Wert im Jahre 1972. Die Beteiligungsquote liegt um 0,8 Prozentpunkte über der für die Bundesländer ermittelten Durchschnittsziffer. Nur das Saarland (92,9%) und Hessen (91,9%) meldeten eine höhere Wahlbeteiligung. Baden-Württemberg (89,1%) und Bayern (89,6%) registrierten wie schon 1972 die niedrigsten Werte.

Regional unterschiedliches Interesse

In den 16 rheinland-pfälzischen Wahlkreisen streuten die Beteiligungsquoten zwischen 92,6% und 90,5%. Gegenüber 1972 ergaben sich nur unwesentliche Unterschiede. Damals wurde als höchster Wert ebenfalls 92,6%, als tiefster 90,4% ermittelt. Am wahlfreudigsten waren die Wahlberechtigten im Wahlkreis 158 Frankenthal (92,6%). Mit Beteiligungsziffern, die über dem Landesdurchschnitt lie-

gen, folgten die Wahlkreise 148 Neuwied (92,5%), 149 Ahrweiler (92,2%), 163 Landau (92,1%), 155 Montabaur (91,9%) sowie 151 Cochem und 160 Neustadt-Speyer (jeweils 91,8%). Die schwächste Wahlbeteiligung meldeten die Wahlkreise 154 Trier (90,5%), 157 Worms und 161 Kaiserslautern (jeweils 90,7%). Auf Wahlkreisebene gab es gegenüber 1972 sowohl Beispiele für gestiegene als auch für rückläufige Beteiligungsquoten. Die Unterschiede streuen zwischen einer Zunahme von 0,8 Prozentpunkten und einer Abnahme von 1,6 Prozentpunkten. Die bedeutendsten Steigerungsraten verzeichneten die Wahlkreise 153 Bitburg (+ 0,8 Prozentpunkte), 149 Ahrweiler (+ 0,7) und 151 Cochem (+ 0,5), von den stärksten Rückgängen sind die Wahlkreise 157 Worms (— 1,6) und 156 Mainz (— 1,3) betroffen. Als die Wahlbeteiligung 1972 mit 91,6% ihren bisherigen Höhepunkt erreicht hatte, war gegenüber 1969 in allen Wahlkreisen ein Ansteigen der Wahlfreudigkeit zu beobachten; es wurden Zunahmen bis zu 5,8 Prozentpunkten registriert.

Die Wahlbeteiligung ist in ländlichen Gegenden generell höher als in städtischen Gebieten. Sie lag auch 1976 in den Landkreisen mit durchschnittlich 92,2% um 0,7 Prozentpunkte über dem Landesdurchschnitt, in den kreisfreien Städten mit 89,6% dagegen 1,9 Prozentpunkte darunter. Gegenüber 1972 ist die Wahlbeteiligung in den Landkreisen

Wahlbeteiligung der Männer und Frauen nach Altersgruppen
1972 - 1976
(Repräsentativergebnis)

Altersgruppe	Wahl	Wahlbeteiligung ¹⁾		
		insgesamt	Männer	Frauen
		%		
18 - 21 Jahre	B 1976	85,0	86,5	83,4
	B 1972	87,4	88,3	86,5
	L 1975	71,0	71,8	70,3
21 - 25 Jahre	B 1976	83,5	84,0	83,0
	B 1972	86,3	86,1	86,7
	L 1975	67,0	66,8	67,3
25 - 30 Jahre	B 1976	87,5	87,3	87,7
	B 1972	89,2	88,8	89,7
	L 1975	73,0	73,1	72,9
30 - 35 Jahre	B 1976	90,3	89,9	90,7
	B 1972	92,6	92,1	93,1
	L 1975	79,3	78,4	80,3
35 - 40 Jahre	B 1976	93,5	93,5	93,6
	B 1972	94,4	94,2	94,6
	L 1975	83,3	83,3	83,3
40 - 45 Jahre	B 1976	93,3	93,2	93,4
	B 1972	93,7	94,3	93,2
	L 1975	84,2	84,7	83,7
45 - 50 Jahre	B 1976	94,4	94,9	93,8
	B 1972	95,1	95,1	95,1
	L 1975	85,8	87,0	84,7
50 - 60 Jahre	B 1976	94,5	95,1	94,1
	B 1972	95,3	96,2	94,8
	L 1975	85,8	87,1	84,9
60 - 70 Jahre	B 1976	94,6	95,4	94,1
	B 1972	94,3	95,5	93,4
	L 1975	86,6	88,9	84,9
70 und mehr Jahre	B 1976	89,1	92,7	86,7
	B 1972	87,4	91,2	85,0
	L 1975	75,3	79,3	72,6
Insgesamt	B 1976	91,4	91,9	90,9
	B 1972	92,2	92,7	91,7
	L 1975	80,3	80,9	79,7

1) Ohne Wahlscheinhaber.

nochmals geringfügig (0,1 Prozentpunkt) gestiegen, während sie in den kreisfreien Städten um 0,9 Prozentpunkte sank.

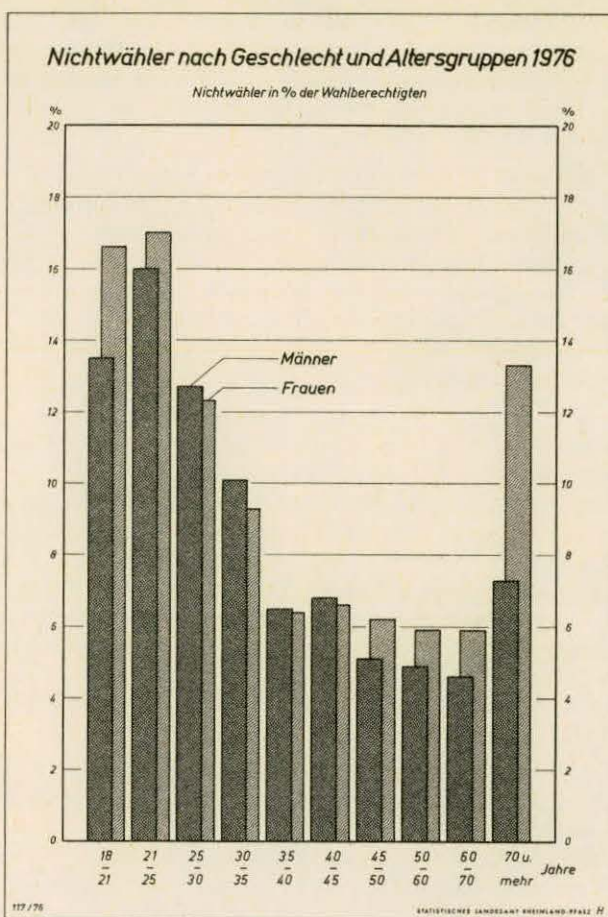
Unter den Landkreisen zeichnete sich, wie schon 1972, Ludwigshafen (94,7%), gefolgt von Pirmasens (93,8%), Cochem-Zell (93,1%) und Trier-Saarburg (93,1%) durch eine hohe Beteiligungsquote aus. In den Landkreisen Birkenfeld (90,1%), Bernkastel-Wittlich (90,3%) und Bitburg-Prüm (90,6%) lag dagegen die Wahlbeteiligung unter dem Landesdurchschnitt. Von den kreisfreien Städten lag nur Frankenthal, das ebenfalls traditionell eine hohe Wahlbeteiligung aufweist, mit 92,1% deutlich über dem für das Land errechneten Wert. Die 91%-Marke erreichte nur noch Neustadt (91,2%); über 90% kamen Landau (90,9%), Mainz (90,8%) und Ludwigshafen (90,4%). Die geringste Wahlbeteiligung meldete mit 87,5% die Stadt Trier; Pirmasens folgte mit 87,6%.

Die Spanne zwischen der höchsten und der niedrigsten Beteiligungsziffer umfaßte bei den Landkreisen und bei den kreisfreien Städten jeweils 4,6 Prozentpunkte. Gegenüber 1972 stieg die Wahlbeteiligung vor allem in den Landkreisen mit überwiegend katholischer Bevölkerung, während sie in den überwiegend protestantischen Landkreisen auf dem hohen Niveau von 1972 stagnierte. Die Landkreise Ahrweiler (+ 1 Prozentpunkt), Daun (+ 1) und Bitburg-Prüm (+ 0,9) verzeichneten die höchsten Zunahmen; die größten Abnahmen registrierten Mainz-Bingen (— 0,7 Prozentpunkte) und Landau-Bad Bergzabern (— 0,6). Bei den Städten stieg die Beteiligungsquote nur in Landau (+ 1,5 Prozentpunkte); sie sank am stärksten in Worms (— 3,2), Mainz (— 1,8) und Neustadt (— 1,4). Bei der Bundestagswahl 1972, der Wahl mit der bisher höchsten Wahlbeteiligung, war gegenüber 1969 durchweg ein Ansteigen der Wahlfreudigkeit zu beobachten. Damals traten in den Landkreisen Steigerungen bis zu 7,3, in den kreisfreien Städten bis zu 5,8 Prozentpunkten ein.

Niedrigere Beteiligungsquoten bei den jüngeren Jahrgängen

Nach den Ergebnissen der repräsentativen Wahlstatistik beteiligten sich an der Wahl im Verhältnis wiederum mehr Männer als Frauen. Von 100 Männern gingen 92, von 100 Frauen dagegen nur 91 zur Wahlurne. Der Unterschied in der Wahlbeteiligung, der beispielsweise 1953 noch 5 Punkte betrug, hat sich freilich im Laufe der Zeit erheblich reduziert. Er sank bei den Bundestagswahlen 1972 erstmals auf 1 Prozentpunkt. In dieser Nivellierung liegt auch die Ursache für das hohe Niveau der Beteiligungsquoten der beiden letzten Bundestagswahlen zu erklären.

Sieht man in der Wahlbeteiligung einen Gradmesser für die Teilnahme am politischen Geschehen, so zeigen die mittleren Altersgruppen das größte Interesse. Auffällig ist jedoch die schon früher beobachtete geringere Wahlbeteiligung bei den jüngeren Jahrgängen, obwohl doch gerade sie von wichtigen Wahlkampfthemen, wie Ausbildungs- und Berufsfragen angesprochen waren. So gingen von



den 25- bis 30jährigen Wahlberechtigten nahezu 17%, von den 18- bis 21jährigen 15% nicht zur Wahl. Das politische Interesse ist damit bei den Jugendlichen weit geringer als bei den alten Menschen. Von den über 70jährigen blieben nämlich nur 11% der Wahl fern.

Unter den männlichen Wahlberechtigten ist der Anteil der Nichtwähler bei den 21- bis 25jährigen mit 16% am höchsten; er liegt noch um 2,5 Prozentpunkte über dem der 18- bis 21jährigen. Mit zunehmendem Alter sinkt der Anteil der Nichtwähler, erreicht seinen niedrigsten Stand bei den 60- bis 70jährigen (4,6%) und steigt bei den Ältesten wieder an, ohne allerdings die hohen Anteile bei den 18- bis 35jährigen zu erreichen.

Am niedrigsten ist die Wahlbeteiligung der 21- bis 25jährigen Frauen; 17 von 100 gingen nicht zur Wahl. Im Alter von 25 bis 45 Jahren ist bei den weiblichen Wahlberechtigten ein freilich nur geringfügig höheres Interesse an der Wahl zu beobachten als bei den Männern gleichen Alters. Auch bei den Frauen nimmt die Wahlfreudigkeit mit höherem Alter zu, um ab dem 70. Lebensjahr wieder rapide abzufallen. Das niedrige Niveau der 18- bis 25jährigen wird allerdings auch von ihnen nicht erreicht.

Wiederum erhebliche Zunahme der Briefwähler

Ein Wahlberechtigter, der verhindert ist, am Wahltag in seinem Wahllokal zu wählen, erhält auf Antrag einen Wahlschein. Er kann dann entweder in einem anderen Wahllokal seines Wahlkreises

oder durch Briefwahl an der Wahl teilnehmen. Das Institut der Briefwahl ermöglicht zweifellos vielen Wählern, die sonst verhindert wären ihr Wahlrecht auszuüben, die Stimmabgabe und trägt so zu einer hohen Wahlbeteiligung bei.

Seit der Einführung der Briefwahl im Jahre 1957 hat die Zahl der Wahlscheininhaber, die vor einem Wahlvorstand wählen, stetig abgenommen, die Briefwahl dagegen immer mehr an Bedeutung gewonnen, zumal auch die Gemeinden zunehmend auf die Bildung beweglicher Wahlvorstände verzichteten und Kranke, Alte und Gebrechliche in Anstalten mit Briefwahlunterlagen versorgten.

Zur Bundestagswahl 1976 wurden 234 664 Wahlscheine erteilt, von denen 2 553 für die Wahl in einem Wahllokal und 218 524 für die Briefwahl benutzt wurden. Die Zahl der Briefwähler hat damit gegenüber 1972 um 48 783 oder 28% zugenommen. Ihr Anteil an der Gesamtwählerschaft betrug 8,9% gegenüber 7,4% im Jahre 1972. Im Jahre 1957, als die Briefwahl erstmals praktiziert wurde, wurden 96 000, 1961 123 000, 1965 153 000, 1969 157 000 Briefwähler gezählt. Der Anteil der Briefwähler stieg von 4,9% über 5,9%, 7,2%, 7,5% und 7,4% auf nunmehr 8,9%.

Die Briefwahlvorstände konnten freilich nicht alle bei den Kreiswahlleitern eingegangenen Wahlbriefe zulassen. 8 442 oder 3,7% mußten zurückgewiesen werden; in den meisten Fällen (93,5%), weil dem Wahlbrief kein gültiger Wahlschein oder kein mit der notwendigen eidesstattlichen Versicherung versehener Wahlschein beigelegt war.

Die Wahlstatistik zeigt erwartungsgemäß, daß vor allem ältere Leute brieflich gewählt haben. Der Anteil der über 70jährigen Männer, für die ein Wahlschein ausgestellt wurde, beträgt mehr als 13%; die Frauen gleichen Alters waren mit über 20% beteiligt. Erstaunlich viele Briefwähler sind mit nahezu 7% auch unter den Jungwählern, das heißt den 18- bis 21jährigen zu finden, in erster Linie wohl eine Folge häuslicher Abwesenheit wegen Studiums und Berufsausbildung. Am wenigsten machten die Wahlberechtigten im Alter zwischen 35 und 45 Jahren von der Briefwahl Gebrauch (5%).

Kontinuierlicher Rückgang der ungültigen Stimmen

Von den 2 448 946 Wählern in Rheinland-Pfalz haben 27 477 (1,1%) eine ungültige Erststimme und 19 693 (0,8%) eine ungültige Zweitstimme abgegeben. Obwohl die Zahl der Wähler gegenüber 1972 um nahezu 45 000 oder 1,9% zugenommen hat, verringerte sich die Zahl der ungültigen Erststimmen und Zweitstimmen jeweils um 0,3 Punkte.

Anteil der ungültigen Erst- und Zweitstimmen bei den Bundestagswahlen 1953 - 1976

Art der Stimmen	1953	1957	1961	1965	1969	1972	1976
	%						
Erststimmen	4,4	3,4	3,4	3,9	2,3	1,4	1,1
Zweitstimmen	3,7	3,9	4,8	2,8	2,0	1,1	0,8

Diese erfreuliche, seit Jahren gleichermaßen im gesamten Bundesgebiet zu beobachtende Entwicklung dürfte in erster Linie auf die intensive Aufklärungsarbeit der Massenmedien über das Wahlverfahren zurückzuführen sein.

In den Wahlkreisen und in den Verwaltungskreisen des Landes sind erhebliche Unterschiede in der Häufigkeit ungültiger Stimmen festzustellen. In den Wahlkreisen 148 Neuwied und 159 Ludwigshafen wurden mit 0,7% die wenigsten, im Wahlkreis 151 Cochem mit 2% die meisten ungültigen Erststimmen gezählt. Bei den Zweitstimmen streut der Anteil der ungültigen Stimmen zwischen 0,6% in den Wahlkreisen 148 Neuwied, 149 Ahrweiler, 150 Koblenz sowie 156 Mainz und 1,1% in den Wahlkreisen 163 Landau und 162 Pirmasens. In den Wahlkreisen 159 Ludwigshafen (0,7%) und 157 Worms (0,8%) besteht keine prozentuale Differenz zwischen ungültigen Erst- und Zweitstimmen; die größte wurde mit 1,1 Prozentpunkten im Wahlkreis 151 Cochem festgestellt.

Nach der repräsentativen Wahlstatistik wählten von den jüngeren Wählern wesentlich weniger ungültig als bei den mittleren und älteren Jahrgängen. So erreichte der Anteil ungültiger Zweitstimmen mit 0,5% bei den 18- bis 35jährigen Wählern nur etwa ein Drittel der Ungültigkeitsquote der über 60jährigen. Die Männer kommen mit dem Wahlverfahren besser zurecht als die Frauen; sie verursachten nur 0,8% ungültige Stimmen gegenüber 0,9% bei den Frauen. 1972 lautete die Relation 0,9 : 1,2.

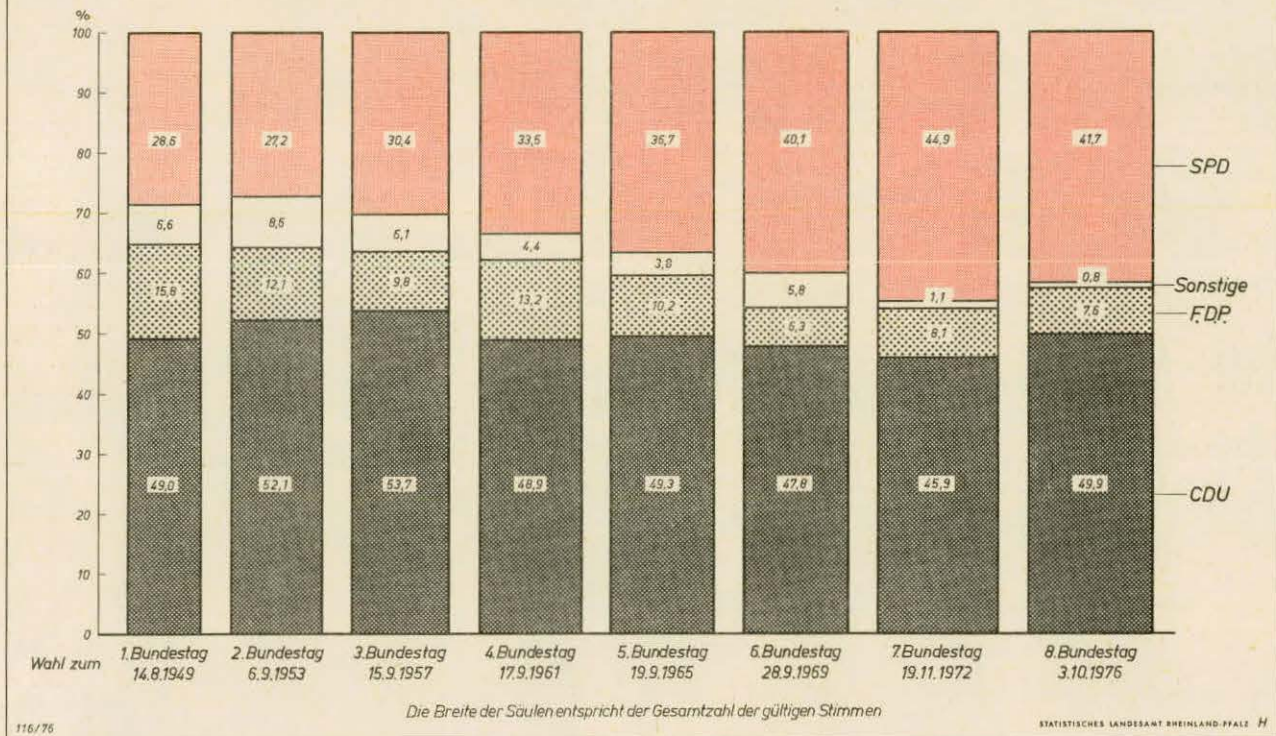
Landesergebnis der Bundestagswahlen 1972 und 1976

	1976				1972	
	Erststimmen		Zweitstimmen		Anzahl	%
	Anzahl	%	Anzahl	%		
Wahlberechtigte	2 676 890		2 676 890		2 623 690	
Wähler	2 448 946	91,5	2 448 946	91,5	2 404 007	91,6
Ungült. Stimmen	27 477	1,1	19 693	0,8	26 146	1,1
Gültige Stimmen	2 421 469	98,9	2 429 253	99,2	2 377 861	98,9
CDU	1 214 976	50,2	1 211 208	49,9	1 090 339	45,9
SPD	1 026 588	42,4	1 013 574	41,7	1 067 953	44,9
F.D.P.	157 468	6,5	183 575	7,6	193 499	8,1
DKP	9 525	0,4	6 627	0,3	7 749	0,3
EAP	236	0,0	811	0,0	-	-
KPD	261	0,0	1 618	0,1	-	-
KBW	994	0,0	1 046	0,0	-	-
NPD	11 176	0,5	10 794	0,4	18 321	0,8
AUD	127	0,0	-	-	-	-
AVP	118	0,0	-	-	-	-

Beachtliche Gewinne der CDU, Verluste von SPD und F.D.P., Absage an die Splitterparteien

Wie bereits oben erwähnt, hatten in Rheinland-Pfalz für die Wahl zum 8. Deutschen Bundestag acht Parteien den gesetzlichen Anforderungen entsprechende Landeslisten eingereicht. Neben den bereits im Bundestag vertretenen Parteien, der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Freien Demokratischen Partei erschienen die Deutsche Kommunistische Partei, die Europäische

Stimmenverteilung bei den Bundestagswahlen 1949-1976



Arbeiterpartei, die Kommunistische Partei Deutschlands, der Kommunistische Bund Westdeutschland und die Nationaldemokratische Partei Deutschlands auf den Stimmzetteln. Die Wähler konnten sich mit ihrer Zweitstimme für eine dieser Gruppierungen entscheiden und so an der parteipolitischen Zusammensetzung des 8. Deutschen Bundestages mitwirken.

In Rheinland-Pfalz hat sich erneut, wie im gesamten Bundesgebiet, die Beständigkeit des gegenwärtigen Parteiensystems bestätigt. Obwohl sich acht Parteien zur Wahl gestellt hatten - im Bundesgebiet waren es insgesamt 16 - konnten die drei im Bundestag vertretenen Parteien 99,2% aller gültigen Zweitstimmen auf sich vereinigen; im Bundesgebiet lag ihr Anteil bei 99,1%. Mit dieser Wahlentscheidung haben die Wähler den extremen Parteien eine klare Absage erteilt, sie blieben erstmals bei Wahlen unter 1%. Der Zweitstimmenanteil der Parteien, die sich an den Bundestagswahlen beteiligten, aber den Einzug ins Parlament nicht schafften, ist in Rheinland-Pfalz seit 1953 von 8,6% auf nunmehr 0,8%, im Bundesgebiet von 16,5% auf 0,9% zurückgegangen.

Die CDU ging in Rheinland-Pfalz wieder als stärkste Partei aus der Wahl hervor. Sie erhielt 1 211 208 oder 49,9% der gültigen Zweitstimmen. Der Abstand zur zweitstärksten Partei im Lande, der SPD beträgt 197 634 Stimmen. Mit diesem Ergebnis konnte die CDU ihren Stimmenanteil gegenüber 1972 zu Lasten der SPD und F.D.P. um 4 Prozentpunkte verbessern und kam nahe an die abso-

lute Mehrheit der Zweitstimmen heran. Nur bei den „Adenauer-Wahlen“ 1953 (52,1%) und 1957 (53,7%) hatte die CDU in Rheinland-Pfalz bessere Ergebnisse erzielt.

Die SPD dagegen konnte ihre bei der Bundestagswahl 1972 errungene Position nicht behaupten. Sie verlor trotz der Zunahme der Wahlberechtigten 54 379 Wähler; ihr Zweitstimmenanteil fiel durch den Verlust von 3,2 Prozentpunkten auf 41,7%. Der Abstand zur CDU ist wieder auf 8,2 Prozentpunkte angewachsen. Die Sozialdemokraten hatten seit 1949 ihr Wählerpotential und seit 1953 auch ihre Stimmenanteile von Bundestagswahl zu Bundestagswahl verbessert. Sie kamen 1957 erstmals knapp über 30%, 1969 über 40%, um dann schließlich 1972 mit 44,9% bis auf einen Prozentpunkt an die CDU heranzukommen. Der Vorsprung der CDU hatte sich in vorangegangenen Zeitspannen bei je-

Zweitstimmenanteile der Parteien bei den Bundestagswahlen 1949 - 1976

Jahr	CDU	SPD	F. D. P.	Sonstige
	%			
1949	49,0	28,6	15,8	6,6
1953	52,1	27,2	12,1	8,6
1957	53,7	30,4	9,8	6,1
1961	48,9	33,5	13,2	4,4
1965	49,3	36,7	10,2	3,8
1969	47,8	40,1	6,3	5,8
1972	45,9	44,9	8,1	1,1
1976	49,9	41,7	7,6	0,8

Wahlbeteiligung und Stimmenverteilung in den Wahlkreisen und
(Bundestagswahlen:

Wahlkreis Verwaltungsbezirk	Wahl	Wahl- betei- ligung	CDU	SPD	F.D.P.	Wahlkreis Verwaltungsbezirk	Wahl	Wahl- betei- ligung	CDU	SPD	F.D.P.
		%						%			
Landesergebnis						Landkreisergebnisse					
Rheinland-Pfalz	B 1976	91,5	49,9	41,7	7,6	Landkreis Ahrweiler	B 1976	92,7	68,0	25,5	6,0
	B 1972	91,6	45,9	44,9	8,1		B 1972	91,6	64,8	28,6	6,0
	L 1975	80,8	53,9	38,5	5,6		L 1975	81,0	72,5	22,7	3,8
Wahlkreisergebnisse						Landkreisergebnisse					
Wahlkreis 148 Neuwied	B 1976	92,5	50,0	41,7	7,8	Landkreis Altenkirchen (Ww.)	B 1976	92,9	52,1	39,4	8,1
	B 1972	92,4	46,2	44,4	8,8		B 1972	92,5	48,3	42,0	9,2
	L 1975	81,7	55,0	38,3	5,5		L 1975	82,1	57,0	35,9	6,2
Wahlkreis 149 Ahrweiler	B 1976	92,2	60,1	34,0	5,4	Landkreis Alzey-Worms	B 1976	92,2	40,7	49,4	8,9
	B 1972	91,5	57,1	36,9	5,5		B 1972	92,7	37,1	51,4	9,9
	L 1975	81,0	64,9	30,7	3,3		L 1975	83,3	43,3	46,1	8,0
Wahlkreis 150 Koblenz	B 1976	91,0	51,8	40,3	7,3	Landkreis Bad Dürkheim	B 1976	92,3	45,7	45,9	7,3
	B 1972	90,9	48,6	43,1	7,6		B 1972	92,4	40,9	49,7	7,9
	L 1975	79,3	56,8	36,7	5,1		L 1975	83,6	48,6	43,2	5,6
Wahlkreis 151 Cochem	B 1976	91,8	60,7	30,0	8,6	Landkreis Bad Kreuznach	B 1976	91,7	42,3	46,4	10,5
	B 1972	91,3	57,7	32,1	9,3		B 1972	92,1	39,8	49,3	10,0
	L 1975	81,8	64,2	27,3	7,2		L 1975	81,0	45,5	45,2	7,7
Wahlkreis 152 Kreuznach	B 1976	91,1	41,4	47,1	10,6	Landkreis Bernkastel-Wittlich	B 1976	90,3	64,4	27,4	7,4
	B 1972	91,3	38,6	50,3	10,0		B 1972	89,7	61,5	30,7	6,6
	L 1975	79,3	44,4	46,4	7,4		L 1975	79,4	68,7	23,6	6,0
Wahlkreis 153 Bitburg	B 1976	91,3	68,9	25,0	5,4	Landkreis Birkenfeld	B 1976	90,1	39,9	48,3	10,9
	B 1972	90,5	65,4	28,5	5,4		B 1972	90,2	36,7	52,1	10,0
	L 1975	80,1	73,5	21,0	4,2		L 1975	76,5	42,6	48,6	7,0
Wahlkreis 154 Trier	B 1976	90,5	56,4	37,1	5,8	Landkreis Bitburg-Prüm	B 1976	90,6	68,1	26,0	5,1
	B 1972	90,8	52,1	41,1	6,0		B 1972	89,7	64,3	29,3	5,6
	L 1975	78,0	62,6	32,0	4,0		L 1975	78,8	72,7	21,7	4,3
Wahlkreis 155 Montabaur	B 1976	91,9	49,3	42,8	7,3	Landkreis Cochem-Zell	B 1976	93,1	71,3	23,6	4,6
	B 1972	92,0	45,2	46,0	8,0		B 1972	92,8	68,3	26,3	4,7
	L 1975	81,3	53,5	39,7	5,2		L 1975	83,4	75,2	20,1	3,6
Wahlkreis 156 Mainz	B 1976	91,3	45,3	43,7	10,1	Landkreis Daun	B 1976	92,4	71,7	22,8	4,9
	B 1972	92,6	41,5	45,6	11,9		B 1972	91,3	68,0	26,3	5,0
	L 1975	79,3	50,5	40,7	7,3		L 1975	81,7	76,4	19,4	3,3
Wahlkreis 157 Worms	B 1976	90,7	41,2	49,4	8,3	Donnersbergkreis	B 1976	91,5	38,1	51,8	8,1
	B 1972	92,3	37,1	51,8	9,5		B 1972	91,3	34,2	55,1	8,4
	L 1975	81,3	44,6	45,7	7,2		L 1975	82,8	39,6	48,3	8,0
Wahlkreis 158 Frankenthal	B 1976	92,6	41,1	49,9	7,6	Landkreis Germersheim	B 1976	92,2	53,2	38,0	7,9
	B 1972	92,4	36,5	54,0	7,8		B 1972	92,4	48,6	42,2	8,1
	L 1975	83,7	43,7	47,0	6,3		L 1975	83,5	55,9	34,0	7,5
Wahlkreis 159 Ludwigshafen	B 1976	91,4	41,0	51,5	6,7	Landkreis Kaiserslautern	B 1976	92,5	47,3	44,9	6,5
	B 1972	91,7	36,1	55,1	7,7		B 1972	91,8	43,1	48,0	6,9
	L 1975	81,5	44,4	49,3	4,4		L 1975	83,7	49,6	42,4	4,8
Wahlkreis 160 Neustadt-Speyer	B 1976	91,8	50,1	41,7	7,2	Landkreis Kusel	B 1976	91,5	34,2	57,4	6,8
	B 1972	92,4	45,3	45,8	7,6		B 1972	91,0	30,4	60,3	6,9
	L 1975	83,3	54,6	37,8	5,3		L 1975	81,6	36,6	54,5	4,9
Wahlkreis 161 Kaiserslautern	B 1976	90,7	41,5	49,9	7,2	Landkreis Landau-Bad Bergzabern	B 1976	92,4	55,2	35,5	8,2
	B 1972	90,4	37,3	52,9	7,7		B 1972	93,0	51,0	38,7	8,9
	L 1975	79,9	44,4	47,3	5,1		L 1975	84,4	57,6	32,2	7,0
Wahlkreis 162 Pirmasens	B 1976	91,1	51,5	41,0	6,2	Landkreis Ludwigshafen	B 1976	94,7	49,2	43,7	6,3
	B 1972	91,1	47,0	44,4	6,9		B 1972	94,0	44,1	48,5	6,4
	L 1975	80,4	55,6	36,6	4,5		L 1975	87,4	53,0	40,8	4,5
Wahlkreis 163 Landau	B 1976	92,1	53,4	37,4	8,2	Landkreis Mainz-Bingen	B 1976	92,1	46,6	43,1	9,5
	B 1972	92,1	48,8	41,0	8,8		B 1972	92,8	43,1	45,1	10,8
	L 1975	83,1	56,1	33,8	7,2		L 1975	82,0	51,0	39,8	7,7
Regierungsbezirksergebnisse						Landkreisergebnisse					
Regierungsbezirk Koblenz	B 1976	91,9	51,1	40,5	7,8	Landkreis Mayen-Koblenz	B 1976	92,0	52,2	42,0	5,3
	B 1972	91,8	47,7	43,4	8,3		B 1972	91,7	49,2	44,8	5,4
	L 1975	80,8	55,4	37,7	5,6		L 1975	81,1	57,4	38,0	3,3
Regierungsbezirk Trier	B 1976	90,7	62,3	31,0	5,9	Landkreis Neuwied	B 1976	92,2	48,4	43,5	7,5
	B 1972	90,4	58,5	34,7	6,0		B 1972	92,3	44,5	46,4	8,5
	L 1975	78,9	67,6	26,5	4,4		L 1975	81,4	53,5	40,2	5,0
Regierungsbezirk Rheinhausen-Pfalz	B 1976	91,4	45,6	45,5	7,8	Landkreis Pirmasens	B 1976	93,8	57,8	35,4	5,7
	B 1972	91,8	41,1	48,8	8,6		B 1972	93,3	54,3	38,3	6,1
	L 1975	81,4	49,2	42,3	5,9		L 1975	85,3	61,4	31,7	4,4
						Rhein-Hunsrück-Kreis					
						Rhein-Lahn-Kreis	B 1976	92,7	52,0	35,9	11,5
							B 1972	92,7	49,1	37,3	13,0
							L 1975	84,1	54,9	34,3	9,8
						Landkreis Trier-Saarburg	B 1976	91,5	42,5	48,8	8,1
							B 1972	91,3	38,3	51,9	9,0
							L 1975	80,2	46,7	45,5	5,8
						Landkreis Trier-Saarburg	B 1976	93,1	60,4	33,9	5,0
							B 1972	92,7	56,7	37,5	5,1
							L 1975	82,1	65,8	29,2	3,5

Verwaltungsbezirk	Wahl	Wahl- betei- ligung	CDU	SPD	F.D.P.
%					
noch: Landkreisergebnisse					
Westerwaldkreis	B 1976	92,3	54,3	38,4	6,8
	B 1972	92,7	50,3	41,6	7,3
	L 1975	82,1	58,4	35,5	4,8
Ergebnisse der Städte mit 20 000 und mehr Einwohnern					
Stadt Andernach	B 1976	91,4	47,4	46,4	5,7
	B 1 72	92,1	44,3	49,0	6,2
	L 1975	81,4	52,2	43,7	3,1
Stadt Bad Kreuznach	B 1976	88,7	42,3	45,5	11,3
	B 1972	90,0	39,4	48,2	11,5
	L 1975	73,9	47,7	41,4	9,1
Stadt Bad Neuenahr-Ahrweiler	B 1976	92,4	66,0	25,9	7,7
	B 1972	90,8	61,5	30,0	8,0
	L 1975	79,5	69,4	23,7	5,6
Stadt Bingen	B 1976	92,4	51,2	40,5	7,8
	B 1972	93,4	48,5	42,1	8,7
	L 1975	83,0	55,5	37,8	5,6
Kreisfreie Stadt Frankenthal (Pfalz)	B 1976	92,1	42,8	48,3	7,9
	B 1972	93,1	38,0	53,4	7,5
	L 1975	82,0	47,2	45,8	5,1
Stadt Idar-Oberstein	B 1976	89,4	38,5	50,5	10,1
	B 1972	90,4	35,8	54,1	8,8
	L 1975	75,2	41,9	50,0	6,0
Stadt Ingelheim am Rhein	B 1976	90,4	44,0	43,6	11,8
	B 1972	90,5	40,8	44,9	13,5
	L 1975	76,3	49,8	40,3	8,8
Kreisfreie Stadt Kaiserslautern	B 1976	88,4	41,7	48,7	8,3
	B 1972	88,7	37,3	51,6	9,0
	L 1975	75,0	45,4	46,4	5,4
Kreisfreie Stadt Koblenz	B 1976	89,6	48,5	42,7	8,2
	B 1972	89,6	45,2	45,3	8,8
	L 1975	76,5	53,7	39,3	5,6
Stadt Lahnstein	B 1976	91,9	45,8	46,5	7,2
	B 1972	91,8	43,2	49,2	7,0
	L 1975	79,6	51,6	41,4	4,9
Kreisfreie Stadt Landau i. d. Pfalz	B 1976	90,9	49,1	40,9	9,1
	B 1972	89,4	44,1	44,3	10,3
	L 1975	78,9	52,7	37,2	7,3
Kreisfreie Stadt Ludwigshafen a. Rhein	B 1976	90,4	39,7	52,8	6,5
	B 1972	90,9	35,0	55,9	7,8
	L 1975	80,0	43,2	50,6	4,3
Kreisfreie Stadt Mainz	B 1976	90,8	44,0	44,8	10,4
	B 1972	92,6	39,7	46,7	12,6
	L 1975	77,6	49,4	41,8	7,1
Stadt Mayen	B 1976	91,6	46,7	47,4	5,3
	B 1972	91,2	45,3	48,7	5,4
	L 1975	80,2	51,7	43,4	3,5
Kreisfreie Stadt Neustadt a. d. Weinstr.	B 1976	91,2	50,3	40,2	8,2
	B 1972	92,6	45,3	44,6	8,6
	L 1975	84,0	55,6	35,3	6,0
Stadt Neuwied	B 1976	91,2	39,4	52,2	7,7
	B 1972	91,7	35,7	54,5	9,1
	L 1975	79,8	44,8	48,6	5,2
Kreisfreie Stadt Pirmasens	B 1976	87,6	46,9	45,4	6,1
	B 1972	88,0	42,0	49,0	6,9
	L 1975	75,8	52,0	40,6	3,6
Kreisfreie Stadt Speyer	B 1976	89,7	46,2	45,0	7,5
	B 1972	90,8	41,9	48,9	8,0
	L 1975	77,7	51,5	40,8	5,5
Kreisfreie Stadt Trier	B 1976	87,5	51,5	41,0	6,7
	B 1972	88,8	47,0	45,2	7,1
	L 1975	73,4	58,5	35,5	4,6
Kreisfreie Stadt Worms	B 1976	88,0	40,0	51,4	7,4
	B 1972	91,2	35,8	54,1	8,7
	L 1975	78,2	44,4	47,6	5,6
Kreisfreie Stadt Zweibrücken	B 1976	89,3	40,5	50,1	7,9
	B 1972	89,9	34,7	53,9	9,2
	L 1975	74,2	43,9	45,5	5,7

der Wahl verkleinert: 1953 lag die SPD um 24,9 Prozentpunkte, 1957 um 23,3 Punkte, 1961 um 15,4 Punkte, 1965 um 12,6 und 1969 um 7,7 Prozentpunkte hinter der CDU zurück.

Verluste mußte auch die F.D.P., die drittstärkste Partei im Lande hinnehmen. Sie konnte nur noch 183 575 Zweitstimmen auf sich vereinigen und verlor damit gegenüber 1972 fast 10 000 Zweitstimmen. Ihr Zweitstimmenanteil ging von 8,1% auf 7,6% zurück. Nur bei der Bundestagswahl 1969 hatte sie ein schlechteres Ergebnis erzielt.

Die übrigen politischen Gruppierungen wurden von den Wählern erneut zur Bedeutungslosigkeit verurteilt. Während die NPD gegenüber 1972 mehr als 41% ihrer Wählerschaft einbüßte und ihr Anteil auf 0,4% sank, konnte die DKP 0,3% halten.

Zunahme der CDU-Anteile in allen Wahlkreisen und Verwaltungskreisen

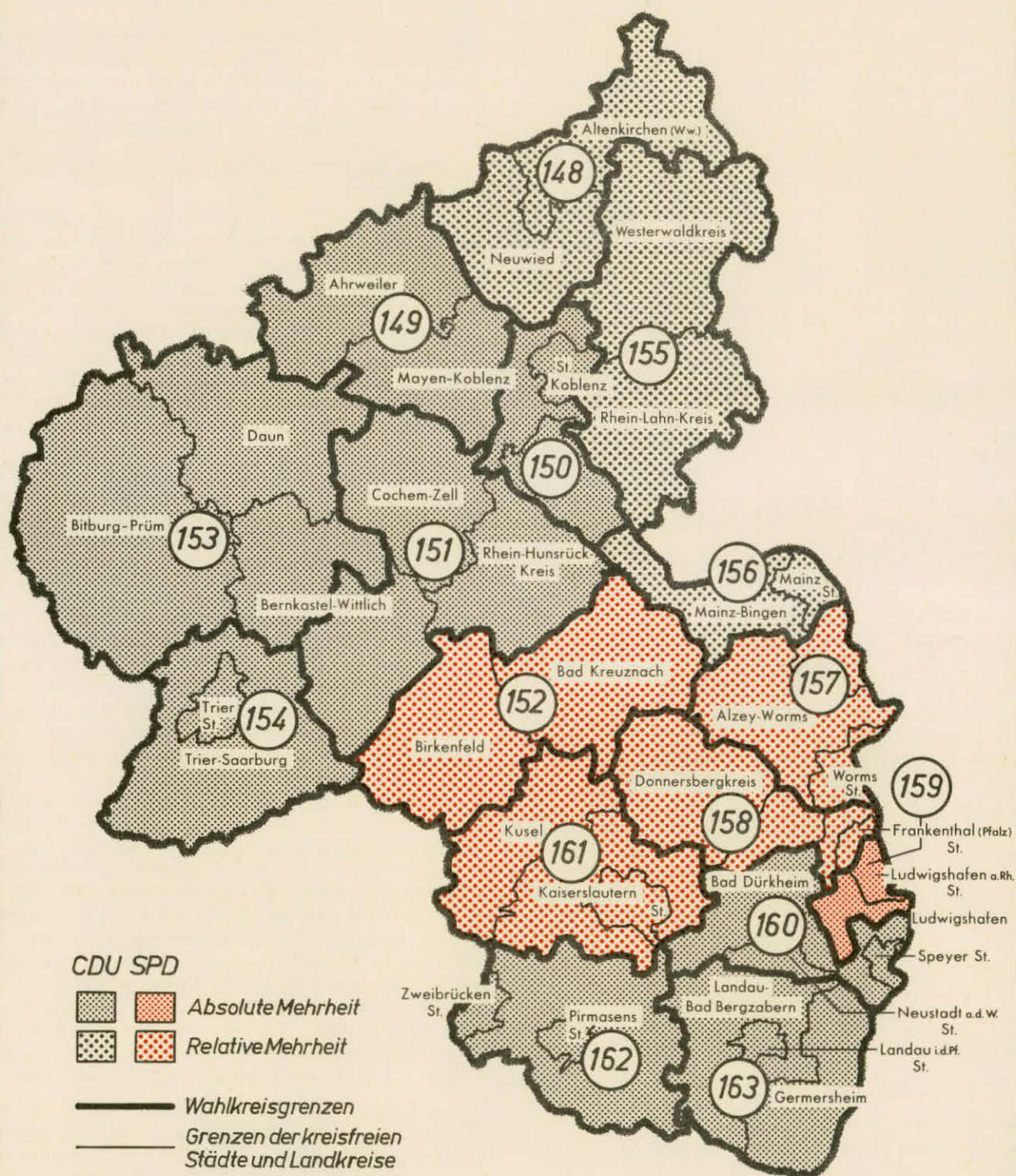
Nachdem die CDU bei der Bundestagswahl 1972 nur noch in 8 Wahlkreisen stärkste Partei war, gelang es ihr 1976 in 11 Wahlkreisen die Mehrheit der Zweitstimmen zu erringen. Die SPD verlor in drei Wahlkreisen ihre Zweitstimmenmehrheit an die CDU, die nunmehr in acht Wahlkreisen über die absolute, in drei Wahlkreisen über die relative Stimmenmehrheit verfügt. Die absoluten Mehrheiten reichen von 68,9% im Wahlkreis 153 Bitburg bis 50,1% im Wahlkreis 160 Neustadt-Speyer. Die geringste einfache Stimmenmehrheit besitzt die CDU mit 45,3% im Wahlkreis 156 Mainz. Die SPD konnte im Wahlkreis 159 Ludwigshafen mit einem Zweitstimmenanteil von 51,5% ihre absolute Mehrheit halten. Die geringste relative Mehrheit errang sie mit 47,1% im Wahlkreis 152 Kreuznach.

Die CDU vergrößerte ihren Stimmenanteil, der im Landesdurchschnitt gegenüber 1972 um 4 Prozentpunkte stieg, in allen Wahlkreisen. Die Zunahmen bewegten sich zwischen 4,9 Prozentpunkten im Wahlkreis 159 Ludwigshafen und 2,8 Punkten im Wahlkreis 152 Kreuznach. Gewinne, die erheblich über dem Landesdurchschnitt lagen, erzielte die CDU außer im Wahlkreis 159 Ludwigshafen, auch in den Wahlkreisen 160 Neustadt-Speyer (+ 4,8 Punkte), 158 Frankenthal und 163 Landau (jeweils + 4,6), 162 Pirmasens (+ 4,5). In den Wahlkreisen 155 Montabaur, 156 Mainz und 160 Neustadt-Speyer wechselte die Zweitstimmenmehrheit von SPD zur CDU; in den Wahlkreisen 150 Koblenz, 162 Pirmasens und 163 Landau gelang es den Christdemokraten, ihre bisher einfache Mehrheit der Zweitstimmen in eine absolute umzuwandeln. Die SPD mußte überdurchschnittliche Verluste vor allem in den Wahlkreisen 158 Frankenthal und 160 Neustadt-Speyer (jeweils — 4,1 Prozentpunkte) sowie in den Wahlkreisen 154 Trier (— 4,0), 159 Ludwigshafen und 163 Landau (jeweils — 3,6) hinnehmen.

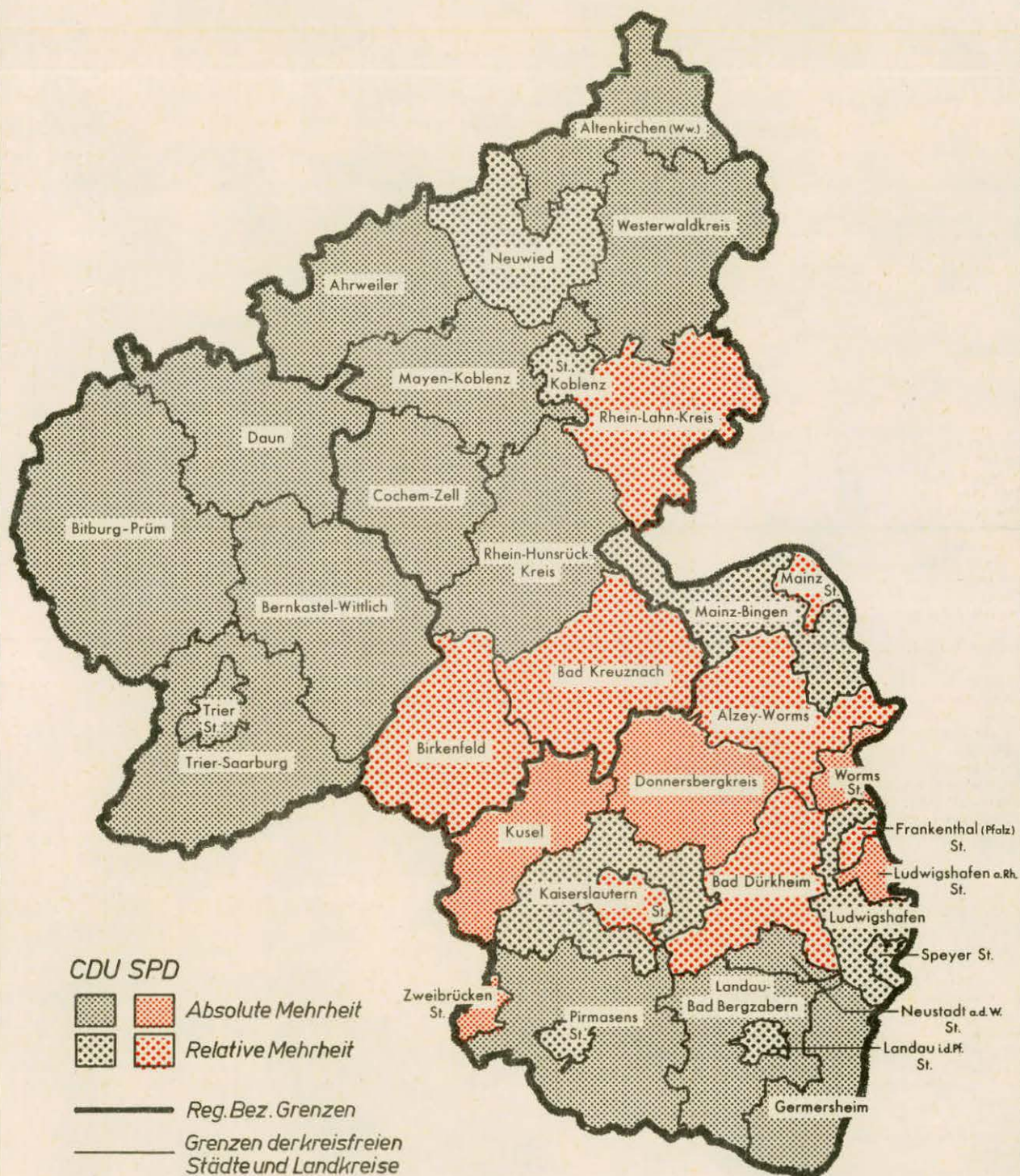
Die Freien Demokraten erreichten ihre besten Ergebnisse in den Wahlkreisen 152 Kreuznach (10,6%) und 156 Mainz (10,1%). Am niedrigsten ist der Zweitstimmenanteil in den Wahlkreisen 149 Ahrweiler und 153 Bitburg (jeweils 5,4%). Ein Stimmengewinn gelang ihnen nur im Wahlkreis 152 Kreuznach (+ 0,6 Punkte); in allen übrigen Wahl-

Mehrheitsverhältnisse in den Wahlkreisen 1976

(Zweitstimmen)



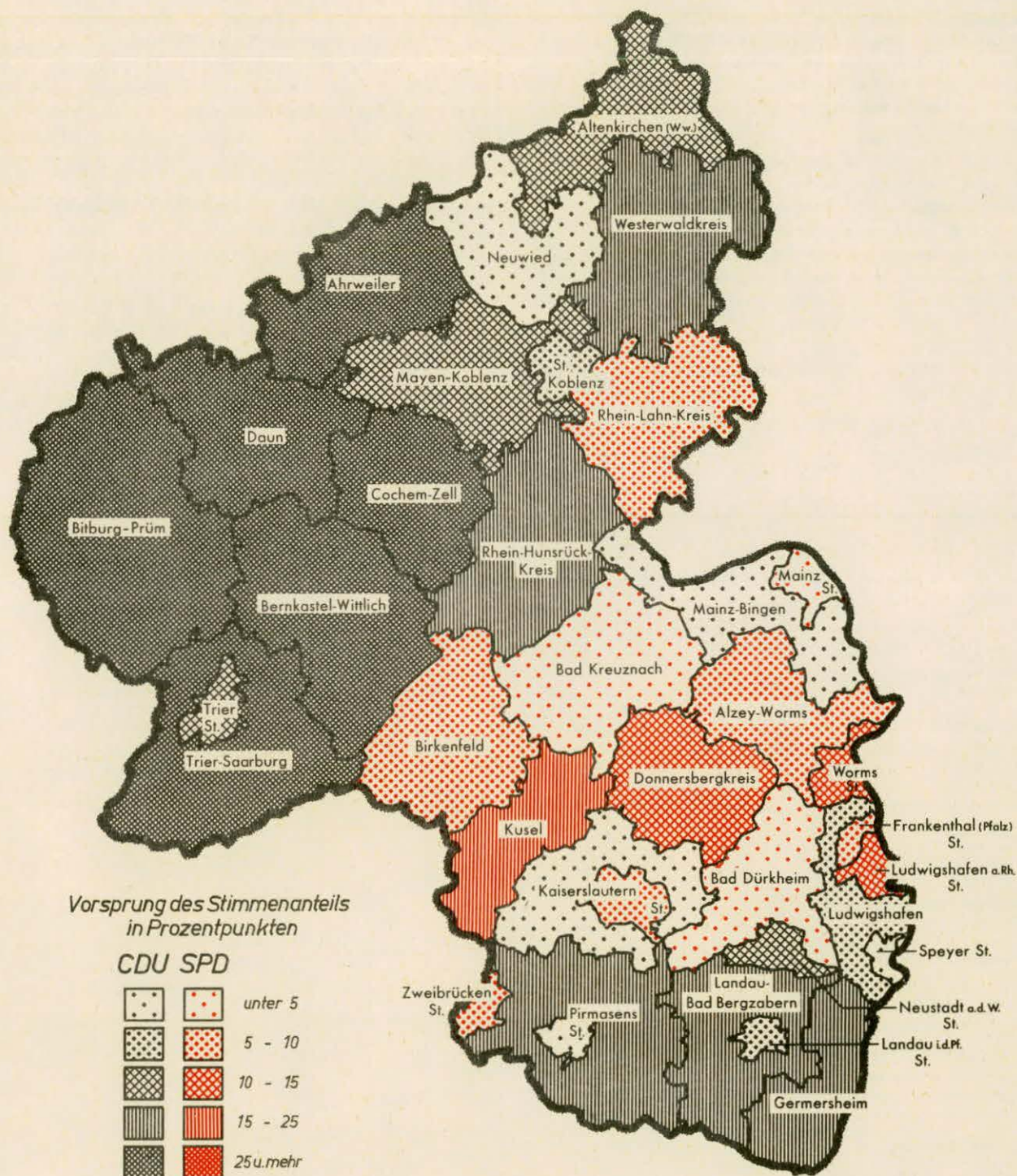
Mehrheitsverhältnisse in den kreisfreien Städten und Landkreisen 1976 (Zweitstimmen)



Mehrheitsverhältnisse in den Wahlkreisen und Verwaltungsbezirken 1972 - 1976
(Stimmenanteil der stärksten Partei und ihr Vorsprung vor der zweitstärksten Partei)

Wahlkreis Verwaltungsbezirk	Bundestagswahl 1976 (Zweitstimmen)			Bundestagswahl 1972 (Zweitstimmen)			Landtagswahl 1975		
	Partei	Anteil	Vorsprung	Partei	Anteil	Vorsprung	Partei	Anteil	Vorsprung
		%	Prozent- punkte		%	Prozent- punkte		%	Prozent- punkte
Landesergebnis									
Rheinland-Pfalz	CDU	49,9	8,2	CDU	45,9	1,0	CDU	53,9	15,4
Wahlkreisergebnisse									
148 Neuwied	CDU	50,0	8,3	CDU	46,2	1,8	CDU	55,0	16,7
149 Ahrweiler	CDU	60,1	26,1	CDU	57,1	20,2	CDU	64,9	34,2
150 Koblenz	CDU	51,8	11,5	CDU	48,6	5,5	CDU	56,8	20,1
151 Cochem	CDU	60,7	30,7	CDU	57,7	25,6	CDU	64,2	36,9
152 Kreuznach	SPD	47,1	5,7	SPD	50,3	11,7	SPD	46,4	2,0
153 Bitburg	CDU	68,9	43,9	CDU	65,4	36,9	CDU	73,5	52,5
154 Trier	CDU	56,4	19,3	CDU	52,1	11,0	CDU	62,6	30,6
155 Montabaur	CDU	49,3	6,5	SPD	46,0	0,8	CDU	53,5	13,8
156 Mainz	CDU	45,3	1,6	SPD	45,6	4,1	CDU	50,5	9,8
157 Worms	SPD	49,4	8,2	SPD	51,8	14,7	SPD	45,7	1,1
158 Frankenthal	SPD	49,9	8,8	SPD	54,0	17,5	SPD	47,0	3,3
159 Ludwigshafen	SPD	51,5	10,5	SPD	55,1	19,0	SPD	49,3	4,9
160 Neustadt-Speyer	CDU	50,1	8,4	SPD	45,8	0,5	CDU	54,6	16,8
161 Kaiserslautern	SPD	49,9	8,4	SPD	52,9	15,6	SPD	47,3	2,9
162 Pirmasens	CDU	51,5	10,5	CDU	47,0	2,6	CDU	55,6	19,0
163 Landau	CDU	53,4	16,0	CDU	48,8	7,8	CDU	56,1	22,3
Regierungsbezirksergebnisse									
Koblenz	CDU	51,1	10,6	CDU	47,7	4,3	CDU	55,4	17,7
Trier	CDU	62,3	31,3	CDU	58,5	23,8	CDU	67,6	41,1
Rheinhesen-Pfalz	CDU	45,6	0,1	SPD	48,8	7,7	CDU	49,2	6,9
Landkreisergebnisse									
Ahrweiler	CDU	68,0	42,5	CDU	64,8	36,2	CDU	72,5	49,8
Altenkirchen (Ww.)	CDU	52,1	12,7	CDU	48,3	6,3	CDU	57,0	21,1
Alzey-Worms	SPD	49,4	8,7	SPD	51,4	14,3	SPD	46,1	2,8
Bad Dürkheim	SPD	45,9	0,2	SPD	49,7	8,8	CDU	48,6	5,4
Bad Kreuznach	SPD	46,4	4,1	SPD	49,3	9,5	CDU	45,5	0,3
Bernkastel-Wittlich	CDU	64,4	37,0	CDU	61,5	30,8	CDU	68,7	45,1
Birkenfeld	SPD	48,3	8,4	SPD	52,1	15,4	SPD	48,6	6,0
Bitburg-Prüm	CDU	68,1	42,1	CDU	64,3	35,0	CDU	72,7	51,0
Cochem-Zell	CDU	71,3	47,7	CDU	68,3	42,0	CDU	75,2	55,1
Daun	CDU	71,7	48,9	CDU	68,0	41,7	CDU	76,4	57,0
Donnersbergkreis	SPD	51,8	13,7	SPD	55,1	20,9	SPD	48,3	8,7
Germersheim	CDU	53,2	15,2	CDU	48,6	6,4	CDU	55,9	21,9
Kaiserslautern	CDU	47,3	2,4	SPD	48,0	4,9	CDU	49,6	7,2
Kusel	SPD	57,4	23,2	SPD	60,3	29,9	SPD	54,5	17,9
Landau-Bad Bergzabern	CDU	55,2	19,7	CDU	51,0	12,3	CDU	57,6	25,4
Ludwigshafen	CDU	49,2	5,5	SPD	48,5	4,4	CDU	53,0	12,2
Mainz-Bingen	CDU	46,6	3,5	SPD	45,1	2,0	CDU	51,0	11,2
Mayen-Koblenz	CDU	52,2	10,2	CDU	49,2	4,4	CDU	57,4	19,4
Neuwied	CDU	48,4	4,9	SPD	46,4	1,9	CDU	53,5	13,3
Pirmasens	CDU	57,8	22,4	CDU	54,3	16,0	CDU	61,4	29,7
Rhein-Hunsrück-Kreis	CDU	52,0	16,1	CDU	49,1	11,8	CDU	54,9	20,6
Rhein-Lahn-Kreis	SPD	48,8	6,3	SPD	51,9	13,6	CDU	46,7	1,2
Trier-Saarburg	CDU	60,4	26,5	CDU	56,7	19,2	CDU	65,8	36,6
Westerwaldkreis	CDU	54,3	15,9	CDU	50,3	8,7	CDU	58,4	22,9
Ergebnisse der Städte mit 20 000 und mehr Einwohnern									
Andernach	CDU	47,4	1,0	SPD	49,0	4,7	CDU	52,2	8,5
Bad Kreuznach	SPD	45,5	3,2	SPD	48,2	8,8	CDU	47,7	6,3
Bad Neuenahr-Ahrweiler	CDU	66,0	40,1	CDU	61,5	31,5	CDU	69,4	45,7
Bingen	CDU	51,2	10,7	CDU	48,5	6,4	CDU	55,5	17,7
Frankenthal (Pfalz)	SPD	48,3	5,5	SPD	53,4	15,4	CDU	47,2	1,4
Idar-Oberstein	SPD	50,5	12,0	SPD	54,1	18,3	SPD	50,0	8,1
Ingelheim am Rhein	CDU	44,0	0,4	SPD	44,9	4,1	CDU	49,8	9,5
Kaiserslautern	SPD	48,7	7,0	SPD	51,6	14,3	SPD	46,4	1,0
Koblenz	CDU	48,5	5,8	SPD	45,3	0,1	CDU	53,7	14,4
Lahnstein	SPD	46,5	0,7	SPD	49,2	6,0	CDU	51,6	10,2
Landau i. d. Pfalz	CDU	49,1	8,2	SPD	44,3	0,2	CDU	52,7	15,5
Ludwigshafen a. Rhein	SPD	52,8	13,1	SPD	55,9	20,9	SPD	50,6	7,4
Mainz	SPD	44,8	0,8	SPD	46,7	7,0	CDU	49,4	7,6
Mayen	SPD	47,4	0,7	SPD	48,7	3,4	CDU	51,7	8,3
Neustadt a. d. Weinstr.	CDU	50,3	10,1	CDU	45,3	0,7	CDU	55,6	20,3
Neuwied	SPD	52,2	12,8	SPD	54,5	18,8	SPD	48,6	3,8
Pirmasens	CDU	46,9	1,5	SPD	49,0	7,0	CDU	52,0	11,4
Speyer	CDU	46,2	1,2	SPD	48,9	7,0	CDU	51,5	10,7
Trier	CDU	51,5	10,5	CDU	47,0	1,8	CDU	58,5	23,0
Worms	SPD	51,4	11,4	SPD	54,1	18,3	SPD	47,6	3,2
Zweibrücken	SPD	50,1	9,6	SPD	53,9	19,2	SPD	45,5	1,6

Vorsprung der stärksten Partei 1976



kreisen ging ihr Stimmenanteil zurück. Am höchsten sind die Verluste der F.D.P. in den Wahlkreisen 156 Mainz (— 1,8 Punkte), 157 Worms (— 1,2), 159 Ludwigshafen und 148 Neuwied (jeweils — 1 Prozentpunkt).

Betrachtet man die Mehrheitsverhältnisse in den 24 Landkreisen, so verfügen die Christdemokraten nunmehr in 17 Landkreisen über die Mehrheit der Zweitstimmen, die SPD dagegen nur noch in 7 Landkreisen. 1972 hatte die CDU nur in 13, die SPD dagegen in 11 Landkreisen Mehrheiten verbuchen können. Die CDU erzielte 1976 in zwei Landkreisen ihre Stimmenmehrheit mit mehr als 70%, in vier mit mehr als 60%, in sieben mit mehr als 50% und in vier mit mehr als 40%. Die SPD kam nur in zwei Landkreisen auf einen Zweitstimmenanteil von über 50%.

Die CDU erzielte gegenüber 1972 in allen Landkreisen Gewinne. Sie betrugen durchschnittlich 3,8 Prozentpunkte und reichten im einzelnen von 2,6 Punkten im Landkreis Bad Kreuznach bis zu 5,1 Punkten im Landkreis Ludwigshafen. Überdurchschnittliche Zuwachsraten verzeichnete die CDU außer im Landkreis Ludwigshafen auch noch in den Kreisen Bad Dürkheim (+ 4,8), Germersheim (+ 4,7), Kaiserslautern (+ 4,2), Landau-Bad Bergzabern (+ 4,2) und im Rhein-Lahn-Kreis (+ 4,1 Prozentpunkte).

Demgegenüber gingen die SPD-Anteile in allen

Landkreisen zurück. Die Verluste betrugen im Durchschnitt 3,1 Prozentpunkte und waren am empfindlichsten in den Landkreisen Ludwigshafen (— 4,8), Germersheim (— 4,2), Bad Dürkheim (— 3,9), Birkenfeld (— 3,8).

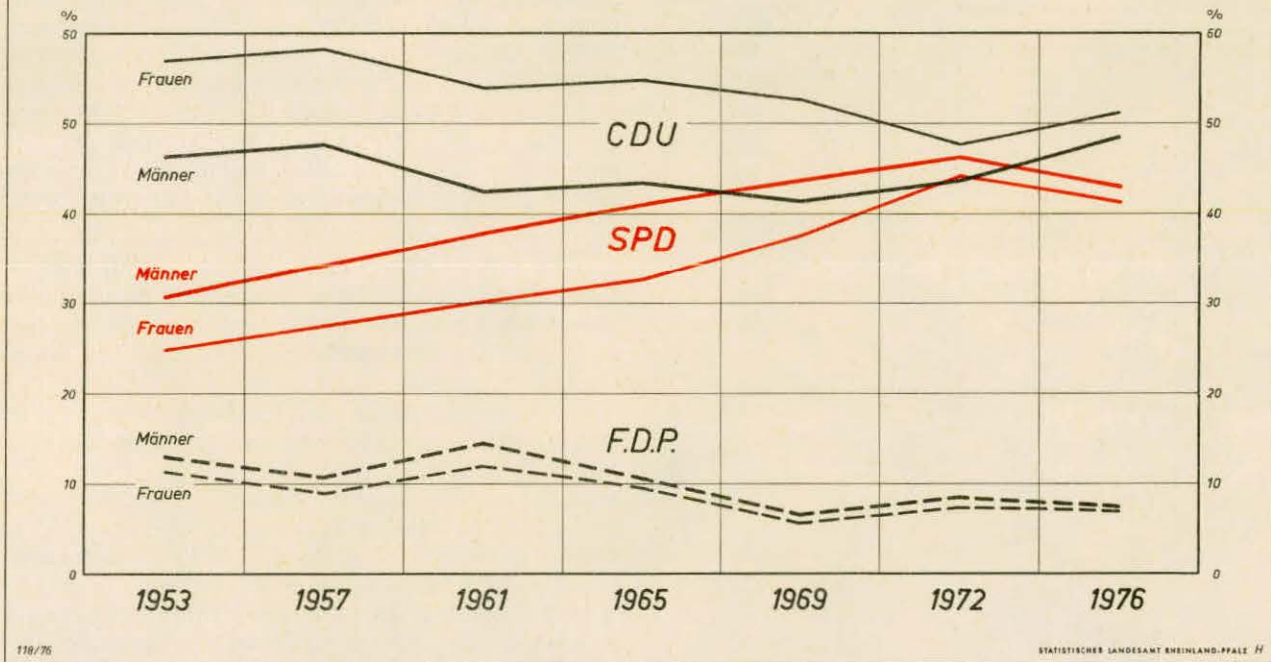
Eine erhebliche Zunahme ihres Zweitstimmenanteils erzielte die CDU auch in den 12 kreisfreien Städten. Die Gewinne betrugen durchschnittlich 4,5% und lagen mit Ausnahme von Koblenz überall über dem Landesdurchschnitt von 4%. Am größten waren sie mit 5,8 Punkten in Zweibrücken, vor Neustadt (+ 5,0), Landau und Pirmasens (jeweils + 4,9 Prozentpunkte). Den höchsten CDU-Anteil hat mit 51,5% wiederum die Stadt Trier; auch in Neustadt (50,3%) verfügen die Christdemokraten über die absolute Mehrheit der Zweitstimmen. Die SPD büßte in allen kreisfreien Städten Stimmen ein, am erheblichsten in Frankenthal (— 5,1 Punkte), Neustadt (— 4,3) und Trier (— 4,2). 1972 hatten die Sozialdemokraten in 10 der 12 kreisfreien Städte die Mehrheit der Zweitstimmen errungen, davon fünfmal absolut. In Frankenthal und Kaiserslautern ging die absolute Mehrheit nunmehr verloren.

Die F.D.P. konnte lediglich in den Landkreisen Birkenfeld (+ 0,8 Punkte), Bernkastel-Wittlich (+ 0,7) und Bad Kreuznach (+ 0,5) sowie in der Stadt Frankenthal (+ 0,4) ihren Zweitstimmenanteil gegenüber 1972 vergrößern. In 29 Verwaltungskreisen mußte sie Einbußen hinnehmen, die mit 2,2

Wahlbeteiligung und Zweitstimmenanteile in Abhängigkeit von politischen und sozialen Strukturen

Strukturmerkmale	Bundestagswahl 1976				Veränderungen zur Bundestagswahl 1972			
	Wähler	CDU	SPD	F. D. P.	Wähler	CDU	SPD	F. D. P.
	%				Prozentpunkte			
CDU-Anteil 1972								
niedrig	90,2	39,4	51,3	8,0	- 0,5	+ 4,1	- 3,0	- 0,7
hoch	92,3	63,8	29,5	6,0	+ 0,5	+ 3,5	- 3,2	- 0,1
Landesdurchschnitt	91,5	49,9	41,7	7,6	- 0,1	+ 4,0	- 3,2	- 0,5
SPD-Anteil 1972								
niedrig	92,3	63,5	29,5	6,3	+ 0,6	+ 3,3	- 3,0	- 0,2
hoch	90,3	39,9	51,0	7,9	- 0,5	+ 4,2	- 3,3	- 0,6
Landesdurchschnitt	91,5	49,9	41,7	7,6	- 0,1	+ 4,0	- 3,2	- 0,5
F. D. P. -Anteil 1972								
niedrig	92,5	61,9	32,2	5,3	+ 0,6	+ 3,4	- 3,1	- 0,2
hoch	91,5	44,5	44,5	10,2	- 0,6	+ 3,5	- 2,4	- 0,9
Landesdurchschnitt	91,5	49,9	41,7	7,6	- 0,1	+ 4,0	- 3,2	- 0,5
Einwohnerdichte								
niedrig	91,9	58,0	34,0	7,1	+ 0,4	+ 3,5	- 3,1	- 0,1
hoch	89,7	45,2	46,0	7,9	- 0,9	+ 4,3	- 3,1	- 1,1
Landesdurchschnitt	91,5	49,9	41,7	7,6	- 0,1	+ 4,0	- 3,2	- 0,5
Katholikenanteil								
niedrig	90,6	41,1	49,4	8,2	- 0,1	+ 4,2	- 3,2	- 0,5
hoch	91,6	61,0	32,9	5,4	+ 0,4	+ 3,6	- 3,3	- 0,2
Landesdurchschnitt	91,5	49,9	41,7	7,6	- 0,1	+ 4,0	- 3,2	- 0,5
Anteil der Erwerbspersonen im Produzierenden Gewerbe								
niedrig	90,6	59,6	32,6	7,2	+ 0,1	+ 3,6	- 3,1	- 0,4
hoch	92,2	48,8	43,5	6,9	0,0	+ 4,6	- 3,7	- 0,6
Landesdurchschnitt	91,5	49,9	41,7	7,6	- 0,1	+ 4,0	- 3,2	- 0,5
Anteil der Erwerbspersonen im Dienstleistungssektor								
niedrig	92,8	48,7	42,8	7,4	- 0,1	+ 4,4	- 3,6	- 0,4
hoch	89,6	46,4	44,1	8,5	- 0,8	+ 4,3	- 3,1	- 1,1
Landesdurchschnitt	91,5	49,9	41,7	7,6	- 0,1	+ 4,0	- 3,2	- 0,5
Anteil der Erwerbspersonen in Land- und Forstwirtschaft								
niedrig	89,4	44,8	46,2	7,9	- 0,8	+ 4,3	- 3,0	- 1,1
hoch	92,0	59,5	32,7	7,1	+ 0,2	+ 3,5	- 2,9	- 0,4
Landesdurchschnitt	91,5	49,9	41,7	7,6	- 0,1	+ 4,0	- 3,2	- 0,5

Stimmabgabe der Männer und Frauen 1953-1976



Prozentpunkten in der Stadt Mainz am höchsten waren, in 3 Landkreisen blieb ihr Stimmenanteil unverändert.

Ausbau der CDU-Hochburgen - überdurchschnittliche SPD-Verluste in urbanen Gebieten

Untersucht man das Wahlergebnis anhand der politischen und sozialen Strukturen im Lande¹⁾, so konnte die CDU ihre Vormachtstellung in den eher ländlichen Gebieten weiter ausbauen. Charakteristisch für die CDU-Hochburgen ist, neben der geringen Einwohnerdichte, ein hoher Katholikenanteil und eine überdurchschnittliche Beschäftigungsquote in der Landwirtschaft; deutlich unterrepräsentiert ist der Dienstleistungssektor und das produzierende Gewerbe. Unter dem Landesdurchschnitt liegen in diesen ländlich-katholischen Räumen auch die von der SPD und der F.D.P. bei den Bundestagswahlen 1972 erreichten Stimmenanteile. Die Stimmengewinne der CDU lagen hier allerdings niedriger als in den städtischen Gebieten; sie korrespondieren mit Verlusten der SPD und F.D.P.

Überdurchschnittliche Gewinne erzielte die CDU in den Gebieten urbanen Charakters, das heißt mit hoher Einwohnerdichte bzw. städtischer Siedlungsweise. Diese waren 1972 unumstrittene Hochburgen der SPD, haben eine hohe Beschäftigungsquote im produzierenden Gewerbe und sind stärker protestantisch geprägt. Die SPD konnte in den kreisfreien Städten zwar ihre Mehrheiten verteidigen, doch zeigte sich ein deutlicher Trend zum Abbau ihrer Hochburgen. In den urbanen Gebieten mit stark ausgebautem Dienstleistungssektor wurde die CDU sogar stärkste Partei.

Bemerkenswert ist auch, daß die CDU in den Regionen mit sehr hoher Beschäftigungsquote im produzierenden Gewerbe, das heißt mit hohem Arbeiteranteil die SPD deutlich überholte und auch ihren Stimmenanteil bei der protestantischen Bevölkerung weiter ausbauen konnte.

Die F.D.P., die 1972 ihre Hochburgen aus dem rural-protestantischen Raum in die urbanen Gebiete mit einem hohen Anteil an Beamten und Angestellten verlagert hatte, erlitt dort ihre größten Stimmenverluste.

Betrachtet man noch den Einfluß der Wahlbeteiligung auf das Wahlergebnis, so wird deutlich, daß die CDU-Gewinne mit Zunahme der Wahlbeteiligung abnehmen. Eine rückläufige Wahlbeteiligung ist aber vor allem in den Gebieten zu beobachten, in denen die CDU 1972 hohe Stimmenanteile erzielen konnte. Die SPD mußte zwar bei gestiegener und bei gesunkener Wahlbeteiligung Stimmen einbußen hinnehmen, verzeichnete aber die höchsten Verluste in Gebieten mit stark gesunkener Wahlbeteiligung. Auch die Rückgänge der F.D.P.-Stimmenanteile blieben bei zunehmender Wahlbeteiligung unter dem Durchschnitt.

Zweitstimmenanteile der Parteien bei Veränderungen der Wahlbeteiligung

Wahlbeteiligung 1976/72	Bundestagswahl 1976			Veränderungen zur Bundestagswahl 1972		
	CDU	SPD	F.D.P.	CDU	SPD	F.D.P.
	%			Prozentpunkte		
Hohe Abnahme	46,8	43,6	8,6	+ 4,3	- 3,0	- 1,1
Hohe Zunahme	59,6	33,2	6,3	+ 3,9	- 3,5	- 0,1
Landesdurchschnitt	49,9	41,7	7,6	+ 4,0	- 3,2	- 0,5

¹⁾ Vgl. Die Struktur der Bundestagswahlkreise in Rheinland-Pfalz, Statistische Berichte Rheinland-Pfalz, B VII 1 S-1976 vom 15. März 1976.

Wahlentscheidung der Männer und Frauen
bei den Bundestagswahlen 1953 - 1976
(Repräsentativergebnis; Zweitstimmen)

Partei	Jahr	Insgesamt	Männer	Frauen
CDU	1953	52,0	46,3	56,9
	1957	53,2	47,6	58,2
	1961	48,5	42,4	53,9
	1965	49,5	43,3	54,8
	1969	47,3	41,2	52,6
	1972	45,7	43,5	47,6
	1976	49,8	48,3	51,1
SPD	1953	27,8	31,0	25,1
	1957	30,9	34,5	27,7
	1961	34,0	38,1	30,3
	1965	36,7	41,2	32,8
	1969	40,6	43,9	37,7
	1972	45,3	46,4	44,3
	1976	42,2	43,1	41,4
F. D. P.	1953	12,0	12,9	11,3
	1957	9,7	10,7	8,9
	1961	13,1	14,4	11,9
	1965	10,1	10,6	9,6
	1969	6,0	6,5	5,6
	1972	7,8	8,4	7,3
	1976	7,2	7,4	7,0
Sonstige	1953	8,2	9,8	6,7
	1957	6,2	7,2	5,3
	1961	4,4	5,1	3,9
	1965	3,8	4,8	2,9
	1969	6,1	8,4	4,1
	1972	1,2	1,7	0,8
	1976	0,8	1,2	0,5

CDU für die Wähler aller Altersgruppen attraktiver als 1972

Aufschluß über die Struktur der Wählerschaft der einzelnen Parteien gibt die repräsentative Wahlstatistik. Wegen des Gebots der absoluten Wahrung des Wahlgeheimnisses beschränkt sich diese Untersuchung auf das Geschlecht der in die Erhebung einbezogenen Wähler sowie auf deren Zugehörigkeit zu einer von fünf Altersgruppen. Aus dem gleichen Grund können die Briefwähler nicht in die Statistik einbezogen werden.

Betrachtet man das Wahlergebnis zunächst ohne Rücksicht auf die altersmäßige Zusammensetzung, so gaben von den Männern 48,3% der CDU, 43,1% der SPD und 7,4% der F.D.P. ihre Stimme. Von den Frauen wählten 51,1% die CDU, 41,4% die SPD und 7% die F.D.P. Die CDU genoß somit bei den Wählern beiderlei Geschlechts größere Anziehungskraft. Sie verdankt ihre Gewinne mehr der Zunahme ihres Stimmenanteils bei den Männern (+ 4,8 Prozentpunkte) als bei den Frauen (+ 3,5 Punkte), gewann aber dennoch bei den Frauen die 1972 vorübergehend verlorene absolute Mehrheit der Stimmen zurück.

Hatte die CDU bei früheren Bundestagswahlen bei den Frauen eine weit größere Resonanz gefunden als bei den Männern, so war doch schon 1972 eine weitgehende Annäherung der Wahlentscheidungen beider Geschlechter zu beobachten. Die Differenz zwischen den Anteilsziffern der Männer und Frauen hatte von 1953, dem Jahr der Einführung der repräsentativen Wahlstatistik, bis 1969 bei Bundestagswahlen stets zwischen 10,6 und 11,5 Punkten betragen, um 1972 erstmals auf 4,1 und 1976 schließlich auf 4 Punkte zu fallen.

Die SPD mußte gegenüber 1972 mit 3,3 Punkten überdurchschnittliche Verluste bei den Männern hinnehmen, während sich ihr Anteil bei den Frauen nur um 2,9 Punkte verringerte. Bei der SPD überwiegt von jeher die Zahl der Männerstimmen. Während jedoch bis 1965 eine Vergrößerung der Distanz zwischen den Anteilen der Männer- und Frauenstimmen bis auf 8,4 Punkte zu beobachten war, zeigt die Entwicklung seit 1969 (6,2 Punkte) eine Annäherung der Quoten. Der Abstand der Anteile betrug bei der Bundestagswahl 1976 nur noch 1,7 Prozentpunkte gegenüber 2,4 Punkten im Jahre 1972.

Die F.D.P. findet ebenfalls, wenn auch nur geringfügig, mehr Anklang bei den Männern. Es zeigt sich jedoch auch hier der Trend zur Verringerung des Abstandes der Anteilsziffern der Männer und Frauen.

Die unterschiedliche Geschlechterproportion der Wähler der einzelnen Parteien zeigt auch die folgende Berechnung: Während auf Grund der zahlenmäßigen Geschlechterrelation der Wähler auf 100 männliche Wähler 113 weibliche entfallen, treffen auf 100 Wähler bei der CDU 119 Wählerinnen, bei der SPD 108 Wählerinnen und bei der F.D.P. 107 Wählerinnen. Die extremen Gruppierungen sind ausgesprochene „Männerparteien“; so lautet bei der NPD die Männer-Frauen-Relation 100 : 48 und bei der DKP 100 : 35.

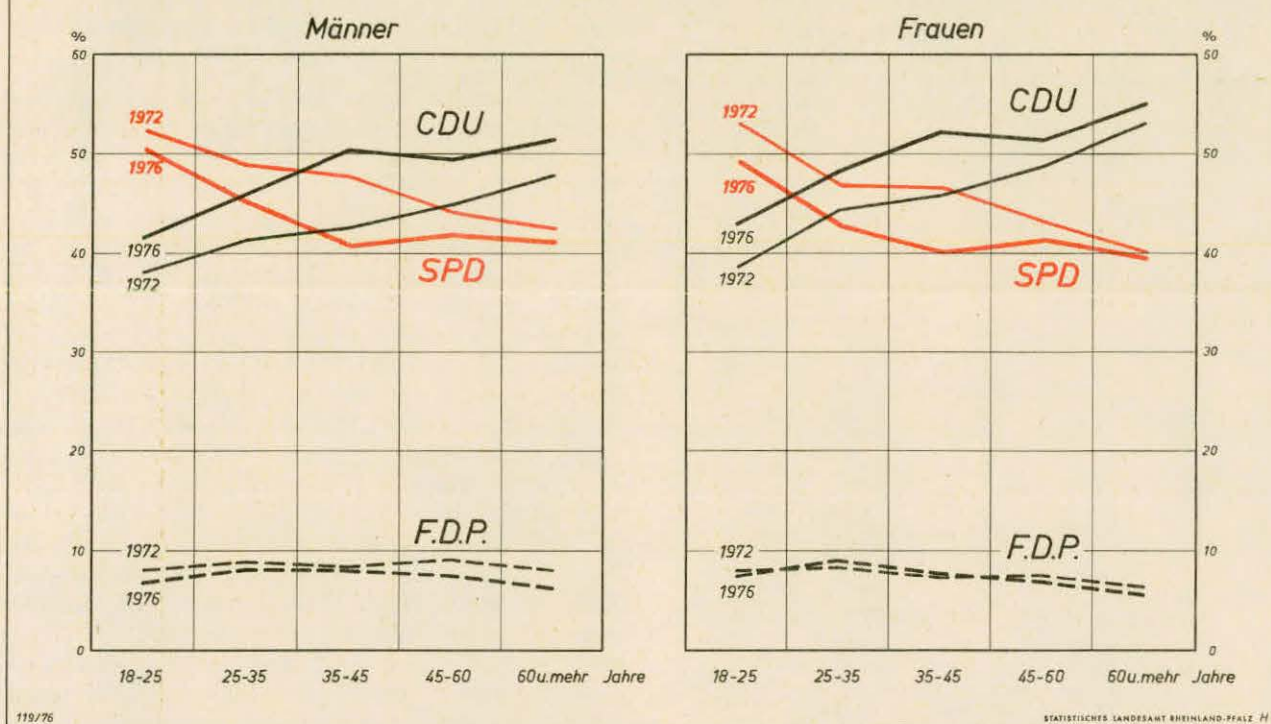
Die Parteien werden jedoch nicht nur von Männern und Frauen, sondern auch von jüngeren und älteren Wählern unterschiedlich bevorzugt. Die CDU errang in allen Altersgruppen, außer bei den 18- bis 25jährigen (42,2%) die Mehrheit der Stimmen. Dies gilt für Männer und Frauen. Die Christdemokraten konnten nur bei den 25- bis 35jährigen (47,1%) nicht die absolute Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigen und erzielten mit 53,5% ihren höchsten Anteil bei den über 60jährigen.

Die größte Zunahme gegenüber 1972 verzeichnete

Zahlenverhältnis von Wählern und Wählerinnen nach Altersgruppen
1972 - 1976
(Repräsentativergebnis; Zweitstimmen)

Altersgruppe	Wahl	Auf 100 Männer treffen ... Frauen						
		Un- gült. Stim- men	Gül- tige Stim- men	CDU	SPD	F.D.P.	DKP	NPD
18 - 25 Jahre	B 1976	85	93	96	90	104	46	42
	B 1972	109	90	91	91	89	26	44
	L 1975	109	93	97	89	106	56	54
25 - 35 Jahre	B 1976	100	97	102	92	108	25	35
	B 1972	128	96	103	92	92	72	42
	L 1975	133	94	103	86	95	57	35
35 - 45 Jahre	B 1976	113	97	100	95	89	44	41
	B 1972	99	95	102	92	83	37	52
	L 1975	98	94	102	85	96	46	45
45 - 60 Jahre	B 1976	120	120	125	118	109	35	56
	B 1972	154	132	143	128	111	48	58
	L 1975	131	123	135	113	130	46	45
60 und mehr Jahre	B 1976	167	146	156	140	128	29	47
	B 1972	188	136	151	128	108	44	57
	L 1975	112	140	157	127	122	51	45
Insgesamt	B 1976	129	113	119	108	107	35	48
	B 1972	147	113	123	108	98	43	53
	L 1975	116	112	123	103	112	50	45

Stimmabgabe der Männer und Frauen nach Altersgruppen 1972 und 1976



die CDU mit 7,7 bei den 35- bis 45jährigen Männern. Diesem weit überdurchschnittlichen Anstieg stehen bei den Männern der übrigen Altersgruppen knapp unter dem Durchschnitt liegende Zuwachsraten gegenüber. Die geringste Steigerung war mit 3,5 Prozentpunkten bei den 18- bis 21jährigen zu verzeichnen. Auch bei den über 60jährigen trat, wohl wegen des schon hohen Ausschöpfungsgrades, nur noch eine Steigerung von 3,6 Punkten ein. Auch bei den Frauen erzielte die CDU bei den 35- bis 45jährigen mit + 6,5 Punkten die größten Zunahmen, konnte aber daneben auch bei den 18- bis 25- und 25- bis 35jährigen Wählerinnen überdurchschnittliche Gewinne von 4,3 bzw. 3,9 Prozentpunkten verbuchen. Unter dem Durchschnitt lagen die Zuwachsraten bei den 45- bis 60jährigen (+ 2,7 Punkte) und vor allem den über 60jährigen Frauen (+ 1,9), wo die Anhängerschaft aber schon bisher am größten war und nunmehr einen Anteil von 55% erreicht hat.

Die Sozialdemokraten haben mit 49,6% ihren größten Stimmenanteil bei den 18- bis 25jährigen Männern und Frauen (50,3 und 48,9%). Die Anteile gehen tendenziell mit zunehmendem Alter zurück, um schließlich bei den über 60jährigen den niedrigsten Wert zu erreichen (39,9%). Nur gering über dieser Tiefstmarke liegt mit 40,3% der SPD-Wähleranteil bei den 35- bis 45jährigen, eine Folge der gerade in dieser Altersgruppe gegenüber 1972 stark veränderten Wahlentscheidungen.

Im Vergleich mit der Bundestagswahl 1972 mußte die SPD ihre stärksten Verluste bei den 35- bis 45jährigen (— 7 Prozentpunkte) und bei den 25- bis

35jährigen (— 3,8 Punkte) Männern hinnehmen. Unter den durchschnittlichen Verlusten von 3,3 Prozentpunkten blieb die Abnahme des Stimmenanteils bei den 18- bis 25jährigen (— 2,0) und bei den 45- bis 60jährigen (— 2,3 Punkte) Wählern. Den geringsten Rückgang hat die SPD mit 1,3 Prozentpunkten bei den über 60jährigen Männern zu beklagen. Bei den Frauen zeigen die Wahlentscheidungen der 35- bis 45jährigen einen deutlichen Reflex des Wahlverhaltens der Männer: Die Abnahme der SPD-Stimmen gegenüber 1972 fiel mit 6,4 Prozentpunkten nur geringfügig niedriger aus. Auch die 25- bis 35jährigen Wählerinnen entschieden sich in weit geringerem Maße für die SPD (— 4,2 Punkte). Deutlich über dem entsprechenden Wert bei den männlichen Wählern liegt mit — 3,9 der Rückgang in der Altersgruppe der 18- bis 25jährigen. Unterdurchschnittliche Verluste traten bei den 45- bis 60jährigen Frauen (— 1,7 Punkte) ein, die geringsten bei den über 60jährigen (— 0,7).

Bei der F.D.P. liegt nur der Stimmenanteil bei den Wählern und Wählerinnen im Alter von 25 bis 45 Jahren über ihrem Gesamtergebnis. Sie hat mit 8,6% die meisten Anhänger unter den 25- bis 35jährigen, die wenigsten mit 5,8% bei den über 60jährigen. Lagen 1972 die Stimmenanteile bei den Männern in allen Altersgruppen höher als bei den Frauen, so zeigt sich 1976 bei den unter 35jährigen eine relativ größere Resonanz bei den weiblichen Wählern.

Die Freien Demokraten verloren bei den Männern aller Altersgruppen Stimmenanteile, am stärksten bei den über 60jährigen, wo die Abnahme 1,7 Prozentpunkte betrug. Bei den Frauen betrug der

Wahlentscheidung der Männer und Frauen nach Altersgruppen
1972 - 1976
(Repräsentativergebnis; Zweitstimmen)

Altersgruppe	Wahl	Von 100 gültigen Stimmen der vorstehenden Altersgruppe entfielen auf					Von 100 Stimmen waren ungültig
		CDU	SPD	F.D.P.	DKP	NPD	
Insgesamt							
18 - 25 Jahre	B 1976	42,2	49,6	7,1	0,4	0,3	0,5
	B 1972	38,4	52,5	8,1	0,6	0,5	0,8
	L 1975	49,5	43,2	5,0	0,8	0,9	0,9
25 - 35 Jahre	B 1976	47,1	43,7	8,6	0,3	0,2	0,5
	B 1972	42,9	47,7	8,6	0,3	0,6	0,7
	L 1975	53,6	39,8	5,2	0,5	0,8	0,8
35 - 45 Jahre	B 1976	51,2	40,3	7,9	0,2	0,4	0,7
	B 1972	44,1	47,0	7,8	0,3	0,9	1,0
	L 1975	53,8	38,7	5,8	0,4	1,1	1,1
45 - 60 Jahre	B 1976	50,5	41,3	7,1	0,3	0,7	0,9
	B 1972	47,0	43,3	8,2	0,3	1,1	1,0
	L 1975	53,2	38,5	5,8	0,6	1,5	1,1
60 und mehr Jahre	B 1976	53,5	39,9	5,8	0,2	0,6	1,2
	B 1972	50,9	40,9	7,0	0,4	0,8	1,6
	L 1975	55,7	37,0	5,4	0,5	1,2	0,9
Insgesamt	B 1976	49,8	42,2	7,2	0,2	0,5	0,8
	B 1972	45,7	45,3	7,8	0,4	0,8	1,1
	L 1975	53,6	38,9	5,5	0,5	1,2	1,0
Männer							
18 - 25 Jahre	B 1976	41,6	50,3	6,7	0,5	0,4	0,5
	B 1972	38,1	52,3	8,1	0,9	0,6	0,7
	L 1975	48,4	44,0	4,7	1,0	1,1	0,8
25 - 35 Jahre	B 1976	46,0	44,9	8,1	0,4	0,3	0,5
	B 1972	41,4	48,7	8,8	0,3	0,8	0,6
	L 1975	51,3	41,6	5,2	0,6	1,1	0,7
35 - 45 Jahre	B 1976	50,3	40,6	8,2	0,2	0,5	0,6
	B 1972	42,6	47,6	8,3	0,4	1,1	0,9
	L 1975	51,6	40,4	5,7	0,5	1,5	1,1
45 - 60 Jahre	B 1976	49,3	41,7	7,5	0,4	1,0	0,9
	B 1972	44,9	44,0	9,0	0,5	1,6	0,9
	L 1975	50,5	40,2	5,6	1,0	2,4	1,1
60 und mehr Jahre	B 1976	51,4	41,0	6,2	0,3	0,9	1,1
	B 1972	47,8	42,3	7,9	0,7	1,3	1,4
	L 1975	52,0	39,1	5,9	0,8	1,9	1,1
Zusammen	B 1976	48,3	43,1	7,4	0,4	0,7	0,8
	B 1972	43,5	46,4	8,4	0,5	1,1	0,9
	L 1975	51,0	40,7	5,5	0,8	1,7	1,0
Frauen							
18 - 25 Jahre	B 1976	42,9	48,9	7,5	0,2	0,2	0,5
	B 1972	38,6	52,8	8,0	0,3	0,3	0,9
	L 1975	50,7	42,3	5,4	0,6	0,7	1,0
25 - 35 Jahre	B 1976	48,2	42,5	9,0	0,1	0,1	0,5
	B 1972	44,3	46,7	8,4	0,2	0,4	0,8
	L 1975	56,0	37,9	5,2	0,3	0,4	1,0
35 - 45 Jahre	B 1976	52,2	39,9	7,6	0,1	0,2	0,7
	B 1972	45,7	46,3	7,3	0,1	0,6	1,0
	L 1975	56,1	36,8	5,9	0,2	0,7	1,2
45 - 60 Jahre	B 1976	51,4	41,1	6,8	0,1	0,5	0,9
	B 1972	48,7	42,8	7,6	0,2	0,7	1,0
	L 1975	55,5	37,1	5,9	0,4	0,9	1,1
60 und mehr Jahre	B 1976	55,0	39,2	5,5	0,1	0,3	1,3
	B 1972	53,1	39,9	6,3	0,2	0,5	1,9
	L 1975	58,4	35,5	5,1	0,3	0,6	0,9
Zusammen	B 1976	51,1	41,4	7,0	0,1	0,3	0,9
	B 1972	47,6	44,3	7,3	0,2	0,5	1,2
	L 1975	56,0	37,2	5,5	0,3	0,7	1,0

Rückgang in den einzelnen Altersgruppen maximal 0,8 Punkte. Eine Ausnahme bildeten allerdings die Frauen zwischen 25 und 45 Jahren, die sich relativ häufiger für die F.D.P. entschieden als 1972.

Stimmensplitting hauptsächlich bei F.D.P.-Wählern

Nach der dem Wahlsystem zugrunde liegenden Konzeption hat jeder Wahlberechtigte neben seiner Zweitstimme für die Wahl der von ihm bevorzug-

ten Partei eine Erststimme für die Wahl eines Wahlkreisabgeordneten. Der Wähler kann über beide Stimmen frei entscheiden und die Erststimme sowohl dem Wahlkreisbewerber der von ihm gewählten Partei geben, als auch den Wahlkreisandidaten einer anderen Partei wählen.

Die Untersuchung der Kombination von Erst- und Zweitstimmen zeigt wie schon bei früheren Wahlen, daß Wähler, die mit ihrer Zweitstimme CDU oder SPD wählen, ihre Erststimme nur selten dem Wahlkreisbewerber einer anderen Partei geben. 1976 entschieden sich von 1 000 CDU-Wählern 974 auch für den CDU-Wahlkreisandidaten, bei der SPD lag der entsprechende Wert bei 951. Ein völlig anderes Wahlverhalten zeigen die F.D.P.-Wähler; 1976 wählten 640 von 1 000 Wählern, die der F.D.P. ihre Zweitstimme gaben, auch den Wahlkreisandidaten der F.D.P., 262 den SPD- und 90 den CDU-Kandidaten. Nicht immer machten die F.D.P.-Anhänger in gleicher Weise von ihrem Wahlrecht Gebrauch; noch 1957 hatten beispielsweise 912 auch ihrem Wahlkreisbewerber ihre Stimme gegeben. Dieser Wert sank jedoch von Bundestagswahl zu Bundestagswahl und erreichte 1972, als viele F.D.P.-Wähler vom Stimmensplitting zugunsten der SPD Gebrauch machten, mit 428 seinen bisher tiefsten Stand. Damals entschieden sich 474 von 1 000 F.D.P.-Wählern für den Bewerber des Koalitionspartners SPD und nur 84 für den der CDU.

Kombination von Erst- und Zweitstimmen
bei den Bundestagswahlen 1972 und 1976
(Repräsentativergebnis)

Zweit- stimme für	Jahr	Von 1 000 Wählern, die mit ihrer Zweitstimme vorstehende Partei oder ungültig wählten, wählten mit ihrer Erststimme den Kandidaten der				
		CDU	SPD	F. D. P.	Sonstige	Ungültig
		Zweitstimme = 1 000				
CDU	1976	974	10	9	2	5
	1972	969	13	6	3	9
SPD	1976	14	951	26	3	6
	1972	21	944	23	3	9
F. D. P.	1976	90	262	640	3	5
	1972	84	474	428	6	7
Sonstige	1976	66	70	23	799	42
	1972	129	112	23	710	26
Ungültig	1976	131	147	26	13	683
	1972	185	240	22	14	539

Überdurchschnittliche CDU-Anteile bei der Briefwahl

Bei der Bundestagswahl 1976 machten 218 524 Wähler von der Möglichkeit der Briefwahl Gebrauch; das waren 8,9% aller Wähler und 28,7% Briefwähler mehr als 1972. Über die stetig zunehmende Popularität der Briefwahl seit deren Einführung im Jahre 1957 wurde bereits an anderer Stelle berichtet.

Von den Zweitstimmen der Briefwähler entfielen 53,5% (1972: 49,3%) auf die CDU, 37,6% (40,2%) auf die SPD und 7,9% (9,6%) auf die F.D.P. Die DKP erreichte 0,4% (1972: 0,4%), die NPD 0,3% (0,5%) und alle übrigen Parteien 0,2%.

Dieses Ergebnis zeigt erneut, daß die politische

Zusammensetzung der Briefwähler nicht der allgemeinen Wählerstruktur entspricht. Der Stimmenanteil der CDU war wieder um 3,6 Punkte größer (1972: 3,4), der Anteil der SPD um 4,1 Punkte kleiner (1972: 4,7) als der im Land erreichte Stimmenanteil. Dagegen wich der Anteil der F.D.P. mit + 0,3 Punkten (1972: + 1,5) nur geringfügig von ihrem Gesamtergebnis ab.

10 Direktmandate für die CDU, 6 für die SPD

Für die Erringung eines Direktmandats genügt die einfache Mehrheit der Erststimmen im Wahlkreis. In den Wahlkreisen von Rheinland-Pfalz hatten, wie im gesamten Bundesgebiet, nur die von der CDU (in Bayern CSU) und der SPD vorgeschlagenen Bewerber Aussichten, direkt in den 8. Deutschen Bundestag gewählt zu werden.

Wenn auch 1976 kein Wahlkreiskandidat einer anderen Partei erfolgreich war, so verdienen an dieser Stelle doch die Veränderungen in den Erststimmenverhältnissen der Wahlkreise der Erwähnung. Der CDU/CSU - rechtlich zwar zwei Parteien, doch schon seit Beginn der ersten Wahlperiode in Fraktionsgemeinschaft und daher auf Bundesebene gewöhnlich addiert ausgewiesen - gelang es im Bundesgebiet 134 Wahlkreismandate zu erringen. In 114 Wahlkreisen siegten Bewerber der SPD. Die Sozialdemokraten hatten 1972 in 152 Wahlkreisen die Mehrheit der Erststimmen errungen und verloren somit bei den Bundestagswahlen 1976 insgesamt 38 Direktmandate an die CDU/CSU.

In Rheinland-Pfalz gewann in 10 Wahlkreisen ein Bewerber der CDU und in 6 Wahlkreisen ein Sozialdemokrat. Der CDU gelang es, mit deutlichem Stimmenvorsprung die 1972 an die SPD verlorenen Wahlkreise 148 Neuwied, 155 Montabaur und 160 Neustadt-Speyer zurückzugewinnen und sich damit zu Lasten der SPD um 3 Direktmandate zu verbessern.

Überwiegend klare Entscheidungen in den Wahlkreisen

Die Mehrzahl der in Rheinland-Pfalz erfolgreichen Wahlkreiskandidaten konnte ihre Konkurrenten klar distanzieren. Am deutlichsten siegte wiederum der CDU-Kandidat im Wahlkreis 153 Bitburg, dessen Vorsprung 58 573 Stimmen betrug. Ihm folgten seine Parteifreunde in den Wahlkreisen 149 Ahrweiler (36 757), 151 Cochem (33 718), 154 Trier (25 416) und 163 Landau (24 845). Die geringste Mehrheit eines erfolgreichen CDU-Kandidaten betrug immer noch 10 580 Stimmen, sie wurde im zurückgewonnenen Wahlkreis 155 Montabaur erzielt. Der größte Vorsprung eines Wahlkreissiegers der SPD wurde demgegenüber mit 16 494 Stimmen im Wahlkreis 161 Kaiserslautern, der geringste mit nur 617 Stimmen im Wahlkreis 156 Mainz registriert, in dem die CDU sogar knapp die Mehrheit der Zweitstimmen erringen konnte.

Die CDU vergrößerte in allen Wahlkreisen ihre Erststimmenanteile. Die höchsten Gewinne erzielten die in den Wahlkreisen 159 Ludwigshafen und 158 Frankenthal unterlegenen Bewerber mit 5,3 bzw. 5,1 Prozentpunkten. Deutlich über dem Lan-

Stimmenzahl und Stimmenvorsprung
der erfolgreichen Kreiswahlvorschläge bei der Bundestagswahl 1976

Wahlkreis	Stimmenzahl		Stimmen- vorsprung
	Anzahl	%	
CDU-Direktmandate			
153 Bitburg	91 325	69,7	58 573
149 Ahrweiler	86 904	60,0	35 757
151 Cochem	70 160	60,5	33 718
154 Trier	81 489	56,2	25 416
163 Landau	80 084	53,5	24 845
150 Koblenz	83 164	52,3	18 478
148 Neuwied	93 372	50,4	13 498
162 Pirmasens	67 073	51,6	13 437
160 Neustadt-Speyer	72 513	50,6	11 141
155 Montabaur	93 032	49,3	10 580
SPD-Direktmandate			
161 Kaiserslautern	93 146	50,8	16 494
159 Ludwigshafen	74 964	53,1	16 470
157 Worms	70 427	49,8	11 236
158 Frankenthal	58 786	49,5	9 427
152 Kreuznach	71 681	44,9	3 811
156 Mainz	84 911	46,0	617

desdurchschnitt von 3,6 Punkten lagen auch die Kandidaten in den ebenfalls in der Pfalz gelegenen Wahlkreisen 160 Neustadt-Speyer (+ 4,4 Punkte), 162 Pirmasens (+ 4,4) und 163 Landau (+ 4,2). Die SPD mußte auch bei den Erststimmen in allen Wahlkreisen Verluste hinnehmen, die durchschnittlich 5,2 Prozentpunkte betrugen und damit spürbar über der Abnahme an Parteistimmen (— 3,2 Punkte) lagen. Erheblich über dem Landesdurchschnitt lagen die Verluste in den Wahlkreisen 152 Kreuznach (— 7,6 Punkte), 158 Frankenthal (— 7,6), 156 Mainz (— 6,3) und 163 Landau (— 6,1). Die F.D.P., deren Erststimmenanteil im Gegensatz zum Rückgang des Zweitstimmenanteils zunahm, verdankt dies, neben dem im Vergleich zu 1972 geringeren Stimmen-splitting, vor allem ihrem Kandidaten im Wahlkreis 152 Kreuznach, der seinen Erststimmenanteil seit der vorangegangenen Bundestagswahl um 7,7 Prozentpunkte steigern konnte.

Erststimmenüberhang bei CDU und SPD zu Lasten der F.D.P.

Während die Wahlkreiskandidaten der CDU im Lande 3 768 mehr Erststimmen für sich verbuchen konnten als die Partei Zweitstimmen erreichte und somit die absolute Mehrheit der Erststimmen (50,2%) erzielten, betrug der Erststimmenüberhang bei der SPD 13 014. Für die F.D.P. wurden dagegen 26 107 mehr Zweitstimmen als Erststimmen gezählt. Die Erklärung hierfür ist, daß bei der Stimmabgabe für einen Kandidaten neben seiner Persönlichkeit in den letzten Wahljahren mehr und mehr auch die Erfolgchancen eine Rolle spielten und die F.D.P.-Anhänger sich von der Aussichtslosigkeit der Wahl des eigenen Kandidaten überzeugt, für die Bewerber des Koalitionspartners SPD entschieden.

Wertet man unter Berücksichtigung des Wahlverhaltens der F.D.P.-Wähler den Vorsprung an Stimmen, den ein Wahlkreisbewerber vor seiner Partei erhalten hat, als Erfolg seiner Persönlichkeit, so war in Rheinland-Pfalz der Kandidat der SPD im Wahlkreis 156 Mainz mit einem Überhang von 3 974 Erststimmen am erfolgreichsten. Er gewann

sein Mandat in einem Wahlkreis, in dem die CDU die Zweitstimmenmehrheit verbuchen konnte. Der Kandidat der CDU konnte hier nicht siegen, obwohl er ein um über 400 Stimmen besseres Ergebnis als seine Partei erzielte. Den Ausschlag hierfür gaben offensichtlich die F.D.P.-Anhänger, deren Wahlkreiskandidat 5 162 Stimmen weniger als die Partei bekam. Ein ähnliches Wahlverhalten der F.D.P.-Wähler zugunsten des SPD-Kandidaten war besonders auch in den Wahlkreisen 148 Neuwied und 159 Ludwigshafen, aber auch im Wahlkreis 151 Cochem, 154 Trier, 160 Neustadt-Speyer und 161 Kaiserslautern zu beobachten, wo die Stimmenüberhänge der SPD-Wahlkreisbewerber etwa zwischen 2 500 und 1 300 liegen und mit den geringeren F.D.P.-Anteilen korrespondieren. Äußerst attraktiv für die F.D.P.-Wähler war offenbar der CDU-Kandidat im Wahlkreis 157 Worms, der über 1 000 Stimmen mehr als seine Partei erhielt. Einmalig stellt sich die Situation im Wahlkreis 152 Kreuznach dar, wo sowohl der CDU- als auch der F.D.P.-Kandidat zu Lasten des SPD-Bewerbers gleichermaßen hohe Gewinne erzielten; für den SPD-Wahlkreiskandidaten wurden 3 666 Stimmen weniger als für die Partei gezählt.

SPD-Verluste in allen Bundesländern

Bei der Bundestagswahl 1976 wurden im Bundesgebiet von insgesamt 42 058 015 Wahlberechtigten

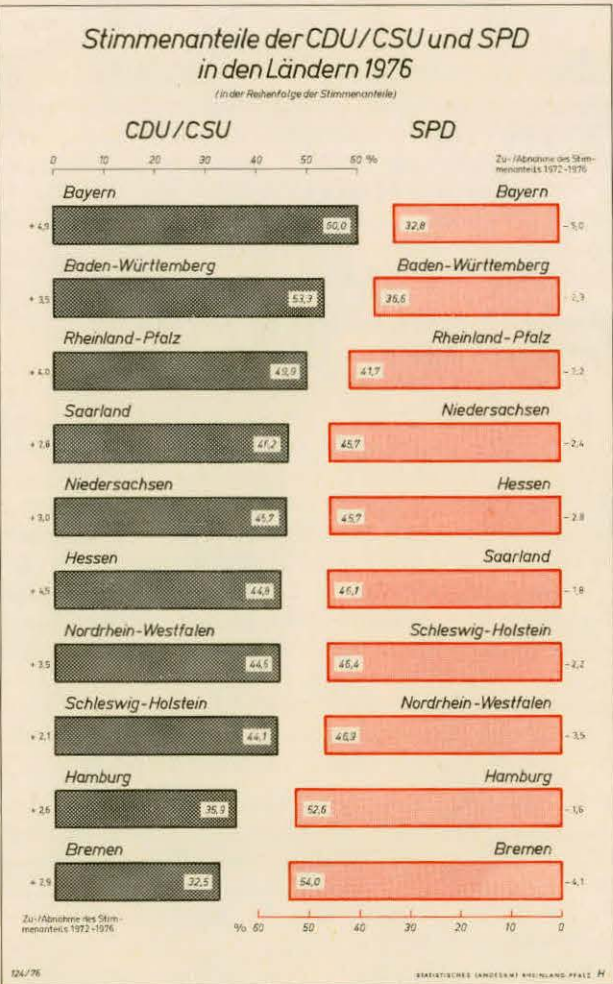
Zweitstimmenanteile der Parteien nach Ländern bei den Bundestagswahlen 1972 und 1976

Land	Jahr	CDU/ CSU	SPD	F. D. P.	Sonstige
		%			
Schleswig-Holstein	1976	44,1	46,4	8,8	0,7
	1972	42,0	48,6	8,6	0,8
Hamburg	1976	35,9	52,6	10,2	1,3
	1972	33,3	54,4	11,2	1,1
Niedersachsen	1976	45,7	45,7	7,9	0,7
	1972	42,7	48,1	8,5	0,7
Bremen	1976	32,5	54,0	11,8	1,7
	1972	29,6	58,1	11,1	1,2
Nordrhein-Westfalen	1976	44,5	46,9	7,8	0,8
	1972	41,0	50,4	7,8	0,8
Hessen	1976	44,8	45,7	8,5	1,0
	1972	40,3	48,5	10,2	1,0
Rheinland-Pfalz	1976	49,9	41,7	7,6	0,8
	1972	45,9	44,9	8,1	1,1
Baden-Württemberg	1976	53,3	36,6	9,1	1,0
	1972	49,8	38,9	10,2	1,1
Bayern	1976	60,0	32,8	6,2	1,0
	1972	55,1	37,8	6,1	1,0
Saarland	1976	46,2	46,1	6,6	1,1
	1972	43,4	47,9	7,1	1,6
Bundesgebiet ohne Berlin	1976	48,6	42,6	7,9	0,9
	1972	44,9	45,8	8,4	0,9

37 822 500 gültige Zweitstimmen abgegeben, von denen 18 394 801 (48,6%) auf die CDU/CSU, 16 099 019 (42,6%) auf die SPD, 2 995 085 (7,9%) auf die F.D.P. und 333 595 (0,9%) auf die übrigen Parteien entfielen.

Die CDU/CSU hat mit diesem Ergebnis ihre Stellung als stärkste politische Gruppierung in der Bundesrepublik zurückgewonnen, die sie 1972 erstmals seit Bestehen der Bundesrepublik an die SPD abtreten mußte. Durch den beachtlichen Gewinn von 1 588 781 Stimmen steigerte die CDU/CSU gegenüber 1972 ihren Zweitstimmenanteil um 3,7 Prozentpunkte und erreichte mit 48,6% ihr zweitbestes Ergebnis bei Bundestagswahlen. Die SPD, die bisher bei jeder Bundestagswahl seit 1953 ihren Stimmenanteil vergrößern konnte, fiel durch den Rückgang um 1 076 150 Stimmen um 3,2 Punkte auf 42,6% zurück. Auch die F.D.P. mußte Einbußen um 0,5 Punkte hinnehmen, sie konnte nur noch 7,9% der Zweitstimmen auf sich vereinigen. Neben diesen bereits im Bundestag vertretenen Parteien stellten sich 12 weitere zur Wahl, kamen aber zusammen nur auf einen Stimmenanteil von 0,9%, davon entfielen auf die DKP und auf die NPD jeweils 0,3%, auf KPD und den KBW jeweils 0,1%. Damit bestätigten die Wähler wiederum eindeutig ihre Abkehr von einer Stimmenzersplitterung. Der Anteil der gegenwärtigen Bundestagsparteien hat sich von 72,1% im Jahre 1949 auf nunmehr 99,1% erhöht.

Die CDU/CSU baute ihre Vormachtstellung in Bayern (+ 4,9 Prozentpunkte), Rheinland-Pfalz (+ 4,0) und Baden-Württemberg (+ 3,5) aus, überflügelte im Saarland durch eine Zunahme von 2,8 Punkten knapp die SPD und zog durch einen Gewinn von 3 Punkten in Niedersachsen mit der SPD anteilmäßig gleich. In Hessen verkleinerte die CDU durch einen Zweitstimmenzuwachs von 4,5 Punk-



ten den Abstand zur führenden SPD bis auf 0,9 Prozentpunkte. Die SPD mußte in allen Bundesländern Verluste hinnehmen, blieb aber in Bremen (— 4,1), Nordrhein-Westfalen (— 3,5), Hessen (— 2,8), Schleswig-Holstein (— 2,2) und Hamburg (— 1,8) stärkste Partei. Während die CSU in Bayern ihren Stimmenanteil auf nunmehr 60% ausbauen konnte, verfügt die CDU auch in Baden-Württemberg mit 53,3% wieder über die absolute Mehrheit der Zweitstimmen. Die Sozialdemokraten erreichten dieses Ziel 1976 wieder in den Stadtstaaten Bremen (54%) und Hamburg (52,6%), aber nicht mehr in Nordrhein-Westfalen (46,9%).

CDU/CSU stärkste Fraktion im 8. Deutschen Bundestag

Auf Grund der Sperrklausel des Bundeswahlgesetzes nehmen an der Verteilung der Bundestagsitze nur Parteien teil, die mindestens 5% der im Wahlgebiet abgegebenen gültigen Zweitstimmen erhalten oder in drei Wahlkreisen ein Direktmandat errungen haben. Nach dem Höchstzahlverfahren nach d'Hondt ergab sich folgende Verteilung der 496 Bundestagssitze: SPD 214, CDU 190, CSU 53, F.D.P. 39.

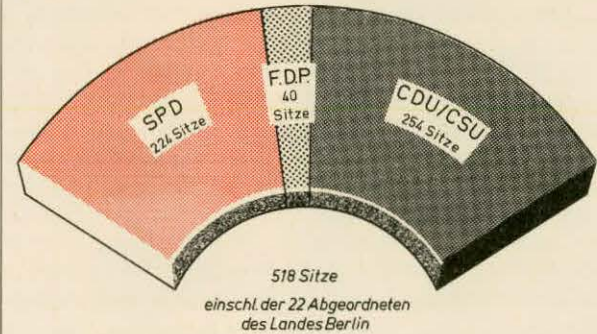
Die SPD, die im 7. Deutschen Bundestag mit 230 Abgeordneten vertreten ist, büßt auf Grund ihrer Stimmenverluste bei der Bundestagswahl 1976 16 Sitze ein. Auch die F.D.P. zieht mit zwei Abgeordneten weniger in den 8. Deutschen Bundestag ein.

Sitzverteilung im Bundestag 1972 und 1976

Land	Jahr	Sitze im Bundestag		
		CDU/CSU	SPD	F. D. P.
Schleswig-Holstein	1976	10	10	2
	1972	9	11	2
Hamburg	1976	5	8	1
	1972	5	9	2
Niedersachsen	1976	28	29	5
	1972	27	30	5
Bremen	1976	2	3	-
	1972	1	3	-
Nordrhein-Westfalen	1976	66	70	12
	1972	61	75	12
Hessen	1976	21	22	4
	1972	19	23	5
Rheinland-Pfalz	1976	16	13	2
	1972	15	14	2
Baden-Württemberg	1976	38	26	7
	1972	36	28	8
Bayern	1976	53	29	6
	1972	48	33	5
Saarland	1976	4	4	-
	1972	4	4	-
Bundesgebiet ohne Berlin (West)	1976	243	214	39
	1972	225	230	41
Berlin (West)	1976	11	10	1
	1972	9	12	1

Anmerkung: Wie erst nach der Drucklegung bekannt wurde, hat die CSU-Landesgruppe am 19. November 1976 in Wildbad Kreuth mit 30 gegen 18 Stimmen bei einer Enthaltung und einer ungültigen Stimme entschieden, daß die 53 Bundestagsabgeordneten der CSU in der 8. Legislaturperiode eine eigene Fraktion bilden werden.

Sitzverteilung
im Achten Deutschen Bundestag



129/76 STATISTISCHES LANDESBÜRO RHEINLAND-PFALZ 2

Demgegenüber steht das erfolgreiche Abschneiden der CDU/CSU, die im neuen Bundestag durch den Zugewinn von 18 Sitzen nunmehr über 243 Abgeordnete verfügt, das Ziel der absoluten Mehrheit aber knapp verfehlte. Zu den 496 Abgeordneten stoßen die 22 in mittelbarer Wahl proportional den Fraktionsstärken vom Abgeordnetenhaus bestimmten Vertreter Berlins, 11 der CDU, 10 der SPD und einer der F.D.P.

Die den Parteien auf Bundesebene zustehenden Sitze wurden in einem zweiten Rechengang nach d'Hondt auf die Länder verteilt. Hierbei entfielen auf Rheinland-Pfalz 31 Sitze, von denen 16 der CDU, 13 der SPD und 2 der F.D.P. zustehen. Auch 1972 entsandte das Land 31 Abgeordnete, 15 die CDU, 14 die SPD und 2 die F.D.P. Die CDU hat also auf Kosten der SPD einen Bundestagssitz hinzugewonnen.

Von den 31 Abgeordneten ziehen drei erstmals in den Deutschen Bundestag ein; sie gehören alle der CDU an. Ein CDU-Abgeordneter gehört dem Bundestag bereits seit dessen zweiter Wahlperiode, also seit 23 Jahren an. Das Durchschnittsalter der rheinland-pfälzischen Abgeordneten liegt mit 49 Jahren und 8 Monaten knapp über dem der 31 Abgeordneten des 7. Deutschen Bundestages (45). Das älteste rheinland-pfälzische Bundestagsmitglied ist 61 Jahre, das jüngste 33 Jahre alt. Wie bisher entsendet Rheinland-Pfalz zwei Frauen nach Bonn; beide haben wie schon 1972 ein Mandat der CDU inne.

Dr. M. Unglaub

Entwicklungsaussichten der wichtigsten Bevölkerungsgruppen bis 1990

Ergebnisse der regionalen Bevölkerungsprognose im Rahmen des Landesinformationssystems (LIS)

Bevölkerungsprognose - Schlüssel für zukunfts-gerechte Aktivitäten

Eine Verbesserung des Planungshorizontes aller Fachbereiche verlangt vor allem die Erarbeitung von fundierten Prognosen, ohne die eine verantwortungsvolle Politik nicht mehr auskommen kann. Das gilt insbesondere für Bevölkerungsprognosen, da eine zukunfts-gerechte Lösung aller anstehenden Probleme - sei es im staatlichen oder privaten Sektor - immer im Zusammenhang mit der Entwicklung der Bevölkerung oder bestimmter Bevölkerungsgruppen steht. Während für die Aufstellung der öffentlichen Haushalte beispielsweise die Veränderung der Bevölkerung im Kindergartenalter, im schulpflichtigen Alter, im erwerbsfähigen Alter oder im Rentenalter, von ausschlaggebender Bedeutung sind, interessieren die Produzenten von bestimmten Verbrauchsartikeln wie Kinderschuhen oder Baby-nahrung notwendigerweise auch die Entwicklungsaussichten entsprechender Verbrauchergruppen auf ihren Absatzmärkten. Oder denken wir an die Standortplanung neuer Betriebsstätten, die weder ausschließlich unter dem Gesichtspunkt staatlicher Wirtschaftsförderung noch unternehmerischer Ziele auf der grünen Wiese, sondern nur in Gebieten mit genügend großen Arbeitskraftreserven errichtet werden können. Die Beispiele ließen sich beliebig vermehren.

Mit der Bevölkerungsprognose für die kreisfreien Städte und Landkreise sowie darauf aufbauend auch für Regierungsbezirke und das Land Rheinland-Pfalz wird der Trend von der reinen Datenproduktion zur verstärkten Auswertung des Materials fortgesetzt. Gerade hier ist unverkennbar, daß die schon vor Jahren in Gang gekommene Diskussion über die unüberschaubar gewordene Menge an gesammelten Informationen und deren mangelnde Aktualität mit dem Aufbau eines Landesinformationssystems auf der Grundlage der Datenbank-technik eine Wende brachte. In diesem Rahmen ist es möglich, mit Hilfe computergesteuerter Verarbeitungsprogramme Modellrechnungen über denkbare alternative Entwicklungen durchzuführen.

Die wahrscheinlichste Version, deren wichtigste Annahmen und Einschränkungen kurz angerissen werden sollen, wurde erstmals im September 1976 einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht:

- (1) Es handelt sich bisher lediglich um eine Vorausschätzung der Wohnbevölkerung aufgrund der Geburten und Sterbefälle. Wanderungsbewegungen, die für das Bevölkerungswachstum um so bedeutsamer sind, je kleiner die betrachteten Raumeinheiten sind, bleiben zunächst noch unberücksichtigt.
- (2) Zwischen Deutschen und Ausländern, die gemeinsam zur Wohnbevölkerung zählen, deren

generatives Verhalten jedoch unterschiedlich ist, wird aus methodischen Gründen noch nicht unterschieden.

- (3) Es wird damit gerechnet, daß sich die Sterbewahrscheinlichkeit nicht nennenswert ändert. Davon ausgenommen ist die Säuglingssterblichkeit, deren Entwicklungstrend auf eine langsame Abnahme in der Zukunft hinausläuft.
- (4) Das Geburtenverhalten wird sich in abgeschwächtem Maße weiterhin rückläufig fortsetzen, wobei beträchtliche geographische Unterschiede einkalkuliert werden. Die relativ hohen Geburtenraten in ländlichen Räumen beinhalten hierbei einen weitaus größeren Anpassungsspielraum als die Geburtenraten in den rheinland-pfälzischen Ballungsgebieten, die aufgrund ihres niedrigen Niveaus sehr viel rascher auf ein Sättigungsniveau zustreben.

Parallelentwicklung zur 5. koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung?

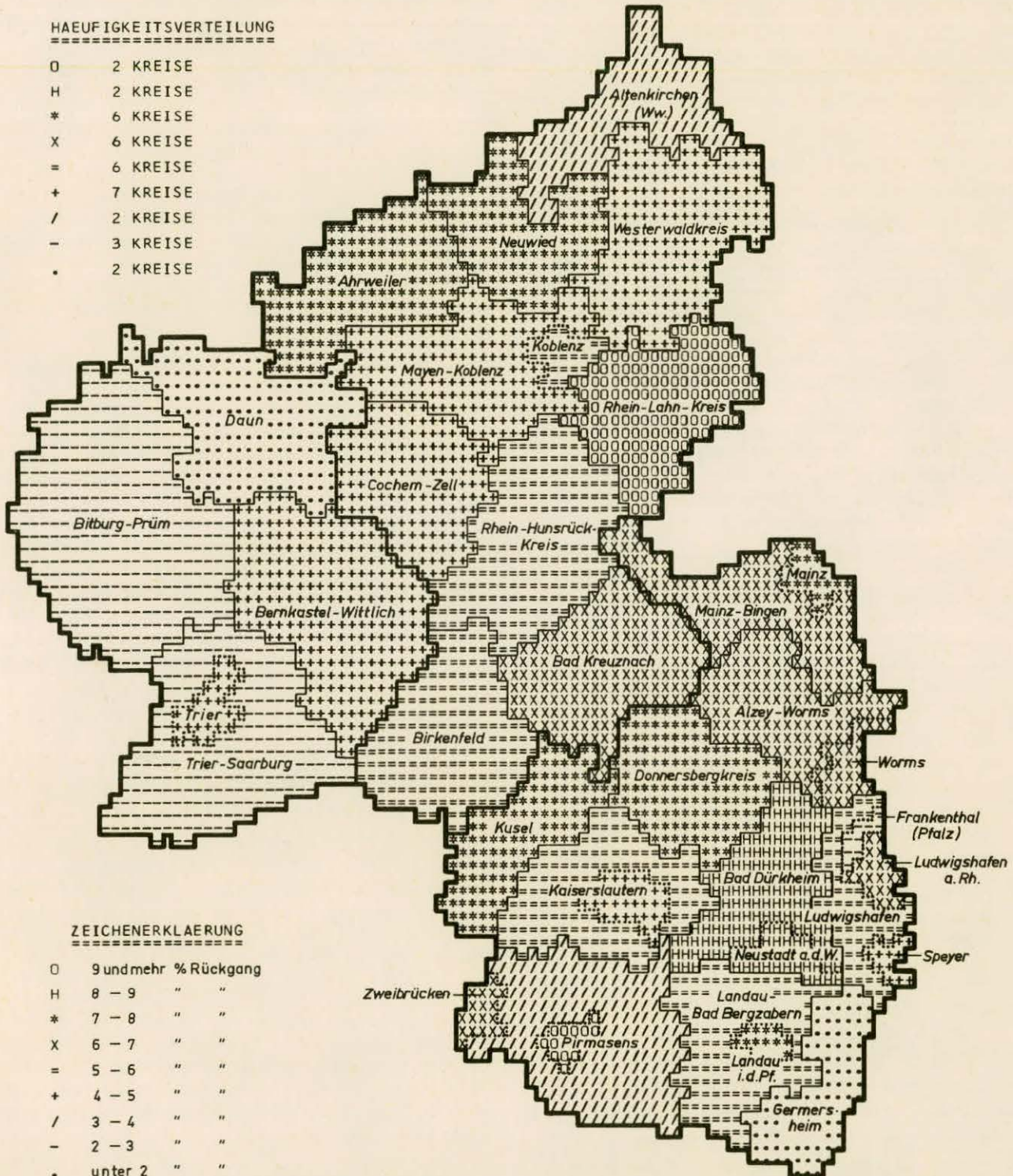
Vom Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz werden derzeit zweierlei Bevölkerungsprognosen durchgeführt. Zum einen handelt es sich um die 5. koordinierte Bevölkerungsvorausschätzung für Rheinland-Pfalz, die von allen Bundesländern unter Mitwirkung des Statistischen Bundesamtes mit gleichen Annahmen (Ausnahme: Wanderungen über die Landesgrenzen) erstellt wird und damit zu vergleichbaren Ergebnissen der einzelnen Bundesländer führt¹⁾. Zum anderen besteht im Rahmen des Landesinformationssystems die Möglichkeit einer regionalen Bevölkerungsprognose, deren Prämissen den regionstypischen Erscheinungsformen und Verhaltensweisen kreisweise voneinander abgegrenzter Bevölkerungen angepaßt sind; diese Prognose ist Gegenstand des vorliegenden Beitrags. Im augenblicklichen Aufbaustadium unterscheiden sich beide Prognosen jedoch vor allem in ihrer Basisbevölkerung, die bei der 5. koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung im Gegensatz zur regionalen Bevölkerungsprognose von Rheinland-Pfalz nur den deutschen Bevölkerungsanteil enthält. Was vordergründig als Parallelentwicklung mit widersprüchlichem Aussagegehalt aussieht, erweist sich von der unterschiedlichen Zwecksetzung her gesehen als unumgänglich. Denn eine koordinierte Bevölkerungsvorausschätzung aller Bundesländer wird immer dann notwendig bleiben, wenn es um aufeinander abgestimmte Zukunftsentscheidungen - etwa im Rahmen der Kultusministerkonferenz - geht. Regionale Prognosen dagegen dienen in erster Linie landesinternen Aufgabenstellungen, die eine differenziertere räumliche Betrachtung zum Gegenstand haben und sich nur schwerlich mit Globalvorstellungen übergeordneter Gebietskategorien in Einklang bringen lassen.

¹⁾ H. Kollmar: Voraussichtliche Entwicklung der deutschen Bevölkerung bis 1990. Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jg. 29, Heft 5, Mai 1976.

Rückgang der Wohnbevölkerung in den Verwaltungsbezirken vom 31.12.1975 bis 31.12.1990

HÄUFIGKEITSVERTEILUNG

0	2 KREISE
H	2 KREISE
*	6 KREISE
X	6 KREISE
=	6 KREISE
+	7 KREISE
/	2 KREISE
-	3 KREISE
.	2 KREISE



ZEICHENERKLÄRUNG

0	9 und mehr	% Rückgang
H	8 - 9	" "
*	7 - 8	" "
X	6 - 7	" "
=	5 - 6	" "
+	4 - 5	" "
/	3 - 4	" "
-	2 - 3	" "
.	unter 2	" "

Hauptcharakteristika der Bevölkerungsentwicklung in Rheinland-Pfalz bis Ende 1990

Unter diesen Voraussetzungen zeichnen sich - auf eine Zeit von 15 Jahren betrachtet - folgende charakteristische Erscheinungen der natürlichen Bevölkerungsbewegung ab:

Der im gesamten Bundesgebiet zu beobachtende Geburtenrückgang führt auch in Rheinland-Pfalz und seinen Teilräumen dazu, daß eine Bestandserhaltung der Bevölkerung, auch in nachfolgenden Generationen, aus eigenen Kräften nicht möglich erscheint. Die seit Beginn der 70er Jahre auftretenden Sterbeüberschüsse setzen sich teilweise in verstärktem Maße fort und führen zu einem Schrumpfen der Bevölkerung von derzeit 3 666 000 um jährlich 0,4% auf eine geschätzte Bevölkerung von 3 463 000 in 1990.

Dabei entsteht gleichzeitig ein deutliches Wachstumsgefälle zwischen den Problemgebieten in Rheinland-Pfalz einerseits (Gemeinschaftsaufgabe Bund-Länder zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur) und den wirtschaftlich dominierenden Gebieten entlang der Rheinachse. Während Gebiete mit latenter Unterbeschäftigung angesichts relativ hoher Geburtenraten nur von einem schwachen Bevölkerungsrückgang betroffen sind - so bleibt die Bevölkerung im Landkreis Daun nahezu konstant -, vermindert sich die Bevölkerung der Ballungsräume überdurchschnittlich, in der Regel je stärker die industrielle Prägung und je geringer der Anteil an Katholiken in der Ausgangsbevölkerung ist.

Gravierender sind Einblicke in die künftige Bevölkerungsstruktur, weil sich voneinander abhängige Bevölkerungsgruppen nicht synchron, sondern gegenläufig entwickeln, wobei die im Landesdurchschnitt getroffenen Aussagen in den vom Geburtenrückgang besonders betroffenen Gebieten in verstärktem Maße zutreffen.

Kinder zwischen 3 und 6 Jahren, für deren Unterbringung und Betreuung in Kindergärten gerade in Rheinland-Pfalz große Anstrengungen unternommen wurden (Kindergartengesetz), nehmen zahlenmäßig bis 1982/83 um 30%, bis 1990 um 21% gegenüber dem heutigen Stand ab.

Die der Schulpflicht noch nicht unterliegenden Kinder unter 6 Jahren verringern sich bis 1981/82 insofern nur um 20%, als die Zahl der Kinder unter 2 Jahren nach vorübergehendem Abwärtstrend ab 1981/82 wieder ansteigt. Der Grund liegt darin, daß trotz abnehmender Geburtenfreudigkeit mehr und mehr geburtsstarke Frauenjahrgänge ins gebärfähige Alter rücken.

Die Kinder im Grundschulalter zwischen 6 und 10 Jahren reduzieren sich bis 1986 auf 53%, bis 1990 auf 57% ihrer heutigen Stärke.

Kinder im Alter zwischen 10 und 16 Jahren, die im Sekundarbereich II von Haupt-, Realschulen oder Gymnasien stehen, werden wie keine andere Bevölkerungsgruppe zurückgehen. Ihre Zahl halbiert sich bis 1988/89 und sinkt danach weiter ab.

Die 15- bis unter 18jährigen, die entweder eine Lehrstelle besetzen möchten oder weiterführende Schulen besuchen, nehmen dagegen bis Anfang 1980 um 7% zu, erreichen 1982 wieder ihre Ausgangslage und fallen danach rapide bis auf 56% ihrer jetzigen Größenordnung im Jahre 1990 ab.

Die 18- bis unter 21jährigen, die zum großen Teil mit qualifizierter Berufs- oder Schulbildung auf den Arbeitsmarkt drängen oder auf der Schwelle zum Studium stehen, vermehren sich bis 1982/83 um 22%, sinken danach stetig ab, entsprechen 1987/88 ihrer jetzigen Position und liegen bis 1990 um 16% darunter.

Die Altersklasse zwischen 19 und 25 Jahren, die das Gros der Studenten stellt, wird weiterhin für überfüllte Hoch- und Fachhochschulen sorgen; denn sie erreicht erst 1984 ihr Maximum, das noch um 30% über dem Wert von 1976 liegt. Eine anschließende Entspannung bewirkt, daß der Ist-Wert 1990 noch um 12% übertroffen wird. Erst ab 1993/94 ist damit zu rechnen, daß die Augenblicksverhältnisse wiederkehren und danach gar unterschritten werden.

Die Personen im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 65 Jahren, aus deren Mitte - je nach alters- und geschlechtsspezifischer Erwerbsbeteiligung - sich das Arbeitskräfteangebot rekrutiert, nimmt im Unterschied zur Gesamtbevölkerung zu. Ihr Gipfelpunkt liegt 1984/85 rund 8% über dem Basiswert von 1976 und wird sich bis 1990 um 3 Prozentpunkte gegenüber dem Höchstwert abschwächen. Die darin enthaltenen Gruppen zwischen 21 und 45 Jahren sowie 45 und 60 Jahren steigen ausnahmslos an, erstere um 13%, letztere um 10% bis zum Jahre 1990. Anders dagegen die Bevölkerung zwischen 60 und 65 Jahren, die bis 1979 um 34% abgebaut wird, sich anschließend regeneriert und 1990 den Wert von 1976 um 2% überschreitet.

Die Bevölkerung im Rentenalter von 65 und mehr Jahren vergrößert sich noch bis 1979 um nahezu 4%, bewegt sich danach jedoch wieder zum Ausgangsniveau (1981) zurück und verliert bis 1990 etwa 5% ihres heutigen Gewichts.

Innerhalb dieser weitgefaßten Klassifizierung gibt es jedoch recht konträre Veränderungen. So wird die Gruppe der 65- bis 70jährigen bis 1984 um 40%, bis 1990 um etwa 9% kleiner als zum gegenwärtigen Zeitpunkt sein. Die Gruppe der 70- bis 75jährigen wächst bis 1979 um fast 3% und vermindert sich bis 1989/90 auf etwa zwei Drittel des jetzigen Volumens. Die Bevölkerung von 75 und mehr Jahren steigt fast ununterbrochen bis 1988 an; das bedeutet einen prozentualen Anstieg von 29%, bis 1990 von 24% gegenüber dem aktuellen Wert. Insbesondere schnell die darin enthaltene Bevölkerung von über 80 Jahren an, die 1990 um 50% größer als heute sein wird.

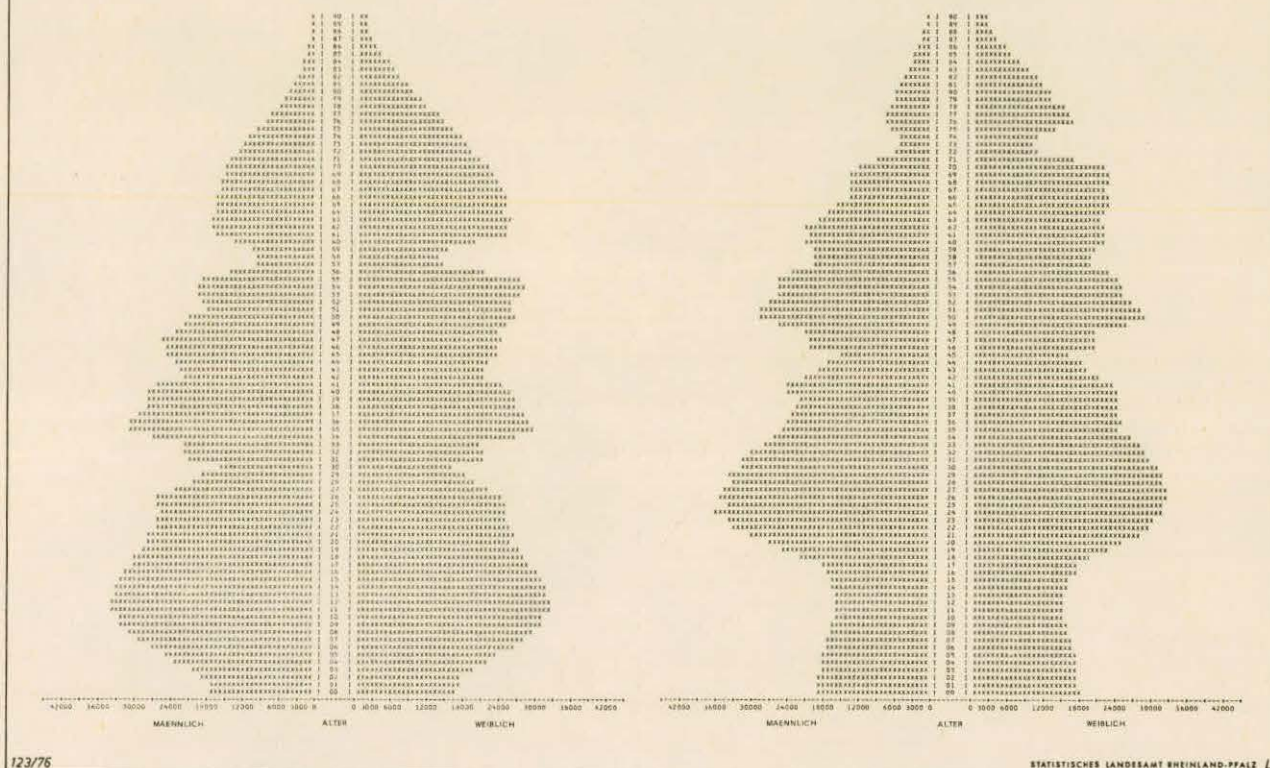
Globale Aspekte der Prognose

Bei allen Vorbehalten, die gegenüber Prognosen angebracht sind, ist auch unter optimistischeren Bedingungen mit einem Bevölkerungsrückgang des

Altersstruktur der Wohnbevölkerung 1975 und 1990

31.12.1975

31.12.1990



Landes zu rechnen, die von tiefgreifenden Veränderungen der Bevölkerungsstruktur begleitet wird. In regionaler Sicht treten die geschilderten Tatbestände zumeist noch plastischer hervor, da Gebiete mit nur geringen Bevölkerungsverlusten (Landkreis Bitburg-Prüm, Daun, Trier-Saarburg) Gebieten mit erheblichem Bevölkerungsschwund (Rhein-Lahn-Kreis, Städte Mainz, Ludwigshafen) gegenüberstehen. Ursache dieses Prozesses ist das seit Mitte der 60er Jahre veränderte generative Verhalten der Bevölkerung, das nicht eine Folge der Pille, sondern Ausdruck eines gesellschaftlichen Wandels ist, angefangen von einem neuen Rollenverständnis der Frau, der Planung einer gewünschten Familiengröße, der zunehmenden Urbanisierung und des Rückzugs der Landwirtschaft, bis hin zu einer Zunahme der Geburtenabstände und des Durchschnittsalters der Mütter. Sicherlich wirken hier eine Reihe von Faktoren zusammen, die sich nicht alle konkretisieren oder sogar exakt messen lassen. Alle Anzeichen sprechen jedoch dafür, daß eine Umkehr dieses sozialen Erneuerungsprozesses auf absehbare Zeit nahezu unmöglich erscheint. Anerkennt man weiterhin, daß gerade hochindustrialisierte Agglomerationsräume in dieser Entwicklung den übrigen Räumen vorausseilen, so ergibt sich für weite Teile des Landes ein Nachholbedarf, der mit hoher Wahrscheinlichkeit auf eine weitere Abnahme der altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern 15- bis 45jähriger Frauen - in vermindertem Tempo - schließen läßt. Insofern erscheint die vorliegende Prognose vorsichtig optimistisch. Wie Mo-

dellrechnungen ergaben, müßte das Fruchtbarkeitsverhalten bis 1985 immerhin um 40% zunehmen, um eine Reproduktion der Bevölkerung von zur Zeit 3,66 Millionen zu gewährleisten. Da dies utopisch erscheint, muß in jedem Falle ein Bevölkerungsrückgang als realistisch angesehen werden.

Eine Kompensation durch Wanderungsgewinne aus anderen Bundesländern oder dem Ausland wäre zwar denkbar, erscheint jedoch unwahrscheinlich. Nach negativen Wanderungssalden der letzten Jahre (1974: — 5 119, 1975: — 11 723) ist auch für 1976, einem Jahr anhaltender Arbeitslosigkeit, ein Wanderungsverlust vorauszu sehen, der vorwiegend junge Menschen und Ausländer betrifft, deren Fehlen den vorausgeschätzten Geburtenausfall eher noch verstärken wird. In den kommenden Jahren müßten schon spektakuläre Zuwanderungsüberschüsse auftreten, um die bereits sichtbaren Wanderungsdefizite ausgleichen zu können. Ungewiß bleiben die Wanderungen von Ausländern (Assoziierungsabkommen der EG-Länder mit der Türkei, Polenverträge). Außer politisch-sozialen Gründen entscheidet der künftige Arbeitskräftebedarf, ob die Zahl der Gastarbeiter wieder ansteigt, stagniert oder entsprechend der Grundtendenz ab 1970, sinkt. Erste Veröffentlichungen des neuesten Prognosereport deuten allerdings darauf hin, daß künftig das Phänomen der strukturellen Arbeitslosigkeit eine Dauererscheinung werden könnte, die einer Einwanderung von Ausländern naturgemäß Grenzen setzt. Schließlich darf der Einfluß zu- bzw. abwandernder Ausländer(innen) auf die Geburtenent-

Wohnbevölkerung nach Geschlecht und Altersgruppen 1975 - 1990

Verwaltungsbezirk	1975	1980	1985	1990						
				ins- gesamt	männ- lich	weib- lich	Alter in Jahren			
							unter 6	6	15	65
								- 15	- 65	und mehr
Anzahl				1975 = 100						
Kreisfreie Stadt Koblenz	118 400	116 643	114 743	112 142	96,6	93,0	91,6	57,4	101,3	100,9
Landkreise										
Ahrweiler	109 437	106 374	103 600	101 370	93,7	91,7	95,5	50,6	103,4	89,8
Altenkirchen (Ww.)	122 068	120 279	118 747	117 755	97,4	95,6	103,2	54,0	106,7	96,9
Bad Kreuznach	147 366	143 844	140 388	137 234	94,7	91,7	87,3	52,6	104,1	90,5
Birkenfeld	90 230	88 522	86 959	85 490	95,7	93,9	98,6	54,9	103,2	97,8
Cochem-Zell	64 394	63 083	62 056	61 432	93,9	94,0	98,7	50,3	108,0	92,8
Mayen-Koblenz	189 931	187 146	183 952	181 004	96,1	94,6	87,6	51,6	105,7	99,9
Neuwied	153 477	149 281	145 369	141 987	93,4	91,7	95,1	50,4	102,7	91,2
Rhein-Hunsrück-Kreis	88 795	86 771	85 113	83 903	95,4	93,7	93,9	51,1	107,0	90,7
Rhein-Lahn-Kreis	119 885	115 822	111 832	108 214	91,5	89,2	80,4	46,6	101,8	88,7
Westerwaldkreis	165 283	162 327	159 666	157 869	96,2	94,9	91,7	50,8	109,0	90,7
RB Koblenz	1 369 266	1 340 092	1 312 425	1 288 400	95,2	93,1	92,4	51,8	104,8	93,5
Kreisfreie Stadt Trier	100 343	99 588	98 845	95 989	99,3	92,7	84,1	50,7	105,7	99,7
Landkreise										
Bernkastel-Wittlich	108 289	106 336	104 773	103 939	97,5	94,6	97,3	51,9	108,6	93,3
Bitburg-Prüm	90 673	89 353	88 595	88 768	98,5	97,4	110,2	51,5	110,2	98,1
Daun	55 890	55 107	54 961	55 614	100,1	99,0	130,1	56,1	110,0	94,9
Trier-Saarburg	121 362	119 964	118 729	118 036	98,1	96,5	88,8	45,7	112,4	100,6
RB Trier	476 557	470 348	465 903	462 346	98,5	95,7	99,2	50,4	109,4	97,5
Kreisfreie Städte										
Frankenthal (Pfalz)	43 716	43 361	42 995	42 559	98,3	96,5	100,9	63,3	103,6	102,0
Kaiserslautern	100 841	100 117	99 323	96 587	98,2	93,7	90,7	55,2	103,3	101,0
Landau i. d. Pfalz	37 663	36 657	35 884	34 993	95,5	90,8	93,7	51,3	103,6	87,9
Ludwigshafen a. Rhein	170 384	167 231	163 657	159 722	94,9	92,6	91,4	57,9	100,4	97,6
Mainz	183 884	180 352	176 252	170 973	94,6	91,5	73,5	54,5	101,3	93,4
Neustadt a. d. Weinstr.	51 106	49 458	48 000	46 663	93,4	89,5	98,1	54,0	100,2	87,2
Pirmasens	53 659	51 902	50 194	48 445	92,0	88,8	89,7	51,7	99,0	89,8
Speyer	44 481	43 833	43 209	42 431	97,7	93,5	90,7	65,1	102,5	93,7
Worms	75 738	74 041	72 400	70 750	95,1	91,9	93,4	61,2	101,6	89,0
Zweibrücken	35 990	35 149	34 387	33 615	95,3	91,8	103,1	60,4	99,8	93,3
Landkreise										
Alzey-Worms	95 564	93 343	91 235	89 280	94,8	92,1	81,4	48,5	105,6	93,8
Bad Dürkheim	114 156	111 090	107 890	104 892	93,2	90,7	81,9	44,9	103,4	94,8
Donnersbergkreis	67 083	65 283	63 594	62 109	93,8	91,5	80,6	48,0	106,3	87,8
Germersheim	98 257	98 150	97 687	97 113	99,6	98,1	78,9	50,8	113,1	102,0
Kaiserslautern	97 136	95 368	93 686	92 125	95,6	94,1	91,0	50,0	104,6	101,8
Kusel	77 009	75 186	73 310	71 446	93,7	91,9	81,3	47,4	104,1	96,7
Landau-Bad Bergzabern	97 356	95 538	93 692	92 140	96,3	93,2	89,5	49,0	107,3	92,7
Ludwigshafen	121 776	119 798	117 499	115 225	95,0	94,3	84,4	46,3	105,5	100,9
Mainz-Bingen	153 552	150 355	147 003	143 843	94,9	92,5	76,0	46,3	107,0	93,2
Pirmasens	101 058	99 756	98 504	97 392	97,1	95,7	90,8	48,4	109,0	99,6
RB Rheinhessen-Pfalz	1 820 409	1 785 968	1 750 401	1 712 303	95,4	92,8	85,6	51,5	104,3	95,3
Rheinland-Pfalz	3 666 232	3 596 408	3 528 729	3 463 049	95,7	93,3	90,0	51,4	105,1	94,9
Kreisfreie Städte	1 016 205	998 332	979 889	954 869	95,9	92,3	88,8	56,4	101,8	95,5
Landkreise	2 650 027	2 598 076	2 548 840	2 508 180	95,7	93,7	90,4	49,8	106,4	94,6

wicklung nicht überschätzt werden, obwohl die Fertilität der Ausländerinnen bekanntlich weit über derjenigen deutscher Frauen liegt. Denn zum einen beträgt der Ausländeranteil nur 3,8% der gesamten Wohnbevölkerung, zum anderen sind bei den schon längere Zeit ansässigen Ausländer(innen) Assimilationstendenzen unverkennbar. Im übrigen umfaßt ihre geschätzte Aufenthaltsdauer im Schnitt bereits weniger als 5 Jahre.

Unter diesen Bedingungen muß selbst ein Prognosezeitraum von 15 Jahren noch zu kurz erscheinen, weil die beobachteten Verhaltensänderungen von einer breiten Basis fruchtbarer Frauenjahr-

gänge überdeckt werden, wie ein Blick auf die Alterspyramide zeigt. Aus dieser Perspektive wird offenkundig, daß ein nachhaltiger Effekt auf die Bevölkerungsentwicklung erst eintritt, wenn die geburtschwachen Jahrgänge der 70er Jahre in den nächsten 15, 20, 25 und 30 Jahren ins gebärfähige Alter kommen. Nach einem Untersuchungsbericht des Landesamtes für Jugend und Soziales ist selbst bei konstanten Fruchtbarkeitsziffern des Jahres 1974 in hundert Jahren mit nur noch 1,7 Millionen Rheinland-Pfälzern zu rechnen, die sich bei geringfügig verminderten Geburtenhäufigkeiten auf die Millionen-Grenze zubewegen.

Diplom-Volkswirt H. Mayer

Schulbesuch und abgelegte Abschlußprüfungen 1960 - 1975

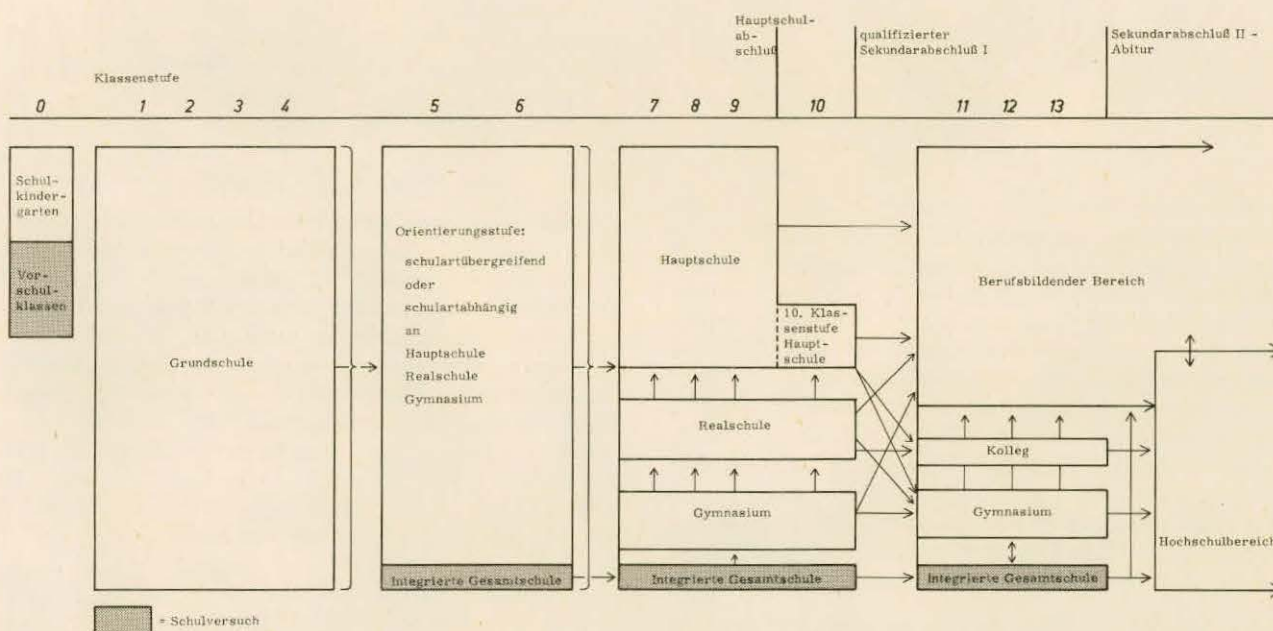
Die Tendenz, vor dem Eintritt in das Berufsleben einen möglichst hohen Bildungsabschluß zu erreichen, schlägt sich nicht nur in steigenden Studentenzahlen nieder. Sie läßt sich auch an den sowohl absolut als auch relativ wachsenden Zahlen von Schulabgängern mit qualifizierten Abschlüssen erkennen, aber auch daran, daß immer mehr Schüler von den Umsteigemöglichkeiten innerhalb des differenzierter gewordenen Schulsystems Gebrauch machen. Die verstärkte Bildungswerbung in den sechziger Jahren, die Tatsache, daß höhere Schulabschlüsse einen gehobenen gesellschaftlichen Status, höheres Einkommen und stärkere Sicherheit des Arbeitsplatzes erwarten lassen, führten zu dieser Entwicklung. Sie läßt sich anhand der Daten

über den Schulbesuch und die abgelegten Abschlußprüfungen zwischen 1960 und 1975 verfolgen.

Nur jeder 26. Schüler besuchte 1960 eine Mittel- oder Realschule

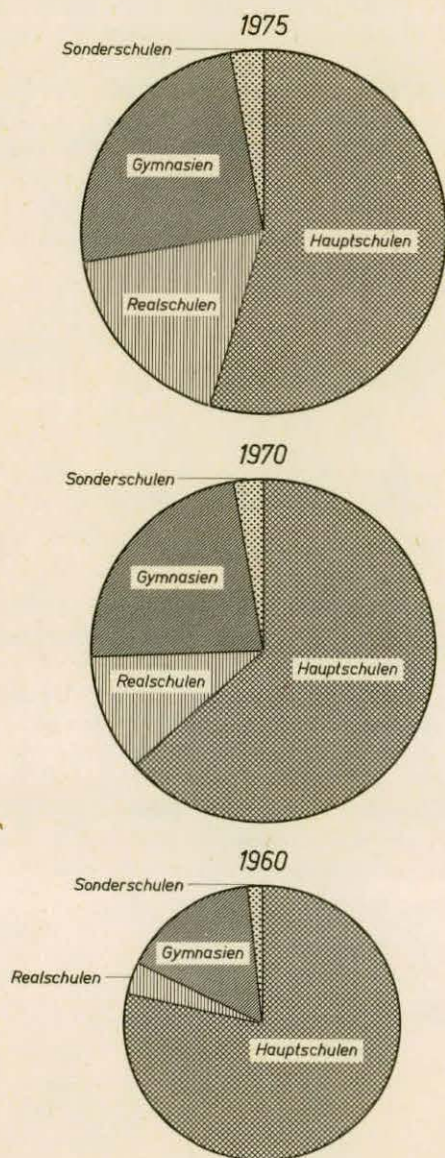
Im Jahre 1960 befanden sich in Rheinland-Pfalz 78 vom 100 Schülern im 8. Schuljahr auf einer Hauptschule, 16 gingen auf ein Gymnasium und nur 4 besuchten eine Mittel- oder Realschule. Weitere 2 von 100 Schülern wurden in einer Sonderschule oder in Sonderschulklassen betreut. Damals war für die Schüler im 8. Schuljahrgang der einmal eingeschlagene Bildungsweg kaum noch zu revidieren. Die Schüler der Volksschule, die seinerzeit 8 Schuljahre dauerte, erhielten nach erfolgreichem Ab-

Bildungswege in Rheinland-Pfalz Allgemeinbildender Bereich



Relativer Schulbesuch 1960 - 1975

Die Schüler im 8. Schuljahrgang verteilen sich auf:



125/76

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 71

schluß dieser Klassenstufe ein Abschlußzeugnis und besuchten dann entweder neben der Absolvierung einer Lehre oder neben einer Tätigkeit als Ungelernte eine Berufsschule. Oder sie konnten an einer Berufsfachschule einen mittleren Abschluß erlangen. Neben oder nach der Berufsschule war noch der Besuch einer Berufsaufbauschule möglich, außerdem nach einer beruflichen Ausbildung und Tätigkeit der Besuch einer Fachschule, die einer vertieften beruflichen Aus- und Weiterbildung diente. Höhere Bildungsinhalte für die berufliche Weiterbildung als die Fachschulen vermittelten die Ingenieurschulen. Die an dieser Schulart zu erwerbende Qualifikation schloß mit der Erlangung des Ingenieur-Grades ab.

Die Schüler der Mittel- bzw. Realschulen erreichten nach erfolgreichem Abschluß der 10. Klassen-

stufe die mittlere Reife. Dies war auch den Schülern möglich, die sich nach der 4. Grundschulklasse in einem Aufbauzug einer Volksschule weiterbildeten. Die Gymnasiasten erreichten nach der 10. Klassenstufe ebenfalls die mittlere Reife, nach der 13. die allgemeine Hochschulreife. Eine Ausnahme bildeten dabei die Frauenoberschulen, deren Abschluß lediglich zum Studium an einer Pädagogischen Hochschule berechnete. Mit einer Ergänzungsprüfung zum Abschluß an dieser Schule konnte allerdings auch die allgemeine Hochschulreife erlangt werden.

Bildungsweg damals früh festgeschrieben

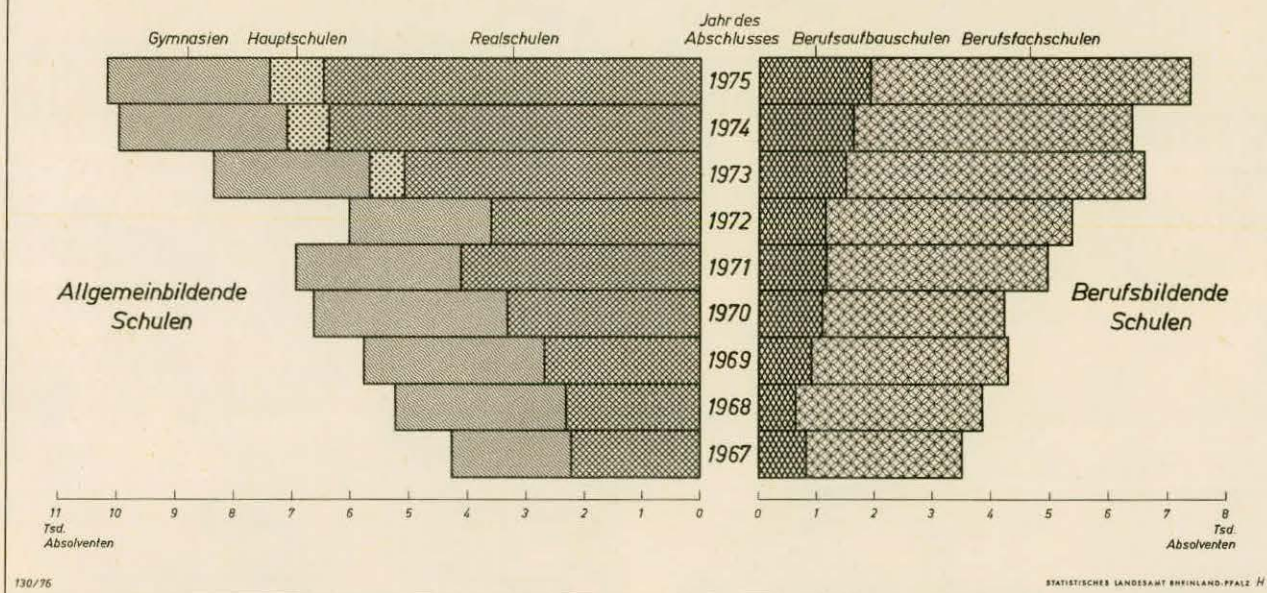
In diesem dreigliedrigen Schulsystem wurde, von wenigen Ausnahmen wie Aufbauzügen und Aufbaugymnasien abgesehen, der Bildungsweg nach der 4. Grundschulklasse praktisch festgeschrieben auf die drei Alternativen Volksschulabschluß mit nachfolgender beruflicher Bildung, mittlere Reife und Gymnasialabschluß mit Abitur. Zwar stand nach der Volksschule der zweite Bildungsweg bis zur Ingenieurschule offen, es war auch möglich, auf einem Abendgymnasium, später auch auf einem Kolleg, das Abitur nachzuholen, doch wurde dieser doch recht schwierige Bildungsweg nur von einem Bruchteil der Volksschulabsolventen eingeschlagen.

Vergleicht man die Werte des Schulbesuchs von 1960 mit denen von 1975, so zeigt sich eine deutliche Verlagerung zuungunsten der Hauptschulen. Der Anteil von 78,3% aller Schüler des 8. Schuljahrgangs an Volksschulen 1960 verringerte sich bis 1969 langsam auf 69%, danach schneller bis auf 54,8% im Jahre 1975. Der Anteil der Realschüler stieg bis 1965 nur langsam von 3,8 auf 5,4%. Der Ausbau des Realschulwesens führte dann jedoch zu einem rapiden Anstieg des Anteils der Realschüler an der Gesamtzahl der Schüler in der 8. Klassenstufe, der 1975 den Wert von 17,6% erreichte. Bei den Gymnasien war die Entwicklung nicht ganz so auffallend. Mit einigen Schwankungen erhöhte sich der Anteil der Gymnasiasten von 1960 bis 1975 um 8 Prozentpunkte auf 24,8%. Die Förderung des Sonderschulwesens schlägt sich ebenfalls in einer Erhöhung des Anteils der Sonderschüler nieder, der sich im betrachteten Zeitraum verdoppelte.

Umsteigemöglichkeiten verbessert

Doch nicht nur steigende Übergangsquoten auf die früher als höhere Schulen bezeichneten Gymnasien und Realschulen führten zu einer Steigerung der Zahl der Schüler mit höheren Abschlüssen. Auch die Umsteigemöglichkeiten innerhalb des Bildungssystems wurden verbessert und - durch den Ausbau des beruflichen Schulwesens - die Weiterbildungsmöglichkeiten vermehrt. So kann die in der 4. Klassenstufe getroffene Laufbahnentscheidung für Hauptschule, Realschule, Gymnasium oder seit 1973 auch auf die im Schulversuch stehenden Integrierten Gesamtschulen mehrmals revidiert werden. Ein Schulwechsel ist nach der 6. Klassenstufe noch möglich, die zusammen mit der 5. Klassenstufe die Orientierungsstufe mit vereinheitlichten Stunden- und Unterrichtsinhalten bildet. Die

Absolventen mit qualifiziertem Sekundarabschluß I 1967-1975



Hauptschule, die nun bis zum 9. Schuljahrgang führt, bietet jedoch für begabte Schüler auch die Möglichkeit, in einer 10. Klassenstufe den qualifizierten Sekundarabschluß I zu erlangen. Dieser Abschluß entspricht der früheren mittleren Reife. Nach diesem Abschluß, der auch nach der 10. Klassenstufe an Realschulen erlangt wird, steht begabten Real- und Hauptschülern die Oberstufe der Gymnasien offen. Damit kann ein Schüler, dessen Lerninteresse erst später geweckt wird oder der in einem Gebiet mit weniger gut entwickelter Schulstruktur zu Hause ist, immer noch den einmal eingeschlagenen Bildungsweg innerhalb des allgemeinbildenden Bereichs ändern.

Immer mehr Schulabgänger mit qualifiziertem Sekundarabschluß I

Diese Öffnung des Bildungssystems, die der verstärkten Bildungswerbung folgte, führte dazu, daß immer mehr Schüler mit Schulabschlüssen, die über den Hauptschulabschluß hinausreichen, von den Schulen abgehen. Nach 1960 stieg der Anteil der Schüler mit mittlerer Reife, gemessen an dem durchschnittlichen Altersjahrgang der 16- bis 18-jährigen ständig, in den vergangenen Jahren zunehmend schneller. 1965 gingen beispielsweise 6,2% (absolut 3 131) der Jugendlichen eines durchschnittlichen Altersjahrgangs mit mittlerer Reife von Realschulen und Gymnasien ab. 1970 waren es bereits 12,2% (6 638), 1975 schon 17,5% (10 185), wobei zu den Realschülern und Abgängern aus Gymnasien 1973 erstmals die Absolventen der 10. Klassenstufe der Hauptschulen hinzukamen.

Doch nicht nur an allgemeinbildenden Schulen kann der qualifizierte Sekundarabschluß I erlangt werden, sondern auch im berufsbildenden Bereich. An Berufsfach- und Berufsaufbauschulen erreich-

ten 1966 rund 3 200 Schüler die mittlere Reife, das entsprach 5,8% eines durchschnittlichen Altersjahrgangs der 16- bis 18-jährigen. Ihr Anteil hat sich seither mehr als verdoppelt und lag 1975 bei 12,6% (7 376 Abschlüssen). Das bedeutet, daß 1975 an allgemein- und berufsbildenden Schulen zusammen fast ein Drittel eines durchschnittlichen Altersjahrgangs mit einem qualifizierten Sekundarabschluß I von den Schulen abging.

Die demographische Entwicklung allein hätte bei gleichbleibender Absolventenquote schon zu einem Ansteigen der absoluten Zahlen geführt, da die geburtenstarken Jahrgänge allmählich in die Abschlußklassen aufstiegen. Die enorme Erhöhung der Absolventenquote in Verbindung mit der Entwicklung der Bevölkerungszahlen hatte zur Folge, daß sich die Zahl der Abgänger mit einem qualifizierten Sekundarabschluß I innerhalb von zehn Jahren nahezu verdreifachte.

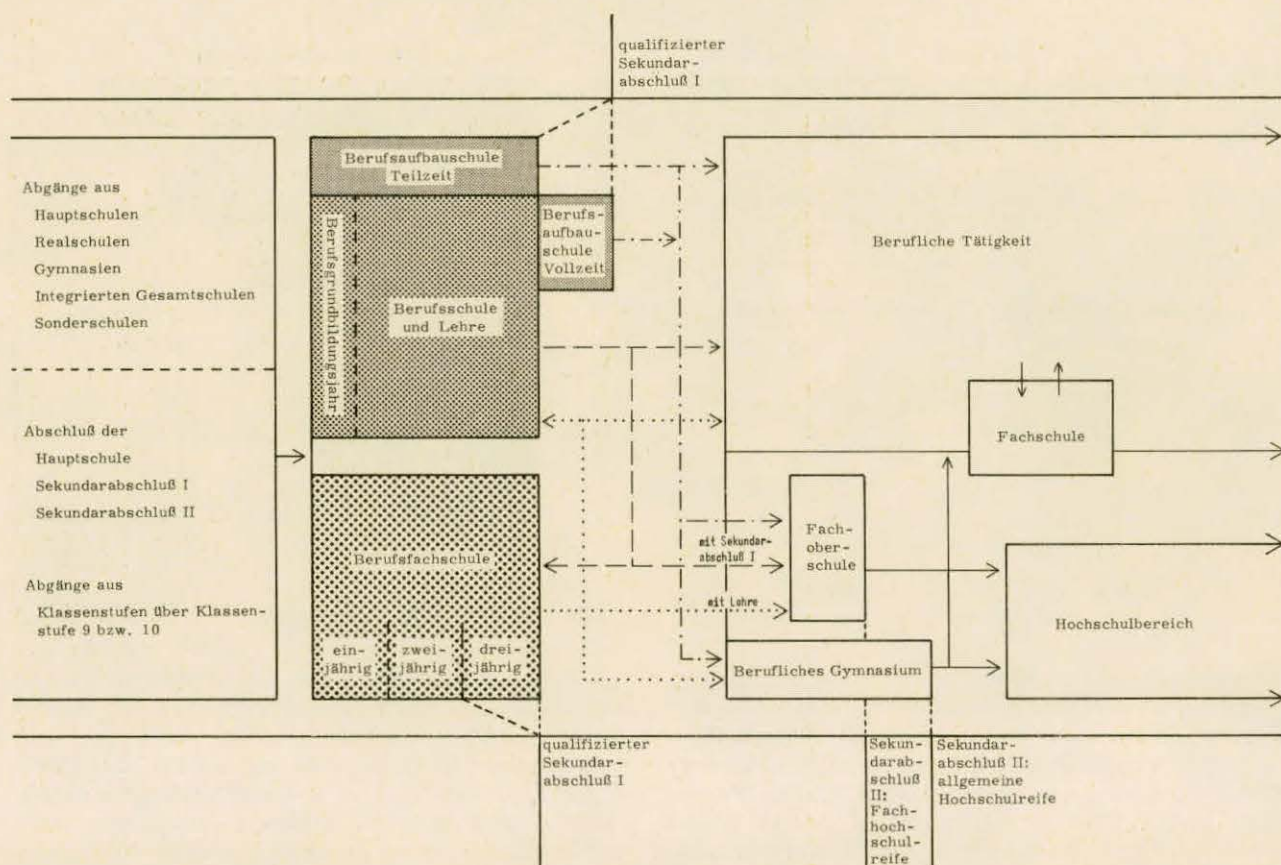
Bildungsangebot der Fachoberschule angenommen

Auf das Dreieinhalbfache stieg in 15 Jahren die Zahl der Schüler, die das Abitur erreichten. Im Kurzschuljahr 1966 kamen rund 3 000 Schüler zur allgemeinen Hochschulreife. Der Anteil an einem durchschnittlichen Altersjahrgang der 18- bis 20-jährigen lag damit bei 7% (1960: 2 751 oder 5,2%). 1975 waren es bereits 17,6% oder 9 756 Schüler.

Dies ist zum einen auf den verstärkten Übergang auf die Gymnasien innerhalb des Bereichs der allgemeinbildenden Schulen zurückzuführen. Der Weg über die Abendgymnasien - die 1972 die letzten Abiturienten entließen - und die Kollegs als Einrichtungen des zweiten Bildungsweges spielten dabei nur eine nachgeordnete Rolle. Verstärkt wurde die Tendenz jedoch vor allem durch die Öff-

Bildungswege in Rheinland-Pfalz

Berufsbildender Bereich



121/76

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ L

nung des Bereichs der beruflichen Schulen bis zum Abitur, dem Sekundarabschluß II bzw. zur Fachhochschulreife. Von den beruflichen Gymnasien, an denen zunächst die fachgebundene, seit 1971 die allgemeine Hochschulreife in Rheinland-Pfalz erworben werden kann, wurden 1966 die ersten 34 Schüler mit diesem Abschluß entlassen, 1975 bereits 362. Diese Gymnasien können nach dem an allgemein- oder berufsbildenden Schulen erworbenen Sekundarabschluß I besucht werden. Stärker ins Gewicht als diese Schulen fallen jedoch die 1969 errichteten Fachoberschulen. Sie bauen ebenfalls auf einem qualifizierten Sekundarabschluß I auf und vermitteln sowohl allgemeine als auch fachtheoretische und fachpraktische Bildungsinhalte. Ab dem kommenden Schuljahr soll für den Be-

reich dieser Schulen neben dem Sekundarabschluß I auch eine berufliche Qualifikation (Abschluß einer Lehre) nachgewiesen werden. Die Fachoberschulen führen zur Fachhochschulreife. Diesen Abschluß erwarben 1971 noch 645 Schüler, 1975 waren es bereits 3 000. Mit der Fachhochschulreife ist die Berechtigung zum Studium an einer Fachhochschule gegeben. Die Fachhochschulen, deren Vorgängereinrichtungen die Ingenieurschulen und höheren Fachschulen waren, zählen in Rheinland-Pfalz zum Hochschulbereich. Die Ablegung der Zwischenprüfung bzw. auch der Abschluß an dieser Hochschule, die Graduierung, ermöglicht den Studierenden den Wechsel auf eine wissenschaftliche Hochschule.

Diplom-Volkswirtin G. Kernich-Möhringer

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1974	1975				1976			
		Monatsdurchschnitt		Juli	August	September	Juni	Juli	August	September
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 696	3 678	3 677	3 676	3 674	3 656
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	2 037	2 140	2 315	2 842	2 223	2 155 ^p	2 733 ^p	2 353 ^p	2 183 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,6	7,0	7,4	9,1	7,4	7,2 ^p	8,8 ^p	7,6 ^p	7,3 ^p
* Lebendgeborene	Anzahl	2 990	2 865	2 978	2 978	2 722	3 003 ^p	2 973 ^p	2 959 ^p	3 100 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,7	9,3	9,5	9,5	9,0	10,0 ^p	9,6 ^p	9,5 ^p	10,3 ^p
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 624	3 745	3 457	3 588	3 314	3 794 ^p	3 862 ^p	3 458 ^p	3 270 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,8	12,2	11,1	11,5	11,0	12,6 ^p	12,4 ^p	11,1 ^p	10,9 ^p
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene ²⁾	Anzahl	67	61	66	72	61	63 ^p	58 ^p	63 ^p	...
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	22,3	21,3	21,9	23,8	21,7	21,7 ^p	19,4 ^p	21,1 ^p	...
* Überschuß der Geborenen	Anzahl	- 634	- 881	- 479	- 610	- 592	- 791 ^p	- 889 ^p	- 499 ^p	- 170 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 2,1	- 2,9	- 1,5	- 2,0	- 2,0	- 2,6 ^p	- 2,9 ^p	- 1,6 ^p	- 0,6 ^p
Wanderungen über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	8 520	7 189	8 620	7 902	8 058	6 690
* Fortgezogene	Anzahl	8 947	8 165	8 520	8 715	9 451	6 939
* Wanderungssaldo	Anzahl	- 427	- 977	100	- 813	- 1 393	- 249
* Innerhalb d. Landes Umgezogene ³⁾	Anzahl	10 936	10 243	12 207	12 091	10 748	9 273
Arbeitslage										
* Arbeitslose	1 000	36,3	67,2	65,2	64,0	62,4	52,0	53,9	55,6	52,8
* Männer	1 000	22,4	43,0	40,8	39,1	37,8	29,0	29,3	29,6	27,3
Ausgewählte Berufsgruppen:										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	570	1 066	615	646	740	602	694	725	652
Bauberufe	Anzahl	4 045	6 885	5 753	5 184	4 915	3 067	2 738	2 699	2 529
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	15 979	29 673	28 599	27 445	26 638	19 985	19 259	19 459	18 172
Offene Stellen	Anzahl	14 621	11 158	11 815	11 169	10 914	13 164	13 025	12 697	11 397
Männer	Anzahl	8 433	5 924	6 358	5 992	6 101	7 489	7 598	7 493	7 020
Ausgewählte Berufsgruppen:										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	244	233	204	201	442	306	301	287	353
Bauberufe	Anzahl	767	765	1 120	832	1 108	1 053	1 114	1 044	1 108
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	5 339	3 764	4 156	4 115	3 710	5 281	5 326	5 423	4 819
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	686	675	.	.	.	715	.	.	.
* Milchkühe	1 000	242	239	.	.	.	245	.	.	.
* Schweine	1 000	713	677	.	687	.	.	.	719	.
* Zuchtsauen	1 000	70	73	.	69	.	.	.	81	.
* Trächtige Zuchtsauen	1 000	45	47	.	46	.	.	.	52	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
* Rinder	1 000	18	17	14	16	17	16	22	17	17
* Kälber	1 000	1	1	1	1	1	1	1	1	1
* Schweine	1 000	92	91	83	82	90	82	83	85	84
* Hausschlachtungen	1 000	18	17	8	6	11	7	7	7	10
* Schlachtmengen ⁴⁾	1 000 t	11,0	10,5	10,1	10,4	10,9	10,6	12,1	11,1	10,7
* Rinder	1 000 t	4,7	4,4	4,0	4,3	4,5	4,6	5,9	4,7	4,6
* Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
* Schweine	1 000 t	6,1	6,0	6,0	6,0	6,3	5,9	6,0	6,3	6,0
Geflügel										
* Eingelegte Bruteier ⁵⁾	1 000	122	102	41	73	85	71	43	64	83
* für Legehennenküken	1 000	-	-	-	-	-	-	-	-	-
* für Masthühnerküken	1 000	-	-	-	-	-	-	-	-	-
* Geflügelfleisch ⁶⁾	1 000 kg	96	104	151	65	85	114	98	76	109
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	78	77	85	79	71	84	75	75	68
* an Molkereien geliefert	%	84,4	86,5	88,0	87,4	88,1	91,1	90,3	91,0	91,2
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,2	10,4	11,3	10,5	9,7	11,8	10,2	10,2	9,5

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - 3) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 4) Aus gewerblichen Schlachtungen; einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien und ohne Geflügel. - 5) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern. - 6) Aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1974	1975				1976			
		Monatsdurchschnitt	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
Industrie und Handwerk										
Industrie 1)										
Betriebe	Anzahl	2 909	2 780	2 779	2 772	2 764	2 647	2 647	2 646	2 626
* Beschäftigte	1 000	398	374	372	373	372	363	366	368	370
* Arbeiter 2)	1 000	289	267	266	266	265	260	263	265	266
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	42 799	38 628	36 501	38 404	40 394	37 981	40 293	35 529	40 702
Löhne und Gehälter	Mill. DM	733	742	751	701	701	795	782	776	762
* Löhne	Mill. DM	465	457	470	435	436	488	491	495	481
* Gehälter	Mill. DM	268	285	281	266	265	307	291	281	282
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE 3)	88	67	49	48	60	87	78	76	82
* Gasverbrauch 4)	Mill. cbm	95	96	89	72	74	100	101	105	106
* Stadt-, Kokerei- und Ferngas	Mill. cbm	2	1	1	1	1	1	1	1	1
* Erd- und Erdölgas	Mill. cbm	93	95	88	71	73	99	100	104	105
* Heizölverbrauch	1 000 t	190	186	144	160	179	170	174	167	177
* leichtes Heizöl	1 000 t	32	31	20	21	23	22	21	20	23
* schweres Heizöl	1 000 t	158	155	124	139	156	148	153	147	154
* Stromverbrauch	Mill. kWh	917	824	787	821	862	903	946	882	910
* Stromerzeugung (industrielle Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	293	252	212	213	244	267	258	240	248
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 630	3 557	3 381	3 374	3 828	4 002	3 864	3 670	4 154
* Auslandsumsatz	Mill. DM	1 065	1 017	882	903	1 080	1 143	1 065	1 013	1 130
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Gesamtindustrie	1970 = 100	121	113	96	109	118	125	120	109	124 ^P
ohne Bauhauptgewerbe	1970 = 100	122	115	97	109	120	127	122	111	127 ^P
ohne Bauhauptgewerbe und Ener- giewirtschaft	1970 = 100	122	114	97	109	119	127	122	110	126
Energiewirtschaft	1970 = 100	147	146	115	119	127	136	134	131	143 ^P
* Grundstoff- und Produktionsgüter- industrien	1970 = 100	126	113	99	108	123	128	121	116	130
Industrie der Steine und Erden	1970 = 100	100	93	99	104	107	118	110	107	118
Chemische Industrie	1970 = 100	129	113	95	102	124	127	117	117	129
* Investitionsgüterindustrien	1970 = 100	121	120	97	110	117	131	125	103	121
Maschinenbau und Daten- verarbeitung	1970 = 100	124	115	92	110	100	126	127	100	100
* Verbrauchsgüterindustrien	1970 = 100	111	106	86	101	109	111	112	100	120
Schuhindustrie	1970 = 100	72	68	58	75	78	37	68	71	75
* Nahrungs- und Genussmittel- industrien	1970 = 100	125	124	105	127	131	141	138	117	134
Bauhauptgewerbe	1970 = 100	109	97	92	104	107	117	108	95	110
Handwerk 5)										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1970 = 100	94	93	94
* Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	VjD 1970 = 100	142	144	150
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung	Mill. kWh	226	240	163	173	209	152	140	148	...
Strombezug 6)	Mill. kWh	1 650	1 544	1 431	1 482	1 490	1 686	1 745	1 636	...
Stromlieferungen 6)	Mill. kWh	630	582	531	551	533	686	672	620	...
* Stromaufkommen (= Stromverbrauch)	Mill. kWh	1 231	1 187	1 052	1 091	1 150	1 139	1 199	1 149	...
* Gaserzeugung 4)	Mill. cbm	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1
Gasbezug 4)	Mill. cbm	141	150	101	88	96	122	119	123	...
Gasaufkommen 4)	Mill. cbm	141	150	100	88	96	119	116	120	...
Bauwirtschaft u. Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe 7)										
* Beschäftigte	Anzahl	79 639	71 102	71 816	72 522	72 337	67 896	68 097	68 438	68 547
Facharbeiter	Anzahl	44 458	40 440	41 020	41 370	41 363	40 420	38 420	38 449	38 521
Fachwerker und Werker	Anzahl	20 312	16 648	16 915	17 262	17 176	14 349	16 401	16 696	16 610
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	11 151	9 778	9 876	10 624	11 184	10 357	10 513	9 050	10 483
Privater Bau	1 000	6 407	5 566	5 547	6 055	6 312	6 366	6 313	5 382	6 334
* Wohnungsbau	1 000	4 361	3 765	3 655	4 147	4 305	4 400	4 374	3 613	4 456
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	82	93	114	127	135	126	139	97	70
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	1 964	1 708	1 778	1 781	1 872	1 840	1 800	1 672	1 808
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	4 744	4 212	4 329	4 569	4 872	3 991	4 200	3 668	4 149
Hochbau	1 000	1 105	1 004	991	1 052	1 159	930	958	800	891
Tiefbau	1 000	3 639	3 208	3 338	3 517	3 713	3 061	3 242	2 868	3 258
Straßenbau	1 000	1 727	1 481	1 587	1 672	1 764	1 336	1 492	1 317	1 574
Löhne und Gehälter	Mill. DM	138	130	137	138	143	138	142	140	144
* Löhne	Mill. DM	122	115	121	123	128	123	126	124	128
* Gehälter	Mill. DM	16	15	16	15	15	15	16	16	16
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	381	362	345	344	408	339	384	318	363

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 2) Einschl. gewerblicher Lehrlinge. - 3) Eine Tonne Steinkohleeinheit (t SKE = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - 4) Umgerechnet auf den Heizwert von 8 400 Kcal/Nm³. - 5) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 6) Von bzw. an andere (n) Bundesländer (n) bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). - 7) Ab März 1976 vorläufige Ergebnisse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1974	1975				1976			
		Monatsdurchschnitt	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	1 090	983	1 172	1 027	1 110	1 106	1 572	1 106	1 010
* mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	1 026	937	1 110	968	1 066	1 049	1 527	1 069	977
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 173	997	1 151	1 037	1 058	1 088	1 489	1 128	954
* Veranschlagte reine Baukosten	Mill. DM	210	189	223	197	201	217	302	226	192
* Wohnfläche	1 000 qm	194	159	184	165	163	175	232	183	152
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)										
* Umbauter Raum	1 000 cbm	827	926	1 009	859	1 145	646	1 105	743	609
* Veranschlagte reine Baukosten	Mill. DM	127	140	134	117	187	104	234	118	77
* Nutzfläche	1 000 qm	148	165	178	149	234	111	208	137	119
* Wohnungen insgesamt (alle Bau- maßnahmen)	Anzahl	2 200	1 788	2 059	1 854	1 758	1 857	2 386	2 068	1 607
Bauleistungspreise (einschl. Mehrwertsteuer)										
Ausheben einer Baugrube (mittel- schwerer Boden)										
	1970 = 100	133	128	.	129	.	.	.	131	.
Mauerwerk (Mauerziegel bzw. Kalksandsteine)										
	1970 = 100	151	151	.	153	.	.	.	161	.
Hohlblockmauerwerk										
	1970 = 100	154	154	.	155	.	.	.	162	.
Leichttrennwand										
	1970 = 100	159	165	.	167	.	.	.	175	.
Stahlbetondecke (auch aus Stahl- betonfertigteilen)										
	1970 = 100	150	144	.	145	.	.	.	149	.
Beton für Wände										
	1970 = 100	146	142	.	142	.	.	.	149	.
Bauholz (Normalklasse)										
	1970 = 100	150	152	.	151	.	.	.	158	.
Innenwandputz										
	1970 = 100	165	161	.	163	.	.	.	169	.
Deckenputz										
	1970 = 100	160	160	.	162	.	.	.	167	.
Außenwandputz										
	1970 = 100	161	164	.	165	.	.	.	172	.
Wandbelag (Fliesen)										
	1970 = 100	165	172	.	175	.	.	.	181	.
Zimmertür, einflüglig										
	1970 = 100	162	167	.	168	.	.	.	176	.
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	1 179,7	1 133,6	1 112,8	929,9	1 049,5	1 310,6	1 339,7	1 207,0	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	49,0	46,6	47,3	39,8	50,4	54,7	63,8	52,5	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	1 130,7	1 087,1	1 065,6	890,1	999,2	1 255,9	1 275,9	1 154,6	...
* Rohstoffe	Mill. DM	12,3	11,1	10,9	9,2	11,2	14,5	13,1	12,8	...
* Halbwaren	Mill. DM	72,7	63,4	50,0	50,1	61,5	82,1	86,5	70,2	...
* Fertigwaren	Mill. DM	1 045,7	1 012,6	1 004,6	830,8	926,5	1 159,3	1 176,3	1 071,5	...
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	406,9	315,4	284,5	268,0	314,5	393,2	401,2	364,7	...
* Enderzeugnisse	Mill. DM	638,9	697,2	720,1	562,7	612,0	766,1	775,1	706,8	...
Nach ausgewählten Verbrauchs- ländern										
EG-Ländern	Mill. DM	453,8	447,5	388,9	363,0	486,7	551,4	579,9	448,5	...
Frankreich	Mill. DM	164,7	144,5	122,5	107,2	155,4	179,7	188,0	121,2	...
Belgien-Luxemburg	Mill. DM	76,6	74,2	59,5	63,0	74,6	104,4	93,5	85,6	...
Niederlande	Mill. DM	94,5	81,7	69,8	74,1	90,0	82,2	94,5	96,0	...
Italien	Mill. DM	96,7	73,3	73,7	44,9	88,3	97,4	95,8	58,5	...
Großbritannien	Mill. DM	67,9	51,4	47,7	49,4	52,8	60,0	78,8	60,0	...
Republik Irland	Mill. DM	3,2	2,7	2,9	2,6	3,4	3,5	2,5	2,6	...
Dänemark	Mill. DM	20,7	19,8	12,9	21,8	22,2	24,2	26,8	24,7	...
Österreich	Mill. DM	40,9	38,3	34,7	33,8	40,5	49,9	52,0	51,2	...
Schweiz	Mill. DM	56,7	41,3	36,7	36,5	45,5	64,4	56,9	49,2	...
USA und Kanada	Mill. DM	60,9	50,8	44,4	59,4	52,5	66,1	66,2	83,8	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	219,6	303,0	393,6	229,0	208,6	313,7	300,3	321,2	...
Ostblockländer	Mill. DM	74,6	81,6	70,2	61,7	70,8	68,6	85,3	88,1	...
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	725,0	688,2	675,8	676,7	699,9	826,0	902,5	765,1	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	113,9	114,1	92,8	103,6	124,3	142,2	159,7	135,9	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	611,1	574,1	582,9	573,1	575,6	683,8	742,9	629,1	...
Einzelhandel										
Beschäftigte	1970 = 100	106	104	104	104	104	102	102	104	104
* Umsatz	1970 = 100	144	158	158	150	156	162	173	152	165
Waren verschiedener Art	1970 = 100	155	179	177	158	162	167	199	176	171
Nahrungs- und Genussmittel	1970 = 100	144	158	163	165	155	168	179	158	160
Bekleidung, Wäsche, Sport- artikel und Schuhe	1970 = 100	139	148	139	112	141	135	146	108	149
Waren aus Metall, Kunststoff, Keramik und Holz	1970 = 100	159	163	166	156	169	167	177	156	175
Elektrotechnische, feinmechani- sche und optische Erzeugnisse	1970 = 100	151	159	140	136	145	132	156	134	153
Fahrzeuge, Maschinen und Büro- einrichtungen	1970 = 100	107	127	127	107	138	167	138	115	153

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1974	1975				1976			
		Monatsdurchschnitt	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1970 =100	100	99	102	104	103	98	98	101	100
Teilbeschäftigte	1970 =100	119	122	123	130	132	123	125	124	127
* Umsatz	1970 =100	121	127	144	160	153	139	151	154	156
Beherbergungsumsatz	1970 =100	124	136	172	180	188	162	178	187	191
Gaststättenumsatz	1970 =100	118	121	124	145	127	121	131	129	131
Fremdenverkehr										
in 288 Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	257	275	389	400	464	370	416	430	...
* Auslandsgäste	1 000	45	53	128	117	84	89	141	123	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	1 004	1 088	1 882	1 853	1 747	1 458	1 875	1 879	...
* Auslandsgäste	1 000	112	149	466	361	220	244	493	382	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
Güterumschlag	1 000 t	2 870	2 687	2 669	2 776	3 232	3 023	2 900	2 954	3 055
* Gütereingang	1 000 t	1 548	1 246	1 470	1 455	1 673	1 615	1 612	1 661	1 664
* Güterversand	1 000 t	1 322	1 441	1 199	1 321	1 559	1 408	1 287	1 293	1 391
Schiffs- und Güterdurchgangsverkehr an der Koblenzer Fähre										
Bergverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	3 243	2 919	2 724	2 823	2 831	3 543	4 004	4 062	3 747
Ladung	1 000 t	2 667	2 459	2 426	2 473	2 518	2 763	2 476	2 843	2 527
Auslastungsgrad der beladenen Schiffe	%	79	80	86	84	84	70	57	62	60
Talverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	3 726	3 363	3 079	3 215	3 330	3 994	4 377	4 348	4 551
Ladung	1 000 t	1 470	1 469	1 364	1 584	1 739	1 467	1 132	1 185	1 201
Auslastungsgrad der beladenen Schiffe	%	78	81	87	87	88	73	59	64	60
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	9 242	11 129	11 220	8 404	11 969	13 524	10 951	7 946	...
Krafträder und Motorroller	Anzahl	188	253	373	325	197	540	426	262	...
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	8 045	9 964	9 822	7 319	10 811	11 860	9 627	7 001	...
* Lastkraftwagen	Anzahl	425	420	453	379	508	650	514	378	...
Zugmaschinen	Anzahl	363	424	497	334	387	397	311	258	...
Kraftfahrzeuganhänger	Anzahl	421	430	525	322	305	634	798	458	...
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen										
Beförderte Personen	1 000	30 811	31 054	23 475	29 078	31 353	28 783	27 793	17 836	...
Allgemeiner Linienverkehr	1 000	25 307	25 345	21 796	22 638	24 772	22 595	21 343	16 433	...
Sonderformen des Linienverkehrs	1 000	4 982	5 172	1 039	5 801	5 826	5 423	5 796	847	...
Berufsverkehr	1 000	1 038	894	649	1 103	889	855	859	687	...
Gelegenheitsverkehr	1 000	522	537	640	639	755	765	654	556	...
Ausflugsfahrten	1 000	103	115	172	135	161	203	171	152	...
Ferienziel - Reisen	1 000	4	4	9	5	6	2	6	8	...
Mietwagenverkehr	1 000	415	418	459	499	588	560	477	396	...
Wagenkilometer	1 000	13 369	13 845	12 904	15 394	16 458	16 218	16 270	12 682	...
Straßenverkehrsunfälle	Anzahl	6 772	6 906	6 871	7 807	7 476	7 568	8 424	6 910	7 883
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 672	1 726	1 903	2 133	1 954	2 049	2 263	1 956	1 902
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	5 100	5 180	4 968	5 674	5 522	5 519	6 161	4 954	5 981
bis 1 000 DM bei jedem Beteiligten	Anzahl	3 872	3 759	3 600	4 198	4 036	3 947	4 404	3 557	4 234
über 1 000 DM bei einem Beteiligten	Anzahl	1 228	1 421	1 368	1 476	1 486	1 572	1 757	1 397	1 747
* Getötete Personen	Anzahl	80	80	88	75	101	97	71	83	93
Pkw - Insassen	Anzahl	39	42	44	31	54	42	43	44	52
Fußgänger	Anzahl	23	19	14	19	16	20	9	11	15
* Verletzte Personen	Anzahl	2 317	2 407	2 730	3 010	2 721	2 825	3 159	2 825	2 568
Pkw - Insassen	Anzahl	1 429	1 470	1 544	1 675	1 552	1 487	1 674	1 535	1 420
Fußgänger	Anzahl	292	280	243	306	308	251	310	222	261
Schwerverletzte	Anzahl	770	758	871	923	842	941	987	916	799
Pkw - Insassen	Anzahl	422	402	427	439	436	444	447	452	396
Fußgänger	Anzahl	142	129	102	125	119	108	135	97	114
Bundespost ¹⁾										
Gewöhnliche Briefsendungen	1 000	28 021	27 388	25 852	24 457	28 200	24 934	24 130	23 529	27 028
Gewöhnliche Paketsendungen	1 000	563	550	430	419	513	497	504	464	576
Telegramme	1 000	21	19	22	19	20	19	20	20	19
Postscheckverkehr										
Gutschriften	1 000 DM	1 362 283	1 416 535	1 479 121	1 318 968	1 355 615	1 413 091	1 379 587	1 311 616	1 290 864
Lastschriften	1 000 DM	1 360 432	1 416 280	1 492 960	1 297 338	1 372 349	1 377 658	1 434 592	1 293 312	1 288 964
Postsparkassendienst										
Einzahlungen	1 000 DM	18 025	21 088	23 233	21 233	20 882	19 502	25 026	24 346	20 658
Auszahlungen	1 000 DM	23 959	25 906	28 397	26 973	29 814	27 705	33 885	31 747	32 731
Abgehende Ferngespräche	1 000	15 988	17 155	16 665	17 168	17 472	17 626	19 778	19 830	...

1) Nur OPD Koblenz.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1974	1975				1976			
		Monatsdurchschnitt	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken insgesamt ²⁾	Mill. DM	32 378	35 078	33 471	33 580	33 974	36 874	37 230	37 298	37 773
* darunter: Kredite an inländische Nichtbanken ²⁾	Mill. DM	32 122	34 653	33 174	33 245	33 614	36 382	36 741	36 781	37 202
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	8 116	7 974	7 977	7 924	7 977	8 190	8 094	7 954	8 229
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	7 838	7 636	7 633	7 616	7 637	7 768	7 735	7 633	7 882
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	278	337	344	308	341	422	359	321	348
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	3 536	3 658	3 404	3 392	3 535	3 897	4 011	3 983	3 961
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	2 853	2 824	2 763	2 739	2 811	3 085	3 117	3 154	3 192
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	683	834	641	652	724	812	894	829	769
* Langfrist. Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	20 470	23 022	21 793	21 929	22 102	24 295	24 636	24 843	25 012
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	15 258	17 194	16 251	16 303	16 475	18 152	18 328	18 436	18 540
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	5 212	5 828	5 542	5 626	5 626	6 143	6 308	6 408	6 472
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	27 652	31 445	28 626	29 175	29 309	31 916	32 326	32 725	32 554
* Sichteinlagen	Mill. DM	4 082	4 902	4 361	4 631	4 615	5 036	5 313	5 219	5 031
* von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	3 707	4 471	4 049	4 212	4 328	4 670	4 745	4 857	4 674
* von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	375	430	313	419	286	366	568	362	357
* Termingelder	Mill. DM	7 166	6 356	6 008	6 015	6 006	6 156	6 228	6 605	6 584
* Spareinlagen	Mill. DM	16 406	20 188	18 257	18 529	18 688	20 724	20 785	20 901	20 939
* bei Sparkassen	Mill. DM	9 847	11 758	10 715	10 854	10 918	12 102	12 123	12 187	12 199
* Gutschriften auf Sparkonten ³⁾	Mill. DM	884	1 140	1 202	994	975	888	1 176	929	857
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	745	827	1 032	726	815	785	1 115	813	822
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ⁴⁾	Anzahl	31	40	39	45	32	37	53	38	28
* Angemeldete Forderungen	1 000 DM	24 823	27 070	39 305	45 042	18 020	37 265	318 853	21 310	6 682
* Vergleichsverfahren	Anzahl	2	2	1	3	2	-	-	-	1
* Wechselproteste ⁵⁾	Anzahl	1 738	1 274	1 424	1 205	1 240	1 049	1 020	1 059	1 143
* Wechselsumme	1 000 DM	6 977	6 030	6 628	5 772	7 113	3 599	4 005	5 824	4 917
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	674 043	691 366	539 186	646 888	803 866	912 347	615 230	765 081	968 478
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	477 786	478 176	353 901	430 359	618 834	667 171	389 060	550 039	745 863
* Lohnsteuer ⁶⁾	1 000 DM	309 591	307 542	237 474	389 167	249 396	254 747	302 255	448 975	289 561
* Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung	1 000 DM	48 692	51 829	-	137 204	-	-	-	149 194	-
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	105 011	114 056	32 837	7 684	310 581	294 563	24 527	248	316 380
* Nichtveranlagte Steuern v. Ertrag	1 000 DM	8 522	8 831	72 888	- 1 533	3 428	4 639	10 165	58 313	- 936
* Körperschaftsteuer ⁷⁾	1 000 DM	54 662	47 746	10 702	35 041	55 429	113 222	52 113	42 503	140 858
* Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung	1 000 DM	6 416	8 491	-	29 432	-	-	-	30 222	-
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	196 257	213 190	185 285	216 529	185 032	245 176	226 170	215 042	222 615
* Umsatzsteuer	1 000 DM	134 388	150 930	141 362	146 325	133 384	161 526	163 220	150 074	142 630
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	61 869	62 261	43 923	70 204	51 648	83 650	62 950	64 968	79 985
* Bundessteuern	1 000 DM	95 256	92 095	79 970	75 779	74 103	94 950	82 411	80 856	81 748
* Zölle	1 000 DM	7 057	8 001	13 070	8 624	6 811	9 010	4 122	9 973	8 561
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	78 046	79 508	64 070	64 249	60 620	76 690	74 167	67 704	66 925
* Landessteuern	1 000 DM	47 872	50 390	45 526	58 205	53 712	60 655	47 524	72 093	42 201
* Vermögensteuer	1 000 DM	9 917	10 942	1 937	22 254	11 500	13 304	1 994	30 494	2 990
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	26 077	26 973	29 332	24 074	26 281	27 802	31 533	26 925	25 708
* Biersteuer	1 000 DM	6 168	6 152	6 510	7 486	7 495	6 734	8 133	8 372	7 058
* Gemeindesteuern ⁸⁾	1 000 DM	352 175	341 325	.	.	361 597	379 252	.	.	.
* Grundsteuer A	1 000 DM	8 370	8 559	.	.	12 105	7 499	.	.	.
* Grundsteuer B ⁹⁾	1 000 DM	39 194	49 522	.	.	62 791	54 947	.	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	255 166	229 260	.	.	232 615	254 625	.	.	.
* Lohnsummensteuer	1 000 DM	21 916	22 745	.	.	22 482	22 555	.	.	.
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	446 346	462 189	415 996	489 166	462 937	560 106	451 189	478 585	566 010
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	209 871	209 576	158 029	187 401	270 219	295 134	171 656	243 575	330 515
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	124 979	145 506	139 100	220 508	118 496	169 175	156 061	148 382	153 607
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	16 240	15 013	38 897	5 478	119	847	41 061	5 772	140
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	367 272	359 283	330 542	228 562	400 073	444 676	354 685	408 558	439 441
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	208 573	208 934	157 724	187 401	270 219	294 624	171 255	242 644	329 859
* Anteil an den Steuern v. Umsatz ¹⁰⁾	1 000 DM	94 587	84 945	88 395	- 22 522	76 023	88 550	94 845	88 049	67 241
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	16 240	15 013	38 897	5 478	119	847	4 101	5 772	140
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	433 467	432 664	.	.	446 769	442 932	.	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ¹¹⁾	1 000 DM	158 493	143 527	.	.	145 988	160 679	.	.	.
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	177 966	177 071	.	.	171 799	157 625	.	.	.

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, Postscheck- und Postsparkassenämter, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1972 weniger als 10 Mill. DM betrug. - 2) Einschl. durchlaufender Kredite. - 3) Einschl. Zinsgutschriften. - 4) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse. - 5) Ohne die durch die Post protestierten Wechsel. - 6) Einschl. der Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung. - 7) Einschl. der Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung. - 8) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. - 9) Einschl. Grundsteuerbeiträgen für Arbeiterwohnstätten. - 10) Umsatzsteuer: Nach der vorläufigen Bemessung der Landesanteile an der Umsatzsteuer gemäß § 2 und § 14 Abs. 1 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 28.8.1969, Einfuhrumsatzsteuer: Abschlagszahlungen gemäß § 2 Abs. 5 der ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 30.1.1970. - 11) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1974	1975				1976			
		Monatsdurchschnitt	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste	DM	377	397	404	.	.	438	.	.	
• Männliche Arbeiter	DM	407	425	432	.	.	469	.	.	
• Facharbeiter	DM	432	451	459	.	.	495	.	.	
• Angelernte Arbeiter	DM	393	406	414	.	.	451	.	.	
• Hilfsarbeiter	DM	338	349	356	.	.	387	.	.	
• Weibliche Arbeiter	DM	258	279	286	.	.	307	.	.	
• Hilfsarbeiter	DM	246	266	272	.	.	296	.	.	
Bruttostundenverdienste	DM	8,91	9,59	9,68	.	.	10,30	.	.	
• Männliche Arbeiter	DM	9,48	10,15	10,24	.	.	10,89	.	.	
• Facharbeiter	DM	10,01	10,71	10,82	.	.	11,50	.	.	
• Angelernte Arbeiter	DM	9,18	9,78	9,85	.	.	10,46	.	.	
• Hilfsarbeiter	DM	7,93	8,36	8,47	.	.	8,97	.	.	
• Weibliche Arbeiter	DM	6,54	7,13	7,18	.	.	7,67	.	.	
• Hilfsarbeiter	DM	6,22	6,81	6,84	.	.	7,36	.	.	
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	42,1	41,3	41,7	.	.	42,5	.	.	
• Männliche Arbeiter	Std.	42,9	41,8	42,2	.	.	43,1	.	.	
• Weibliche Arbeiter	Std.	39,5	39,0	39,8	.	.	40,0	.	.	
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte	DM	2 194	2 369	2 392	.	.	2 564	.	.	
• männlich	DM	1 939	2 107	2 124	.	.	2 299	.	.	
• weiblich	DM	2 313	2 485	2 501	.	.	2 700	.	.	
Technische Angestellte	DM	1 521	1 665	1 685	.	.	1 817	.	.	
• männlich	DM	2 474	2 645	2 679	.	.	2 836	.	.	
• weiblich	DM	2 526	2 698	2 733	.	.	2 894	.	.	
im Handel, Kredit und Versicherungen	DM	1 704	1 856	1 880	.	.	1 987	.	.	
Kaufmännische Angestellte	DM	1 498	1 623	1 625	.	.	1 742	.	.	
• männlich	DM	1 481	1 608	1 610	.	.	1 726	.	.	
• weiblich	DM	1 889	2 029	2 028	.	.	2 157	.	.	
in Industrie und Handel zusammen	DM	1 181	1 290	1 295	.	.	1 390	.	.	
Kaufmännische Angestellte	DM	1 886	2 037	2 048	.	.	2 198	.	.	
• männlich	DM	1 668	1 809	1 816	.	.	1 955	.	.	
• weiblich	DM	2 086	2 238	2 243	.	.	2 402	.	.	
Technische Angestellte	DM	1 304	1 423	1 432	.	.	1 539	.	.	
• männlich	DM	2 431	2 591	2 622	.	.	2 781	.	.	
• weiblich	DM	2 486	2 655	2 691	.	.	2 844	.	.	
Öffentliche Sozialleistungen	DM	1 663	1 757	1 766	.	.	1 910	.	.	
Soziale Krankenversicherung ¹⁾										
Mitglieder (einschl. freiwillige)										
Pflichtmitglieder	1 000	1 111	1 106	1 102	1 102	1 107	1 106	1 104	1 104	1 106
Rechner	1 000	669	657	653	652	656	651	648	647	650
Krankenstand der Pflichtmitglieder	1 000	377	385	385	386	386	391	392	392	392
Männer	%	5,4	5,1	4,3	4,7	4,6	4,8	5,3	4,8	4,6
Frauen	%	5,1	5,3	4,4	4,9	4,8	4,9	5,5	5,0	4,8
Arbeiterrentenversicherung ²⁾	%	5,3	4,9	4,1	4,5	4,5	4,7	5,1	4,6	4,5
Arbeiterrentenversicherung ²⁾										
Rentenempfänger	Anzahl	420 313	438 661	442 924	443 251	445 193	453 366	454 867	454 742	455 812
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	173 007	197 254	207 072	206 716	207 985	212 515	236 082	234 863	236 129
Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe										
Hauptunterstützungsempfänger	Anzahl	26 206	52 642	49 142	48 658	47 231	40 265	38 383	39 088	40 070
Arbeitslosenversicherung	Anzahl	23 618	44 649	41 197	40 221	38 579	29 786	28 365	29 504	30 359
Ausgezahlte Unterstützungen	1 000 DM
Arbeitslosenversicherung	1 000 DM
Kriegsopferversorgung										
Rentenempfänger	1 000	146	143	.	.	143	140	.	.	139
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	45 747	50 063	51 044	52 155	51 808	54 937	55 074	56 095	55 662

1) Ohne Ersatzkassen, Betriebskrankenkassen der Bundesbahn und Bundespost, Landwirtschaftliche Krankenkasse, Seekasse und Knappschaftskassen. - 2) Ohne Knappschaftsversicherung.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1974	1975				1976			
		Monatsdurchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	62 054	61 829 ^P	61 832	61 803	61 773
Eheschließungen 1)	Anzahl	31 439	32 202 ^P	32 150 ^P	36 018 ^P	40 665 ^P	38 591 ^P	34 770 ^P	38 299 ^P	34 642 ^P
Lebendgeborene 2)	Anzahl	52 198	50 043 ^P	50 841 ^P	53 228 ^P	49 546 ^P	50 689 ^P	51 482 ^P	52 001 ^P	52 026 ^P
Gestorbene 3)	Anzahl	60 626	62 438 ^P	59 052 ^P	59 338 ^P	60 520 ^P	60 035 ^P	60 584 ^P	60 889 ^P	57 349 ^P
Geburtenüberschuß	Anzahl	- 8 428	- 12 396 ^P	- 8 211 ^P	- 6 110 ^P	- 10 974 ^P	- 9 346 ^P	- 9 102 ^P	- 8 888 ^P	- 5 323 ^P
Arbeitslose	1 000	582	1 074	1 002	1 035	1 031	954	921	945	940
Männer	1 000	325	623	574	584	569	499	473	477	465
Landwirtschaft										
Schweinebestand	1 000	20 234	19 805	.	.	21 099	.	.	.	21 875
Gesamtschlachtgewicht aus gewerb-lichen Schlachtungen 4)	1 000 t	313	313	307	296	294	324	320	315	346
Milcherzeugung	1 000 t	1 792	1 800	2 036	1 944	1 795	2 257	2 097	1 903	1 784
Industrie und Energie-wirtschaft										
Industrie 5)	1 000	8 144	7 616	7 603	7 581	7 569	7 399	7 409	7 423	7 461
Beschäftigte	Mill. Std.	870	778	763	740	715	781	771	727	733
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. DM	62 500	61 154	60 655	58 715	54 400	66 802	69 591	63 576	63 220
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	15 097	14 409	14 763	13 712	12 019	16 078	16 768	14 941	14 805
Auslandsatz										
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
Gesamtindustrie	1970 = 100	112	105	107	90	91	116	118	99	98 ^P
ohne Bauhauptgewerbe	1970 = 100	112	105	107	90	91	117	119	99	98 ^P
ohne Bauhauptgewerbe und Energiewirtschaft	1970 = 100	110	103	106	88	90	115	117	97	96 ^P
Energiewirtschaft	1970 = 100	151	140	134	118	121	155	152	141	140 ^P
Bergbau	1970 = 100	91	85	82	76	73	80	79	75	76 ^P
Verarbeitende Industrie	1970 = 100	111	103	107	89	90	116	118	98	97 ^P
Grundstoffe und Produktions-güterindustrien	1970 = 100	116	102	105	94	93	118	120	109	106 ^P
Investitionsgüterindustrien	1970 = 100	107	102	109	84	85	115	118	88	88 ^P
Verbrauchsgüterindustrien	1970 = 100	108	102	101	84	87	113	111	92	90 ^P
Nahrungs- und Genußmittel-industrien	1970 = 100	114	114	114	103	111	121	130	115	115 ^P
Bauhauptgewerbe	1970 = 100	105	94	106	93	93	111	110	98	94 ^P
Steinkohlenförderung	1 000 t	7 907	7 699	7 482	8 152	6 822	7 185	7 158	7 504	7 047
Braunkohlenförderung	1 000 t	10 504	10 282	9 224	8 373	8 422	10 913	10 614	10 368	10 774
Produktion von										
Roheisen	1 000 t	3 356	2 506	2 413	2 410	2 337	2 870	2 763	2 983	2 908
Stahlrohblöcken	1 000 t	4 388	3 312	3 275	3 210	3 065	3 766	3 576	3 935	3 820
Walzstahlfertigerzeugnissen	1 000 t	3 301	2 477	2 424	2 410	2 166	2 682	2 652	2 689	2 451
Stromerzeugung	Mill. kWh	25 988	25 150	21 827	20 866	21 245	25 576	24 509	24 401	24 643
Gaserzeugung 6)	Mill. cbm	3 978	3 539	3 084	2 948	3 017	3 391	3 147	3 160	3 251
Bauwirtschaft und Wohnungs-wesen										
Bauhauptgewerbe	1 000	1 352	1 194	1 224	1 236	1 241	1 180	1 188	1 191	1 203
Beschäftigte	Mill. Std.	173	149	165	162	153	160	162	150	153
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. DM	6 280	5 886	5 644	5 984	5 726	5 335	5 741	5 632	5 785
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)										
Baugenehmigungen	Anzahl	34 815	30 654	33 585	32 608	31 901	36 037	36 086	34 986	...
Wohnungen										
Handel										
Einzelhandel	1970 = 100	137	149	141	146	133	154	151 ^P	154 ^P	141 ^P
Umsatz										
Großhandel	1970 = 100	146	142	138	140	134	154	157 ^T	153	155
Umsatz										
Gastgewerbe	1970 = 100	123	131	138	148	148	154	147 ^T
Umsatz										
Außenhandel (Spezialhandel)										
Einfuhr	Mill. DM	14 975	15 371	15 458	15 340	13 723	18 032	18 557	18 739	18 041
Ausfuhr	Mill. DM	19 205	18 467	18 556	19 055	15 470	23 318	20 706	21 332	19 249
Ein- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß	Mill. DM	4 230	3 096	3 092	3 715	1 746	2 285	2 148	2 593	1 208

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachteten, jedoch ohne Innereien und Geflügel. - 5) Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. - 6) Umgerechnet auf den Heizwert von 8 400 Kcal / Nm³.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1974	1975				1976			
		Monatsdurchschnitt		June	Juli	August	Mai	June	Juli	August
Verkehr										
Im Güterverkehr beförderte Güter (kalendertäglich)										
Eisenbahn	1970 = 100	103	83	80	79	73	84	86
Binnenschifffahrt	1970 = 100	105	95	100	93	90	102	107
Seeschifffahrt: Güterumschlag	1970 = 100	117	100	94	88	92
Im Personenverkehr beförderte Personen (kalendertäglich)										
Eisenbahn	1970 = 100	102	101	101	95	91	103	93
Stadtschnellbahnen, Straßenbahnen, Obusse, Kraftomnibusse	1970 = 100	108	111	109	91	89	108	103	85	...
Geld und Kredit (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Bargeldumlauf 1)	Mill. DM	51 524	56 480	52 897	54 222	54 384	55 986	56 956	59 184	58 063 ^P
Kredite an inländische Nichtbanken 2)	Mill. DM	814 886	900 610	834 047	837 421	846 801	922 943	935 468	942 872	952 087 ^P
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	672 294	707 215	677 230	675 389	676 909	719 360	730 633	733 046	738 060 ^P
Öffentliche Haushalte	Mill. DM	142 592	193 395	156 817	162 032	169 892	203 583	204 835	209 826	214 027 ^P
Einlagen										
von inländischen Nichtbanken 3)	Mill. DM	637 091	707 491	643 485	642 332	654 009	709 104	713 052	711 781	722 955 ^P
Spareinlagen	Mill. DM	310 733	375 637	338 590	341 424	345 908	385 079	386 486	387 226	389 033 ^P
Index der Aktienkurse	29.12.72 = 100	81,5	93,7	90,7	93,1	94,3	102,4	102,6	101,1	99,5
Kurs der 6%igen tarifbesteuerten Pfandbriefe	%	64,2	69,4	70,2	70,0	69,3	73,2	72,3	72,1	72,2
Steuern										
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	9 311	9 291	12 360	7 427	6 893	5 473	14 923	8 079	7 827
Lohnsteuer	Mill. DM	5 997	5 933	5 340	6 110	5 960	5 526	6 355	7 005	6 796
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	4 326	4 507	4 277	4 357	4 410	5 192	4 846	4 689	4 610
Umsatzsteuer	Mill. DM	2 779	2 977	2 801	2 842	2 887	2 922	2 954	2 847	2 838
Zölle und Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	2 794	2 862	2 754	2 898	2 842	2 893	3 023	3 025	3 082
Preise										
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 4)	1970 = 100	117,6	133,2	127,9	130,0	132,5	149,0	145,2	144,6	150,9 ^P
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel 4)	1970 = 100	131,1	138,7	138,7	138,2	138,6	148,2	148,9	149,0	148,8 ^P
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte 4)	1970 = 100	129,4	135,5	135,4	135,5	135,6	140,6	141,0	141,7	142,0
Preisindex für Wohngebäude 5)	1970 = 100	135,6	138,9	.	.	139,4	143,7	.	.	145,0
Preisindex für den Straßenbau	1970 = 100	123,6	126,5	.	.	126,9	128,7	.	.	128,9
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1970 = 100	127,1	134,7	135,4	135,4	135,2	141,1	141,5	140,9	141,4
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	123,6	130,1	132,7	132,2	130,6	138,2	139,0	137,1	137,5
Kleidung und Schuhe	1970 = 100	129,7	136,3	136,1	136,1	136,3	140,4	140,5	140,5	140,8
Wohnungsmiete	1970 = 100	125,1	133,2	133,8	134,1	134,6	139,8	140,1	140,5	140,7
Elektrizität, Gas und Brennstoffe	1970 = 100	149,8	165,5	162,5	164,9	166,2	175,0	175,9	175,6	176,5
Übriges für die Haushaltsführung	1970 = 100	123,1	131,0	131,0	130,6	130,2	135,4	135,3	134,4	135,1
Waren und Dienstleistungen für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1970 = 100	134,9	143,4	143,4	143,8	143,9	150,7	150,9	151,5	151,6
Körper- und Gesundheitspflege	1970 = 100	131,8	141,3	141,4	141,8	142,2	147,7	148,2	148,5	148,8
Bildung und Unterhaltung	1970 = 100	123,4	130,8	130,5	130,9	131,1	135,5	135,7	135,9	136,0
Persönliche Ausstattung, sonstiges	1970 = 100	124,4	129,4	128,4	128,5	131,1	132,5	132,6	132,6	135,2
Preisindex für die Lebenshaltung der 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen	1970 = 100	126,3	134,0	134,6	134,7	134,6	140,5	140,9	140,2	140,7
Löhne in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	139,0	144,8	.	148,9
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	146,8	155,9	.	160,9
Bruttostundenverdienste										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	146,5	157,6	.	160,4
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	151,2	165,5	.	168,4
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	95,0	92,0	.	93,0
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	97,1	94,3	.	95,5

1) Ohne Kassenbestände der Kreditinstitute; einschl. der im Ausland umlaufenden DM-Noten und Münzen. - 2) Kredite der Deutschen Bundesbank und Kreditinstitute. - 3) Einlagen bei der Deutschen Bundesbank und den Kreditinstituten. - 4) Nettopreisindizes (ohne Mehrwertsteuer). - 5) Bauleistungen am Bauwerk.

Straßennetz seit 1956 um 4 345 km vergrößert

Anfang 1976 stand dem öffentlichen Fahrzeugverkehr in Rheinland-Pfalz ein Straßennetz von 31 450 km Länge zur Verfügung. Das sind 1 524 km oder 5,1% mehr als 1971. Seit 1956 erhöhte sich die Straßenlänge um 4 345 km oder 16,0%. Der Anstieg in den letzten fünf Jahren geht in erster Linie auf die Expansion der Gemeindestraßen um 1 212 km oder 10,4% zurück, während die dem überörtlichen Verkehr dienenden Straßen um 330 km (+ 1,8%) zunahmen. Hier verzeichneten jedoch die Bundesautobahnen, deren Bestand um 263 km (87,6%) vergrößert werden konnte, die stärkste positive Veränderung.

Der in den letzten 20 Jahren erheblich angestiegene Straßenverkehr brachte zwangsläufig auch höhere Anforderungen an Qualität und Breite der Straßen mit sich. So beträgt der Anteil der hochwertigen Straßenbeläge aus Bitumen oder Teer, die 1956 nur ein Viertel aller Straßendecken ausmachten, heute bereits 83%. Eine ähnliche Entwicklung kann man bei den Fahrbahnbreiten beobachten. Während Fahrbahnbreiten von mindestens 6 m, die heutzutage vorwiegend bei Bundesautobahnen und Bundesstraßen anzutreffen sind, in den 50er Jahren noch relativ gering waren, betrug ihr Anteil 1976 bereits über 30%. Prozentual am stärksten ausgebaut wurde in den letzten 10 Jahren das Netz der Straßen mit einer Breite von 7 m und mehr (+ 106%).

Von der Gesamtlänge der Straßen entfielen am 1. Januar 1976 auf den Regierungsbezirk Koblenz 43%, auf den Bezirk Trier 23% und auf Rheinhessen-Pfalz 34%. Die größte Erweiterung ihres Straßennetzes gegenüber 1971 verzeichneten die Regierungsbezirke Koblenz und Rheinhessen-Pfalz mit 665 bzw. 630 km, während Trier seinen Straßenbestand um 137 km vergrößern konnte. Von den Landkreisen wiesen die größte Straßendichte (Straßenlänge pro 100 qkm Fläche) die Kreise Altenkirchen (236 km), Neuwied (220), Ludwigshafen (204) und Westerwald (189) auf. Für den Kreis Altenkirchen wurde mit 2 786 Fahrzeugen gleichzeitig eine Kraftfahrzeugdichte (Kraftfahrzeuge pro 100 km Straßenlänge) errechnet, die weit unter dem Durchschnitt der Landkreise (3 487) liegt, während die übrigen vorstehend genannten Landkreise eine durchschnittliche, Ludwigshafen (7 455) sogar die höchste Kraftfahrzeugdichte hatten. Unter den kreisfreien Städten rangieren - an der Straßendichte gemessen - Ludwigshafen (525 km), Mainz (433) und Speyer (403) auf den vorderen Plätzen. mc

Weniger verkaufsfertige Obstgehölze und Forstpflanzen als 1975

Die verkaufsfertigen Obstgehölze in Baumschulen beliefen sich im Jahre 1976 auf 141 000 Stück. Der Bestand war um 4,4% kleiner als 1975. Dagegen nahm die Zahl der übrigen heranwachsenden Obstgehölze (108 000 Stück) um 26% zu. Die Obstunterlagen (84 000 Stück) verzeichneten einen stärkeren Rückgang (-34%).

Unter den Ziergehölzen ergaben sich nur bei den laubabwerfenden Ziersträuchern, den Nadelgehölzen für Hecken sowie bei Rhododendron und Freiland-Azaleen Zugänge, während bei allen anderen Ziergehölzen die Bestände reduziert wurden. Die Zahl der Rosen, und zwar sowohl die der Veredlungen als auch der Unterlagen, ging gegenüber dem Vorjahr um 22% zurück.

Ebenso wurden die Bestände der Forstpflanzen von 127 auf 112 Mill. Stück verringert. Der Rückgang betrug beim Nadelholz 9,2%, beim Laubholz 24%. wa

Nur der 59er Weinjahrgang war qualitativ besser

Die diesjährige Weinmosternte in Rheinland-Pfalz wird sich nach dem vorläufigen Ergebnis auf etwa 6 Mill. hl belaufen. Sie bleibt damit um knapp 10% unter der des Vorjahres und auch noch geringfügig unter dem Sechsjahresdurchschnitt 1970/75. Auf Weißmost entfallen etwa 5,6 Mill. hl, auf Rotmost gut 400 000 hl.

Das durchschnittliche Mostgewicht dürfte für Weißmost 85 Grad Öchsle (1975: 76 Grad) und für Rotmost 75 Grad (1975: 69 Grad) betragen. Rund 86% der erwarteten Erntemenge wurden zur Eignung als Prädikats- und 14% als Qualitätswein eingestuft, gegenüber 54 bzw. 45% im Vorjahr. Tafelweine wird es überhaupt nicht geben. Die Qualität wird damit etwa der des 1953ers entsprechen und seit 1950 nur vom Jahrgang 1959 übertroffen, als der Weißmost ein durchschnittliches Mostgewicht von 92 Grad Öchsle erreicht hatte.

Die warme Witterung bewirkte eine frühzeitige Traubenreife, so daß die allgemeine Lese vielfach schon vor dem 1. Oktober verbreitet einsetzte. Mitte des Monats war sie in allen Anbaubereichen weitgehend abgeschlossen. kn

Weiterer Preisanstieg in der Gastronomie

Die Preise im rheinland-pfälzischen Beherbergungs- und Gaststättengewerbe sind von August 1975 bis August 1976 wiederum beachtlich gestiegen. Nach den Ergebnissen der bei rund 210 Betrieben in zehn Städten unterschiedlicher Fremdenverkehrsbedeutung durchgeführten Erhebungen bewegten sich die Teuerungsraten im wesentlichen zwischen 5 und 9%; bei Speisen teilweise mit Abweichungen nach oben, bei Getränken nach unten. Damit liegen die Preissteigerungen über denen des vorangegangenen Jahres, in dem die Entwicklung etwas gebremst war. Bei verschiedenen Leistungen und insbesondere bei einzelnen Gemeindarten und Betriebskategorien weichen die Veränderungen auch diesmal zum Teil merklich von den genannten Mittelwerten ab.

Übernachtungspreise stiegen um etwa 6 bis 7%, wobei einfache Hotels diese Marke überschritten (+ 9%). In dieser Güteklasse war im vergangenen Jahr allerdings auch die geringste durchschnittliche Steigerung registriert worden. In nahezu gleichem Maße erhöhten sich die Vollpensionsätze. Pensionen und Fremdenheime hoben ihre Preise überdurchschnittlich an (+ 9%), nachdem auch dort im Jahr zuvor die Raten am niedrigsten gelegen hatten. Die nur in guten Hotels erfragten Garagenmieten erfuhren im Beobachtungszeitraum keine Veränderungen.

Bei den erfaßten Preisen der gängigsten Speisen ergaben sich Erhöhungen zwischen 6 und 14%. Die geringsten Aufschläge verzeichneten Schweinekotelett, Rindergulasch und Fischgerichte (+ 6 bis 7%), wogegen sich Eierspeisen um durchschnittlich 14% verteuerten. Auch in diesem Bereich zeigten sich hinsichtlich der Betriebsformen erhebliche Preisabweichungen, wobei überwiegend mittlere Hotels die höchsten Raten aufwiesen.

Etwas niedriger als vor einem Jahr waren die Preisaufschläge bei Getränken; sie bewegten sich im Mittel zwischen 2 und 6% (Vorjahr + 3 bis 7%). Mit 6% stieg der Bierpreis am stärksten, gefolgt von Weinbrand, Wein und Obstsaft (4 bis 5%). Brantwein und Sekt verzeichneten eine Preiserhöhung von 3 bzw. 2%. Bohnenkaffee brachte mit 7% den höchsten Preisaufschlag (Vorjahr + 4%). wf

Ackerland weiter eingeschränkt

Die landwirtschaftlich genutzte Fläche von Rheinland-Pfalz belief sich 1976 auf rund 871 000 ha. Der seit Jahren beobachtete Rückgang hat sich deutlich abgeschwächt und betrug nur gut 600 ha oder 0,1%. Erstmals stieg die nicht mehr genutzte landwirtschaftliche Fläche nicht mehr weiter an, sondern verringerte sich um 2 600 ha auf nunmehr 73 300 ha. Die Fläche der Forsten und Holzungen blieb mit 751 700 ha nahezu unverändert. Das Dauergrünland verzeichnete dagegen einen Zugang um 5 400 ha auf 265 500 ha. Eine erneute Ausdehnung erfuhr das bestockte Rebland, und zwar um rund 500 ha auf 64 600 ha. Der langfristigen Tendenz folgend gab es ferner leichte Zunahmen bei den bebauten Flächen, den Verkehrswegen, dem Öd- und Unland sowie den Parkanlagen, Ziergärten, Sport-, Flug- und Übungsplätzen.

Das Ackerland wurde wiederum reduziert (— 6 700 ha oder 1,3%). Einschränkungen erfolgten in erster Linie bei den Futterpflanzen (— 5,7%), den Runkelrüben (— 9,5%) sowie bei Getreide (— 0,4%). Bei den einzelnen Getreidearten kam es jedoch zu beträchtlichen Verschiebungen von der Sommer- zur Winterfrucht. wa

Rückgang in der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe etwas gebremst

Seit 1975 sind in Rheinland-Pfalz weitere 3 700 landwirtschaftliche Betriebe aufgegeben worden. Ihre Zahl stellte sich im Mai 1976 nur noch auf knapp 83 000 gegenüber 211 000 im Jahre 1949. Jedoch hat sich der Strukturwandel in der Landwirtschaft als Folge der zurückliegenden wirtschaftlichen Rezession mit ihrem fehlenden Arbeitsplatzangebot in jüngster Zeit deutlich verlangsamt. Die zwischen 1975 und 1976 festgestellte Rückgangsrate bei den Betrieben (— 4,2%) erreichte nicht die vorangegangenen Jahre.

Bei den einzelnen Größenklassen zeigten die Betriebe unter 5 ha die stärksten Abnahmen (— 5,9%) gefolgt von den 10 bis 20 ha (— 4,4%), den 5 bis 10 ha (— 3,9%) und den 20 bis 25 ha großen Betrieben (— 1,0%). Die Zahl der Betriebe zwischen 25 und 30 ha, bei denen sich im Vorjahr bereits eine rückläufige Tendenz andeutete, hat neuerdings wieder etwas zugenommen (+ 1,7%). Bedeutendere Zuwachsraten verzeichneten dagegen jedoch die Betriebe von 30 bis 50 ha (+ 4,5%) sowie diejenigen mit mehr als 50 ha genutzter Fläche (+ 7,8%), obgleich auch hier die Entwicklung nicht so ausgeprägt verlaufen ist wie in der Vergangenheit. Von den Höfen über 30 ha, die lediglich 6% der Gesamtzahl ausmachten, wurden 1976 rund 28% der 781 000 ha großen landwirtschaftlich genutzten Fläche aller Betriebe bewirtschaftet, gegenüber erst knapp 6% im Jahre 1949. Die durchschnittliche Betriebsgröße stieg von 4,2 ha Anfang der 50er Jahre auf nunmehr 9,4 ha. lx

Kaum geringere Milcherzeugung

In den ersten neun Monaten dieses Jahres belief sich die Kuhmilcherzeugung in Rheinland-Pfalz auf annähernd 710 000 t. Das bedeutet gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres einen Rückgang um 1%, der — ungeachtet einer während der Sommermonate durch die schlechte Grünfütterversorgung bedingten Minderung der Milchleistung — ausschließlich auf einen geringeren Kuhbestand zurückzuführen ist. Von der Gesamterzeugung wurden 638 000 t an die Molkereien geliefert, womit sich der Anteil der vermarkteten Menge mittlerweile auf 90% erhöhte. rö

Hervorragende Qualität des Brotgetreides

Das endgültige Ergebnis der diesjährigen Getreideernte in Rheinland-Pfalz bestätigt weitgehend die zwischenzeitlich bekanntgegebenen vorläufigen Zahlen und damit das außergewöhnliche Ausmaß der Ernteaufträge. Hiernach beziffert sich das Gesamtaufkommen auf etwas mehr als 970 000 t. Das sind 32% weniger als im Vorjahr und 30% weniger als im Sechsjahresdurchschnitt.

Der endgültige Hektarertrag für alle Getreidearten zusammen liegt mit 26,4 dt noch geringfügig unter dem zunächst veranschlagten Wert. Der in Rheinland-Pfalz am stärksten verbreitete Winterweizen erbrachte mit 32,2 dt je ha nicht ganz 361 000 t, die an nächster Stelle folgende Sommergerste mit 24,3 dt je ha nur annähernd 244 000 t, was einer Minderung um 19 bzw. 40% entspricht. Auch alle anderen Getreidearten, darunter vor allem der Hafer, blieben sowohl mit der Flächenleistung als auch mengenmäßig weit hinter den Werten der Vergleichsjahre zurück. Eine Ausnahme bildeten lediglich Winterroggen und Wintergerste, die größere Ernten brachten, da hier dem Rückgang der Hektarerträge eine starke Ausdehnung der Anbaufläche gegenüber stand.

Die Qualität des Brotgetreides wird auf Grund von Probeuntersuchungen als hervorragend bezeichnet. Unter den Bundesländern liegt die Weizenernte in Rheinland-Pfalz eindeutig an der Spitze und weist vielfach Hartweizenqualität auf. Im Mittel aller Winterweizensorten wurde ein durchschnittlicher Proteingehalt von 14,7% in der Trockenmasse (1975: 12%) und ein Sedimentationswert von 46 (1975: 26) festgestellt. po

Vermehrte Rinderschlachtungen als Folge der Dürreperiode

Von Januar bis Ende September 1976 wurden in Rheinland-Pfalz rund 151 000 Rinder, 6 300 Kälber und 794 500 Schweine inländischer Herkunft geschlachtet. Gegenüber dem gleichen Zeitraum des Jahres 1975 nahm damit die Zahl der geschlachteten Rinder um 2,9% zu, während bei Kälbern und Schweinen die Schlachtungszahlen um 17,5 bzw. 2,5% zurückgingen. Die vermehrten Rinderschlachtungen dürften weitgehend eine Folge der im Sommer anhaltenden Dürreperiode und der daraus resultierenden schlechten Futterversorgung sein. Während in den Monaten Januar bis April die Zahl der Rinderschlachtungen gegenüber dem Vorjahr eine rückläufige Tendenz zeigte, stieg sie ab Mai ständig an und war im Juli mit rund 22 300 um 8 000 höher als im vergleichbaren Vorjahresmonat.

Die Gesamtschlachtmenge wies mit 108 800 t, darunter 95 900 t aus gewerblichen Schlachtungen, einen ganz geringen Rückgang (— 0,2%) auf. Das Rindfleischaufkommen lag jedoch um 2,8% höher. Eingeführt und geschlachtet wurden in den ersten neun Monaten dieses Jahres rund 7 100 Rinder und 36 700 Schweine. Sie erbrachten ein Schlachtgewicht von fast 4 900 t. rö

Themen der folgenden Hefte

Rheinland-Pfalz 1976 - Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung

Investitionen im produzierenden Gewerbe 1975
Straßennetz 1976

Sozialer Wohnungsbau 1973 - 1975

Wohngeld 1973 - 1975

Volkshochschulen 1975

In Kürze erscheint

STATISTISCHES JAHRBUCH FÜR RHEINLAND - PFALZ 1976

Umfang 450 Seiten, Oktavformat, flexibler Kunststoffeinband,
Preis DM 25,--

Subskriptionspreis bis Ende Dezember 1976 DM 20,--

Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt
Rheinland-Pfalz, 5427 Bad Ems, Mainzer Straße 15/16,
oder durch den Buchhandel.

Für unsere Abonnenten ist eine gesonderte Bestellung
des Jahrbuches nicht erforderlich.

Das alle zwei Jahre erscheinende Jahrbuch bietet aus den zahlenmäßig erfaßten Bereichen des kulturellen, staatlichen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens eine Zusammenfassung der wichtigsten Daten. Bei der Auswahl der Angaben wurde besonderer Wert auf zeitliche und regionale Vergleiche gelegt. Durch den Nachweis von Verhältniszahlen — Veränderungsraten, Anteilssätze, Pro-Kopf-Werte — wird dem Leser der schnelle informative Überblick erleichtert.

Im Interesse der Vergleichbarkeit mit den früheren Ausgaben des Jahrbuches sind die bisherige sachliche Gliederung des Inhalts und die Art der Ergebnisdarstellung aus dem laufenden statistischen Erhebungsprogramm beibehalten worden, soweit nicht Änderungen im Erhebungsprogramm oder ähnliches dagegen sprachen. Angesichts der zunehmenden Bedeutung des Umweltschutzes erschien es angebracht, diesem wichtigen Problemkreis ein eigenes Kapitel zu widmen.

Besonderen Vorrang hatte bei der Auswahl der Angaben erneut die Möglichkeit zeitlicher und regionaler Vergleiche, auch für **Verbandsgemeinden und verbandsfreie Gemeinden**. Der Gebietsstand der Regionaltabellen bezieht sich im allgemeinen auf den 30. Juni 1976. Angaben über Geschichte, Geographie, Geologie und Klima des Landes und seiner Landesteile, textliche Ausführungen über Erhebungsgrundlagen und statistische Methoden sowie Quellennachweis und alphabetisches Sachregister ergänzen das Zahlenmaterial.

Statistisches Jahrbuch für Rheinland-Pfalz

1976



Herausgeber Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Zeichenerklärungen

— = nichts vorhanden	ϕ = Durchschnitt
0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit	p = vorläufige Angabe
. = kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht möglich	r = berichtigte Angabe
... = Angabe fällt später an	s = geschätzte Angabe
() = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist	

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 - 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

STATISTISCHE MONATSFESTE RHEINLAND-PFALZ * 1.-8. Jahrgang 1948-1955 unter dem Titel Wirtschaftszahlen Rheinland-Pfalz; 9. und 10. Jahrgang 1956 und 1957 unter dem Titel Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz * Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Satz: Druckerei Gebrüder Wester, Andernach - Druck: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Bezugspreis: Einzelheft DM 2,50, Jahresabonnement DM 25,— zuzüglich Zustellgebühr - Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 5427 Bad Ems, Mainzer Straße 15/16, Fernruf (0 26 03) 7 12 45 Telex 869 007 kvem d, oder durch den Buchhandel - Nachdruck mit Quellenangabe bei Einsenden eines Belegexemplars gestattet.